

XLVI. JAHRGANG, HEFT 4

JULI/AUGUST 2008

## Editorial

Die Aufklärung hatte sich das hehre Ziel gesetzt, den Menschen aus „seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ zu führen, wie es Immanuel Kant formulierte. Für den Militärstand bedeutete dies spätestens ab dem Aufkommen der Massenheere zu Beginn des 19. Jahrhunderts, dass der Soldat als freier Bürger seines Gemeinwesens dieses auch verteidigen können sollte. Der Waffenknecht des Mittelalters und der frühen Neuzeit unter der Führung eines Lehnsherrn sollte zunehmend der Vergangenheit angehören. Das System Militär hatte dieses neue Bild des Bürgersoldaten im Rahmen der Ausbildung der Streitkräfte zu berücksichtigen und bereits im Jahre 1819 war dazu ein für die damalige Zeit eindrucksvoller Beitrag über die „moralische Bildung des Soldaten“ in der ÖMZ erschienen, der in dieser Ausgabe im Rahmen unserer Jubiläumsserie neu abgedruckt wird.

Anlässlich unseres 200-jährigen Jubiläums wurde in den ersten Junitagen auch ein Symposium an der Landesverteidigungsakademie zu Wien mit dem Thema „Wissenschaftliches Publizieren im militärischen Bereich - Wert und Wertung“ abgehalten. Den Abschluss der gelungenen Veranstaltung bildete ein Festakt zur Würdigung des Jubiläums, im Zuge dessen zahlreiche ständige Mitarbeiter der ÖMZ geehrt und in Erinnerung an deren Gründer eine Büste Erzherzog Carls von Österreich enthüllt wurde. Ich darf mich als Chefredakteur an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern sowie zuarbeitenden und vorgesetzten Dienststellen für die Ermöglichung und die zuteil gewordene Unterstützung zur Durchführung dieses Festaktes bedanken. Der geneigten Leserschaft wird die dazu als ÖMZ-Sonderheft 2008 veröffentlichte Festschrift zugesandt werden.

Hinsichtlich der für die österreichische Geschichte so bedeutsamen „Achter“-Jahre widmen sich zwei Beiträge dieses Heftes dem so genannten „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich und dem damit verbundenem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 12. März 1938. Dies ist aus österreichischer Sicht insofern von besonderer Bedeutung, als noch nie zuvor in seiner etwa tausendjährigen Geschichte versucht wurde, den Namen Österreich und dieses Land zu tilgen, so wie dies in den folgenden sechs Jahre geschehen sollte.

Wolfgang Etschmann betrachtet die Situation Österreichs als junge Republik in der Zwischenkriegszeit und das internationale Gefüge in Europa, das seit der Macht-

ergreifung Hitlers einem zunehmenden Expansionsdruck Nazi-Deutschlands ausgesetzt war. Bemerkenswert an dieser Abhandlung ist die Erkenntnis, dass nahezu alle europäischen Staaten diese Bedrohung trotz eingehender sicherheitspolitisch-strategischer Beurteilung viel zu spät erkannt haben und sich zunächst einer überlegenen deutschen Streitmacht geschlagen geben mussten.

Österreich litt noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg unter dieser deutschen Vereinnahmung in vielerlei Hinsicht. Dabei wird als einer der größten Fehler der damaligen politischen Führung unter Arthur Schuschnigg konstatiert, dem Bundesheer keinen Schießbefehl zur Verteidigung des Landes erteilt zu haben. Erwin Schmidl stellt eine militärpolitische Betrachtung zu dieser Selbstaufgabe des Jahres 1938 an und skizziert die aus diesem Umstand für das Bundesheer der Zweiten Republik erwachsenen Folgen.

Heute ist vor allem in Afrika eine Tendenz des Zerbröckelns von Staaten zu beobachten, wobei diese Verfallerscheinungen in erster Linie den Untergang der von den Kolonialmächten willkürlich eingerichteten Nachfolgestaaten betreffen, deren Angehörige nunmehr daran gehen, neue, auf den alten Völkergrenzen basierende Trennlinien zwischen den verschiedenen Entitäten zu ziehen. Es bilden sich in diesem Ringen um Macht und Herrschaft neue Ordnungsstrukturen heraus, mit dem Versuch, den Menschen in den jeweiligen Gebieten ein gedeihliches Miteinander zu ermöglichen. Johann-Sebastian Holzer analysiert in diesem Zusammenhang die aktuellen Ordnungsformen im zerrütteten Somalia.

Franz Edelmann beschäftigt sich mit der Bildung und Ausbildung der Offiziere des Österreichischen Bundesheeres unter dem Blickwinkel der neu eingeführten staatlichen Bildungssysteme. Wesentlich erscheint die Feststellung, dass Offiziere in die Lage versetzt sein müssen, auch in komplexen und äußerst bedrohlichen Situationen reflektiert handeln zu können. Das militärische Handwerkzeug zur Führung der Truppen reicht zur Erfüllung dieser Anforderung nicht hin, es bedarf daher des umfassend gebildeten und im Sinne der europäischen humanistischen Tradition erzogenen Offiziers.

**Andreas Stupka**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Der Anschluss</b>		<b>Zur österreichischen Verteidigungspolitik</b>	<b>483</b>
<i>Wolfgang Etschmann</i>		<b>Internationaler Bericht</b>	<b>488</b>
<b>Österreich und die Anderen unter deutschem Expansionsdruck</b>	<b>419</b>	<i>von Burkhard Bischof mit Weltgeschehen 14.4.08 - 16.6.08</i>	
<i>Erwin A. Schmidl</i>		<b>Internationale Rundschau</b>	<b>492</b>
<b>Gott schütze Österreich- das Bundesheer durfte es nicht!</b>	<b>431</b>	<b>UNO</b>	492
		<b>NATO</b>	496
		<b>Europäische Union</b>	499
<i>Georg-Sebastian Holzer</i>		<b>Europa</b>	500
<b>Chancen aus dem Staatszerfall in Somalia</b>	<b>439</b>	<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)</b>	522
Aktuelle Ordnungsformen jenseits staatlicher Strukturen am Beispiel Somaliland und der islamischen Gerichte		<b>Türkei</b>	524
		<b>Naher und Mittlerer Osten</b>	527
		<b>Afrika/Sub-Sahara</b>	531
		<b>Ferner Osten</b>	538
<i>Franz Edelmann</i>		<b>Lateinamerika</b>	543
<b>Aspekte hochschulischer Bildung</b>	<b>451</b>	<b>USA</b>	544
<hr/>			
<b>200 Jahre ÖMZ</b>			
<b>Von der moralischen Bildung des Soldaten</b>	<b>463</b>		
<hr/>			
<b>Miszellen</b>			
<b>Zwischen Campus und Kaserne</b>	<b>466</b>		
Die Auswirkungen der „68er-Bewegung“ auf die Deutsche Bundeswehr			
<i>Frank Heinz Bauer</i>		<b>Buchbesprechungen</b>	<b>549</b>
<b>Zivilisatorische Ursachen von Konflikten</b>	<b>471</b>	<b>Kurzfassungen (english/français)</b>	<b>557</b>
<i>Klaus Zapotoczky</i>		Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): Reuters/Yuriko Nakao, ÖNB, David Turnley/Corbis	
<b>Private Sicherheits- und Militärfirmen</b>	<b>477</b>	<b>Impressum</b>	
Ein globales Faktum des internationalen Krisenmanagements		Seite 560	
<i>Wolfgang Braumandl/Walter E. Feichtinger</i>		<b>Aus dem Inhalt (english/français)</b>	
		Umschlagseite innen	



# Der Anschluss

Die Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich im Jahr 1938 war zwar nicht überraschend gekommen, aber doch plötzlich genug, um die durch das Bundesheer vorbereiteten Verteidigungsmaßnahmen nicht wirksam werden zu lassen. Die politische Führung hatte mit ihrer Weisung, das Land militärisch nicht zu verteidigen, sich selbst und Österreich aufgegeben und damit Hitler zum Fraß vorgeworfen. Die beiden österreichischen Militärgeschichtler Wolfgang Etschmann und Erwin Schmidl beleuchten diese vorausseilende Kapitulation und ihre Folgen aus staats- und militärpolitischer Perspektive.

## Österreich und die Anderen unter deutschem Expansionsdruck

Eine militärhistorische Betrachtung im Kontext  
des Scheiterns europäischer Sicherheitspolitik in den 1930er-Jahren

Wolfgang Etschmann

Das Ende des Ersten Weltkrieges im November 1918 brachte nicht nur den politischen Zerfall der Donaumonarchie, der bereits Mitte Oktober konkret zu beobachten war, sondern binnen weniger Tage auch den Zerfall ihrer Streitkräfte, der k.u.k. Armee, die noch immer fast drei Millionen Soldaten zählte.<sup>1)</sup>

regional sehr unterschiedliche ideologische Inhalte vertrat und divergierende innenpolitische Ziele anstrebte, und andererseits im - ab 1923 als Wehrformation der Sozialdemokratischen Partei zentral geführten - „Republikanischen Schutzbund“ gegenüberstanden.<sup>3)</sup>

Mit je über 60.000 Mitgliedern, für die Gewehre und je rund 600 Maschinengewehre und - aufseiten der Heimwehren - sogar Artillerie und einige Flugzeuge zur Verfügung standen, betrug das militärische Potenzial der beiden großen Wehrverbände um die Mitte der 1920er-Jahre personell insgesamt das Sechsfache, materiell (bei den leichten Infanteriewaffen) das Fünffache des durch den Staatsvertrag von Saint Germain personell und materiell schwach gehaltenen Österreichischen Bundesheeres. War auch zu dieser Zeit schon ein Bürgerkrieg in Österreich „materiell weitgehend vorbereitet“, so sollte es doch noch einige Jahre dauern, bis die politischen Konstellationen einem Ausbruch den Weg ebneten. Die wirtschaftlichen Krisen, wie die extrem hohe Inflation bis zum Jahr 1923 und die Weltwirtschaftskrise ab dem Spätherbst 1929, erschütterten das ohnehin unausgeglichene soziale Gefüge der jungen Republik. Steigende Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Hunger betrafen Hunderttausende Österreicher und machten sie radikalen Lösungsvorschlägen immer zugänglicher. Der große Anstieg der Zahl der aus politischen Motiven verübten Gewalttaten ab dem Juli 1927 (Unruhen in Wien mit 89 Toten nach dem Geschworenengerichtsurteil über die Vorfälle in Schattendorf/Burgenland)<sup>4)</sup> war ein deutliches Indiz für die Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik.

In den folgenden Jahren war bereits ein langsamer, aber stetiger Zulauf zur österreichischen NSDAP zu bemerken, die in relativ kurzer Zeit - innerhalb von knapp fünf Jahren - große Teile der

## Bild nur im Heft verfügbar

Mit dem Vertrag von Saint Germain-en-Laye, der Österreich nur ein Berufsheer von 30.000 Mann gestattete, fand die Deutschösterreichische Volkswehr (Bild: Volkswehrsoldaten in der Säulenhalle des Parlaments) ihr Ende. Viele der ehemaligen Mitglieder schlossen sich 1923 dem von Julius Deutsch gegründeten „Republikanischen Schutzbund“ an.

Durch die unvollständige und ungeordnete Demobilisierung infolge des raschen militärischen Zusammenbruchs in den letzten Kriegstagen und in den ersten Wochen der jungen Republik waren innerhalb weniger Monate umfangreiche Waffenbestände sowohl in die Hände von konservativen als auch von linksgerichteten paramilitärischen Gruppierungen gekommen, die sich einerseits schließlich in der - allerdings sehr inhomogenen - Heimwehrbewegung,<sup>2)</sup> die

regional sehr unterschiedliche ideologische Inhalte vertrat und divergierende innenpolitische Ziele anstrebte, und andererseits im - ab 1923 als Wehrformation der Sozialdemokratischen Partei zentral geführten - „Republikanischen Schutzbund“ gegenüberstanden.<sup>3)</sup>

Mit je über 60.000 Mitgliedern, für die Gewehre und je rund 600 Maschinengewehre und - aufseiten der Heimwehren - sogar Artillerie und einige Flugzeuge zur Verfügung standen, betrug das militärische Potenzial der beiden großen Wehrverbände um die Mitte der 1920er-Jahre personell insgesamt das Sechsfache, materiell (bei den leichten Infanteriewaffen) das Fünffache des durch den Staatsvertrag von Saint Germain personell und materiell schwach gehaltenen Österreichischen Bundesheeres. War auch zu dieser Zeit schon ein Bürgerkrieg in Österreich „materiell weitgehend vorbereitet“, so sollte es doch noch einige Jahre dauern, bis die politischen Konstellationen einem Ausbruch den Weg ebneten. Die wirtschaftlichen Krisen, wie die extrem hohe Inflation bis zum Jahr 1923 und die Weltwirtschaftskrise ab dem Spätherbst 1929, erschütterten das ohnehin unausgeglichene soziale Gefüge der jungen Republik. Steigende Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Hunger betrafen Hunderttausende Österreicher und machten sie radikalen Lösungsvorschlägen immer zugänglicher. Der große Anstieg der Zahl der aus politischen Motiven verübten Gewalttaten ab dem Juli 1927 (Unruhen in Wien mit 89 Toten nach dem Geschworenengerichtsurteil über die Vorfälle in Schattendorf/Burgenland)<sup>4)</sup> war ein deutliches Indiz für die Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik.

rechtsgerichteten „Frontkämpfer“-Bewegung, einen beträchtlichen Anteil der Anhänger der Großdeutschen Volkspartei und des „Landbundes“ sowie den deutschnationalen Flügel des Steirischen und des Kärntner Heimatschutzes absorbierte.<sup>5)</sup> Die NSDAP stellte die Forderung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich in den Mittelpunkt ihres Programms.

Die Schaffung von regulären Streitkräften für die junge Republik begann mit enormen Schwierigkeiten. Zumindest einige Verbände der von Anfang November 1918 bis zur Jahreswende 1919/20 existierenden und unter Dominanz der Sozialdemokratischen Partei stehenden „Deutschösterreichischen Volkswehr“ - einer Freiwilligentruppe mit sehr heterogener Qualität - konnten zum Schutz der Grenzen der entstehenden Republik eingesetzt werden; ihr Hauptzweck lag jedoch primär in Wach- und Sicherungsaufgaben. Erst im Frühjahr 1920 wurden nach den genauen Vorgaben der Vertragsbestimmungen von Saint Germain neue Streitkräfte aufgestellt, die allerdings erst ab April 1922 den Namen „Bundesheer“ trugen.

## Die strategische Situation in Mitteleuropa 1919-1934

Die Neuordnung der politischen Landschaft Europas war mit der Schaffung eines „Cordon Sanitaire“, einer Kette von Staaten, die nach der Verhinderung des Vordringens der Roten Armee von der Sowjetunion nach Zentralpolen die unterlegenen Staaten der Mittelmächte mit massiver französischer politischer und militärischer Unterstützung in Schach halten sollten, verbunden.

So kam es am 14. August 1920 zu einem Bündnisvertrag, als „Kleine Entente“ bezeichnet, zwischen der Tschechoslowakei und dem SHS-Staat (ab 1929 Jugoslawien), dem schließlich am 23. April 1921 auch Rumänien beitrug. Dieser Dreierpakt war als ein politisch-militärisches Bündnis<sup>6)</sup> gegen Restaurationsversuche Österreichs bzw. einen militärischen Angriff Ungarns oder Bulgariens gegen einen der Vertragspartner gedacht. Bereits einen Monat zuvor hatten Rumänien und Polen ein Defensivbündnis geschlossen, das gegen

die Sowjetunion gerichtet war. Am 21. Mai 1929 wurde der Vertrag zwischen den Staaten der Kleinen Entente erneuert; in der Folge wurden die Einzelbündnisse mit Frankreich durch eine verstärkte militärische Zusammenarbeit intensiviert.

Die Generalstabschefs der Streitkräfte der „Kleinen Entente“ arbeiteten bis 1937 detaillierte Operationspläne für militärische Auseinandersetzungen im Donauraum aus, wobei der Tschechoslowakei als stärkster Militärmacht des Bündnisses die größte Bedeutung bei eventuellen Operationen in Ostösterreich zukam, in der auch die „Korridorpläne“ (eine Landverbindung durch Ostösterreich zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien) noch immer eine, wenn auch untergeordnete, Rolle spielten.

Die schrittweise Annäherung Österreichs an Italien wurde durch den Freundschaftsvertrag von 1930 beschleunigt. In den diesen Jahren hatte sich auch das seit 1921 wegen der Burgenlandfrage angespannte Verhältnis zu Ungarn entspannt.<sup>7)</sup> Dies führte am 17. März 1934 zum Abschluss der so genannten „Römischen Protokolle“ zwischen Italien, Österreich und Ungarn.

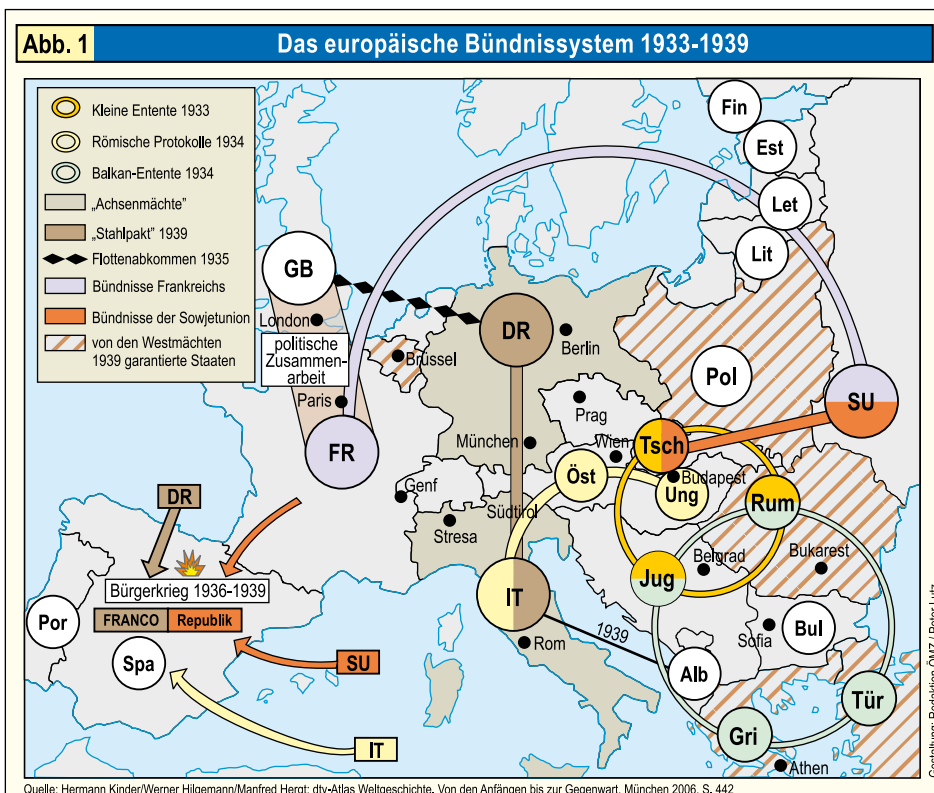
Damit hatten sich in Zentral- und Osteuropa zwei „Bündnis-Dreiecke“ gebildet, die sich zumindest mit großem Misstrauen gegenüberstanden. Während der deutsch-polnische Nichtangriffspakt vom Jänner 1934 (der gemäß dem Vertrag zehn Jahre währen sollte)<sup>8)</sup> eine Entspannung zwischen den beiden Staaten vortäuschte, ging die Aufrüstung in Europa langsam vor sich, sollte aber in den folgenden Jahren eine rasante Beschleunigung erfahren.

## Die Situation der Streitkräfte der Ersten Republik und des Ständestaates in den 30er-Jahren

Die bewaffnete Macht der Republik Österreich blieb damals von direkter parteipolitischer Beeinflussung genauso wenig verschont wie in ihrer Anfangsphase. Unter dem Bundesminister für das Heereswesen Carl Vaugoin (1922-1933) kam es zur so genannten „Entpolitisierung“, die im Prinzip das stetige Zurückdrängen des zu dieser Zeit erheblichen Einflusses der Sozialdemokraten im Heer bedeutete.

Für die Regierungen sollte das Heer am Beginn der 30er-Jahre zu einem berechenbaren Faktor bei den immer häufigeren innenpolitischen Auseinandersetzungen werden, denn immer öfter forderte die Exekutive das Bundesheer zu Assistenzleistungen bei Aufmärschen der Wehrverbände und bei Ausschreitungen und Unruhen an. Waren dies im Jahr 1928 noch 150.000 Stunden bei Assistenzleistungen, so stieg diese Zahl im folgenden Jahr auf 300.000 und im Jahr 1933 sogar auf 500.000 Stunden.<sup>9)</sup>

Nach wie vor fühlte sich ein großer Teil des Offizierskorps und der Mannschaften primär als Hüter der Grenzen der Republik. Jedoch war dies mit einem kleinen Berufsheer,<sup>10)</sup> das den zugestanden personellen Höchststand von 30.000 Mann aus finanziellen (und auch aus soziologisch einigermaßen



erklärbaren) Gründen bis 1933 um rund 25% unterschritt und das aus dem Ersten Weltkrieg stammende Material erst mühsam in Stand setzen und erhalten musste, eine kaum lösbare Aufgabe.

Moderne Waffensysteme, Kriegsmittel für die Landstreitkräfte wie mittlere und schwere Artillerie (Geschütze über 10,4 cm Kaliber), gepanzerte Räderfahrzeuge und Kampfpanzer sowie der Besitz von Brandmitteln und Kampfgas waren dem Bundesheer nach den betreffenden Artikeln des Vertrages von Saint Germain ebenso verboten wie der Aufbau von Luftstreitkräften mit modernen Jägern, leichten Bombern und Aufklärern und effizienten Fliegerabwehrgeschützen.

Ein bis Ende der 1920er-Jahre schwach motorisiertes Heer, das primär aus Infanterieverbänden, gegliedert in sechs Brigaden, bestand, war schon 1924 von dem in den Ruhestand tretenden Heeresinspektor General Theodor Körner in äußerst kritischer Weise „... als kein militärischer Körper mehr, sondern ein reiner Verwaltungskörper mit dem Zweck, die militärischen Güter zu konservieren und zu bewachen,“ bezeichnet worden.<sup>11)</sup>

Bis zum Beginn der 1930er-Jahre änderte sich an dieser Situation trotz einiger Verbesserungen bei der Motorisierung und Bewaffnung sehr wenig.

Das „Primat“ der Innenpolitik blieb bestehen: Gegen die Heimwehrverbände unter Dr. Walter Pfrimer in der Steiermark, die einen Staatsstreich versuchten, waren im September 1931 lediglich schwache Bundesheerverbände aufmarschiert. Im November 1933 wurde das Bundesheer durch das neu gebildete „Assistenzkorps“<sup>12)</sup> verstärkt. Ab Herbst 1933 wurde das Heer schließlich vom rund 45.000 Mann starken „Schutzkorps“, das überwiegend aus Heimwehrverbänden und den „Ostmärkischen Sturmscharen“ - einer von Unterrichtsminister Dr. Kurt Schuschnigg gegründeten Wehrformation - bestand, die der Regierung gegenüber loyal waren, bei der Assistenzleistung unterstützt.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland am 30. Jänner 1933 zeichneten sich größere innenpolitische Konflikte ab, in die das Bundesheer verwickelt werden sollte: Die von Tag zu Tag aggressivere Außenpolitik der deutschen Nationalsozialisten und die terroristischen Aktivitäten von Teilen ihrer Parteigänger in Österreich deuteten ebenso wie der Wille der Regierung unter Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß - vom italienischen Diktator Benito Mussolini unterstützt und zu Aktionen gedrängt -, die Sozialdemokratische Partei politisch völlig auszuschalten, auf baldige bewaffnete Auseinandersetzungen in Österreich hin.

Nach der Zerschlagung der demokratischen Institutionen der Republik im Frühjahr 1933 entwickelte sich die kaum 15 Jahre alte Republik noch weiter von einer Demokratie westeuropäischer Prägung weg. Die Einrichtung von „Anhaltelagern“, in denen politische Gegner festgehalten wurden, um ihnen politische Aktivitäten unmöglich zu machen, stellte einen schweren Bruch der geltenden Rechtsordnung dar.<sup>13)</sup>

Zur selben Zeit erlebte die NSDAP einen ständig steigenden Zustrom an Beitrittswilligen,<sup>14)</sup> woran auch das Verbot der Partei vom Juni 1933 nichts ändern konnte. Ein radikaler Flügel setzte in

Österreich seinen terroristischen Untergrundkampf fort, während andere Gruppierungen nach Deutschland flüchteten und dort zur „Österreichischen Legion“ zusammengefasst wurden, die immerhin eine Durchschnittsstärke von 5.000 Mann erreichte und als gut bewaffnete und ausgebildete Formation eine latente Bedrohung im Falle eines Einfalls nach Österreich darstellte.

## Das Bundesheer in den Jahren 1933-1935

Ab dem Jahr 1933 übten die innenpolitischen Veränderungen nachhaltigen Einfluss auf das Bundesheer aus. Ideologisch stützte sich dieses auf die Traditionspflege der „Alten Armee“. Ein äußerliches Symbol dafür war die Wiedereinführung der altösterreichischen Uniformen ab 1933. Im Sommer 1933 wurde Vaugoin durch Generaloberst Alois Fürst Schönburg-Hartenstein abgelöst, der das Heeresressort (ab März 1934 Bundesministerium für Landesverteidigung) bis 10. Juli 1934 als „unpolitischer Fachmann“ leitete.

# Bild nur im Heft verfügbar

Die im Jahr 1934 von Linz ausgehenden Februarkämpfe setzten sich mit Aufständen in größeren Industriegebieten wie Wien fort. Das Bundesheer wurde zur Niederschlagung dieses Aufstandes der Sozialdemokraten eingesetzt (hier bei der Beschießung des Karl-Marx-Hofes in Wien Heiligenstadt).

Die Einbeziehung des Bundesheeres in die innenpolitischen Auseinandersetzungen erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1934. Im Februar und im Juli musste das Bundesheer Polizei und Gendarmerie in Assistenzeinsätzen größten Ausmaßes unterstützen, obwohl viele Offiziere und Soldaten mit den Entscheidungen der Regierung nicht konform gingen. Das Heer blieb aber trotzdem ein verlässliches Instrument der Regierung.

## Februar 1934

Die Durchsuchung eines sozialistischen Parteiheimes in Linz führte am 12. Februar 1934 zu einem Feuergefecht, aus dem sich ohne direktes Eingreifen der Parteiführung ein Aufstand entwickelte, den die Regierung rasch und mit massivem Kräfteinsatz niederschlagen trachtete. Der Einsatz des Bundesheeres mit schweren Waffen gehörte dazu. Der Schwerpunkt der Kämpfe lag zweifellos in Wien, und hier wiederum bei den großen Gemeindebauanlagen, gegen die in einzelnen Fällen auch Artillerie eingesetzt wurde, um die Angehörigen des Schutzbundes rasch zur Kapitulation zu zwingen.

In den Bundesländern kam es zu größeren Gefechten in Linz, Steyr, Bruck an der Mur, Graz und im Hausruckgebiet sowie in den Industriegebieten Niederösterreichs. Nach fünf Tagen brach auch der letzte Widerstand des Schutzbundes zusammen, dessen Angehörige durch vorangegangene Verhaftungswellen von der Führungsspitze ihrer Organisation größtenteils völlig isoliert waren.

## Bild nur im Heft verfügbar

Alfred Jansa Edler von Tannenau (16. Juli 1884 - 20. Dezember 1963). Am 27. März 1936 wurde er zum Chef des Generalstabes der bewaffneten Macht der Republik Österreich ernannt. Er trat für den Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland ein und musste im Jänner 1938, nach dem Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg, in den Ruhestand treten.

Die Häuser- und Straßenkämpfe forderten auf beiden Seiten eine große Anzahl von Menschenleben; auch unbeteiligte Zivilisten fielen den Kämpfen zum Opfer. Die Hinrichtung von zehn Aufständischen nach Beendigung der Kämpfe führte zu einem abgrundtiefen Hass vieler Sozialdemokraten gegen den Ständestaat, der viele zu den radikaleren Kommunisten, manche aber auch zu den Nationalsozialisten übertreten ließ. Etwas mehr als fünf Monate später nutzten die Nationalsozialisten dann die angespannte politische Situation zu einem gewaltsamen Versuch, die Macht zu übernehmen.

### Juli 1934

Während der Putsch in Wien nach der Besetzung des Bundeskanzleramtes, der Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und dem fehlgeschlagenen Sturm auf das Rundfunkgebäude schon

nach wenigen Stunden als gescheitert betrachtet werden musste, kam es in den Bundesländern Kärnten und Steiermark zu fünf Tage andauernden schweren Kämpfen; in Oberösterreich und Salzburg fanden kleinere Gefechte statt.

Es gelang den etwa 10.000 Aufständischen nicht, wichtige Orte (meist Verkehrsknotenpunkte) in ihre Hand zu bekommen und die Kräfte des Bundesheeres, die von mehr als 52.000 Schutzkorpsmännern und der Gendarmerie unterstützt wurden, zu zersplittern. Die Hoffnung, dass neben einzelnen Offizieren auch ganze Einheiten und Verbände des Heeres zu den Putschisten überlaufen würden, erfüllte sich für die Anhänger der NSDAP nicht. Die politische Führung des Deutschen Reiches schreckte zu diesem Zeitpunkt vor einem direkten Eingreifen noch zurück und verhinderte auch eine Unterstützung der Aufständischen durch die „Österreichische Legion“. Die Kampfhandlungen im Juli hatten allein aufseiten des Bundesheeres 23 Tote gefordert.<sup>15)</sup> Diese Ereignisse bedeuteten für viele Angehörige des Bundesheeres eine schwere psychische Belastung. Ebenso trafen die politisch motivierten Entlassungen der letzten Jahre (etwa 1.000 Mann) das Selbstwertgefühl der Institution beträchtlich.

Dass trotz der gezeigten Loyalität und der Disziplin des Heeres das eigene Ansehen und letztlich jenes des gesamten Staates gelitten hatten, sollte in den nächsten Jahren deutlich zum Vorschein kommen.

### Die letzten Jahre der Ersten Republik: Neuorganisation, personelle Verstärkung und technische Neuerungen

Eine wesentliche Neuerung in der Organisation des Bundesministeriums für Landesverteidigung war die Schaffung einer „III. Sektion“ des - nach den Bestimmungen von Saint Germain verbotenen - Generalstabes am 1. Juni 1935. Ihr Chef, Feldmarschallleutnant Alfred Jansa, führte ab 27. März 1936 den - bewusst aus dem k.u.k. Heer übernommenen - Titel eines „Chefs des Generalstabes der bewaffneten Macht“.

Waren die Operationsplanungen Österreichs am Beginn der 1930er-Jahre noch von den Bedrohungen durch die Staaten der „Kleinen Entente“ sowie eventuellen Spannungen zwischen Italien und Jugoslawien beeinflusst, so änderte sich das Bedrohungsbild seit dem Frühjahr 1933 sehr rasch.<sup>16)</sup>

Als Hauptbedrohung wurde nämlich nunmehr von österreichischer Seite jene aus dem Nordwesten angesehen. Daher bereitete man sich auf den Kriegsfall „DR“ (Deutsches Reich) detailliert vor, wobei Generalstabschef Jansa für eine tief gestaffelte Verteidigung und einen Aufmarsch der Masse des Bundesheeres an der Traun-Linie eintrat. Die 4. Division und die Schnelle Division sollten - durch Einheiten der Frontmiliz unterstützt - den Kampf an der Grenze aufnehmen und den Vormarsch des Gegners verzögern. Mit hoher Wahrscheinlichkeit war der österreichischen militärischen Führung klar, dass das Bundesheer zu einem militärischen Erfolg über die im März 1938 bereits wesentlich moderner ausgestattete Deutsche Wehrmacht - seit 1935 verfügte diese über drei Panzerdivisionen und 2.500 Kampfflugzeuge (diese allerdings von z.T. noch sehr unterschiedlicher Qualität) - kaum in der Lage sein würde. Man hoffte aber doch, sich - ohne die entscheidende große Schlacht - bis zum Eingreifen anderer Mächte - v.a. Italiens - auf österreichischer Seite verteidigen zu können. Der Staatssekretär für Heerwesen, General der Infanterie Wilhelm Zehner, und Jansa selbst waren die hartnäckigsten Verfechter eines entschlossenen Widerstandes.<sup>17)</sup>

War man auf dem Gebiet des Einsatzes von Panzerkampfwagen vorerst noch auf die Theorie beschränkt,<sup>18)</sup> so war es durch eine langsame materielle Aufrüstung, wie etwa durch die Motorisierung von vier der bisher sechs „Feldjägerbataillone zu Rad“ (nun als „Kraftfahrläger-Bataillone“ bezeichnet), möglich, Anschluss an die internationale Entwicklung zu finden. Eine gewisse Verstärkung der Feuerkraft der Infanterie brachte die Ausgabe der neuen leichten Maschinengewehre *MG. 30* und der Maschinenpistole *MP. 34* (Steyr-Produktion) sowie der Minenwerfer *M. 33* (8 cm) an die Truppe. Die bis 1935 weitgehend geheimen Ansätze zum Aufbau einer Fliegerabwehr- und Fliegertruppe hielten sich dagegen zu dieser Zeit noch in bescheidenem Rahmen.

Bereits auf den Genfer Abrüstungskonferenzen war von Österreich eine Lockerung der Rüstungsbeschränkungen des Jahres 1919 gefordert worden, die aber erst ab 1933 mit stillschweigender Duldung der Siegermächte erfolgte. Unter dem nach der Ermordung von Dollfuß eingesetzten Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg, der wie auch sein Vorgänger das Bundesministerium für Landesverteidigung führte, überschritt der Personalstand des Heeres im Dezember 1934 die 30.000-Mann-Grenze. Dies erlaubte es dem Staatssekretär für Landesverteidigung, General Zehner, die Organisation des Bundesheeres binnen eines Jahres zu verändern: Die bisherigen sechs Brigaden wurden in Divisionen umgewandelt. Bis Ende 1936 konnten nun eine siebente Division und eine selbstständige Brigade (8.) sowie die neu geschaffene Schnelle Division durch die Zusammenfassung der voll motorisierten Infanterieverbände, der beiden Kavallerieregimenter und mit dem neu aufgestellten Panzerwagenbataillon (72 leichte Infanteriepanzer des italienischen Typs *Ansaldo CV 33/35* sowie 12 Panzerspähwagen des Typs *ADGZ*) geschaffen werden.

Zugleich erfolgte die „Enttarnung“ der bisher geheim aufgebauten österreichischen Luftstreitkräfte. Nach dem Rüstungsabkommen mit Italien vom November 1934 erfolgten umfangreiche Waffenlieferungen aus den italienischen Beutebeständen österreichisch-ungarischer Waffensysteme des Ersten Weltkrieges. Aus österreichischer Produktion stammten leistungsfähige Kraftfahrzeuge und eine neu entwickelte moderne Panzerabwehrkanone (Böhler Infanteriekanone *M. 35*, Kaliber 4,7 cm), die allerdings nur sehr langsam bei den Verbänden eingeführt wurde. Ähnliche Probleme im Hinblick auf die zeitgerechte Ausstattung der Verbände bestanden bei den Fliegerabwehrwaffen, von denen moderne Oerlikon- (2 cm) und Bofors-Muster (4 cm) vorerst nur in geringen Stückzahlen zur Truppe kamen.<sup>19)</sup>

Die 45 Jagdflugzeuge des italienischen Typs *Fiat CR-32* gehörten in den beiden Jahren, in denen sie im Dienst der österreichischen Luftstreitkräfte standen,<sup>20)</sup> zu den modernsten Mustern der Welt, die auch in Italien in mehreren hundert Exemplaren eingeführt waren und zur Standardausrüstung der nationalspanischen und ungarischen Fliegertruppe zählten. Allerdings war dieses Muster durch die Einführung moderner und schneller Eindecker-Jagdflugzeuge wie der deutschen Messerschmitt *Me 109*, der französischen *Morane Saulnier 406*, der sowjetischen *Polikarpov I-16* oder der britischen *Hawker Hurricane* im Frühjahr 1939 schon deklassiert und beim Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 bereits hoffnungslos veraltet.<sup>21)</sup>

Generell lässt sich bei der Rüstung des Bundesheeres in den Jahren 1933 bis 1938 die gute Qualität einzelner Waffensysteme und Ausrüstungsteile feststellen, die allerdings im März 1938 meist nur in geringen Stückzahlen vorhanden waren bzw. wo aufgrund der langsamen Einführung in den österreichischen Streitkräften noch mehr Zeit vonnöten gewesen wäre - Zeit, die nicht vorhanden war.<sup>22)</sup>

Das militärische Potenzial Österreichs hatte sich zwar seit Frühjahr 1933 nach dem Wegfall der Rüstungsbeschränkungen in den Jahren 1933 und 1934 und der Einführung der „Allgemeinen Bundesdienstpflicht“ im Jahr 1936 entscheidend vergrößert. Immerhin betrug der Personalstand des Bundesheeres Ende Februar 1938 bereits über 65.000 Mann und wäre bei einer Mobilisierung auf vorerst rund 120.000 Mann gestiegen.

## Bild nur im Heft verfügbar

Die mit der Aufrüstung des Bundesheeres im Jahr 1936 angeschafften Jagdflugzeuge des italienischen Typs *Fiat CR-32* (Bild) gehörten zu den modernsten ihrer Art.

Die Heeresorganisation bestand zu jenem Zeitpunkt aus sieben Infanteriedivisionen mit je zwei bis drei Infanterieregimentern - insgesamt waren es 19 -, einer Schnellen (motorisierten) Division und einer selbstständigen Brigade. Weiters existierten fünf Feldjäger- bzw. Alpenjägerbataillone und das Gardebataillon. Die Ausrüstung und Ausstattung mit leichten Infanteriewaffen konnte, wie bereits erwähnt, durchaus als gut bezeichnet werden. Auch bei der Panzer- und Fliegerabwehr sowie der Artillerie hatte es qualitative und quantitative Fortschritte gegeben, wenn auch von einer umfassenden Ausstattung aller Verbände mit diesen modernen Waffensystemen - eigenständigen österreichischen Entwicklungen, aber auch aus Lizenzprodukten - noch keine Rede sein konnte.<sup>23)</sup> Als dramatisch erwies sich allerdings weiterhin die Bereitstellung von Munition für nahezu alle Waffensysteme des Heeres. Dieses Faktum sollte auch die Abwehrplanungen beeinflussen.

Beim Ausbau der österreichischen Luftstreitkräfte hatte es zwar merkbare Fortschritte gegeben, mit weniger als 50 Jagdflugzeugen war jedoch im März 1938 weder an eine effektive Luftverteidigung zu denken noch an eine effektive Luftunterstützung der eigenen Heeresverbände mit einigen Bombern und wenigen Aufklärungsflugzeugen.

Diese erste Aufrüstungsphase wäre entsprechend den Planungen des österreichischen Generalstabes erst Ende 1940 oder Anfang 1941 abgeschlossen worden, wobei allerdings zu bedenken ist, dass



- unter angenommenen friedensmäßigen Bedingungen - ja auch die Aufrüstungsbestrebungen der Deutschen Wehrmacht zu jenem Zeitpunkt bereits massiv vorangetrieben worden wären.

Die etwa 100.000 Mann starke „Frontmiliz“, in der Angehörige der ehemaligen konservativen Wehrverbände seit 10. Oktober 1936 in die Landesverteidigung integriert waren, war zwar für Wach- und Sicherungsaufgaben geeignet, hätte aber in einem Abwehrkampf nur sehr bedingten Kampfwert gehabt.

Bei den operativen Abwehrplanungen des Bundesheeres gegen einen Angriff der Deutschen Wehrmacht (Fall „DR“) bildete den Kern der so genannte „Jansa-Plan“, der ab 1936 ausgearbeitet worden war. Er sah eine Konzentration der Kräfte des Bundesheeres in Oberösterreich vor, wobei vorerst mit einem Verzögerungskampf bis zur Traun-Linie und später zur Enns-Linie die deutschen Verbände südlich der Donau trichterförmig in östlicher Richtung kanalisiert werden sollten.<sup>24)</sup> Damit wollte man in Österreich Zeit gewinnen, um auch Hilfe auf internationaler diplomatischer und militärischer Ebene zu ermöglichen.

Eine rechtzeitige Mobilisierung des gesamten Bundesheeres war jedoch Voraussetzung für einen geregelten Aufmarsch und einen Abwehrkampf, der wenigstens einigermaßen Erfolgsaussichten bieten konnte. Diese rechtzeitige Mobilisierung, für die bis zu 14 Tage anberaumt waren, konnte jedoch nicht mehr erfolgen.

Über die politische Verlässlichkeit des Bundesheeres sei nur angeführt, dass sich der Mitgliederstand des „Nationalsozialistischen Soldatenringes“ bei den Offizieren wie bei den Mannschaften real um eine Größe von rund 5% bewegt haben dürfte.

### Isolierung und Untergang

Aus politischer Sicht wurde nach dem Juli-Abkommen 1936 eine stetige Schwächung der Position Österreichs deutlich. Die politische Unterstützung durch Italien begann durch dessen immer engere Bindung an das Deutsche Reich langsam, aber merkbar zu schwinden. Dem steigenden Machtgewinn und der Weiterverfolgung der politisch-territorialen Expansion des Deutschen Reiches hatte die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Schuschnigg mittelfristig immer weniger entgegenzusetzen.<sup>25)</sup>

Das deutsch-österreichische Juliabkommen des Jahres 1936 bedeutete für Hitler trotz der Anerkennung der Souveränität Österreichs einen diplomatischen Erfolg, der die politische Vereinigung vorerst aufschob, aber doch in nicht allzu langer Zeit möglich erscheinen ließ.

Bis Mitte des Jahres 1936 waren die Tschechoslowakei und Jugoslawien durchaus bereit, im Falle einer Habsburger-Restauration bzw. eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich militärische Maßnahmen zu ergreifen. Die eskalierenden nationalen Spannungen im eigenen Land und das bereits enge Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Italien drängten Jugoslawien, sein Verhältnis zum Deutschen Reich zu verbessern, während die Tschechoslowakei seit 1935 in einem potenziellen militärischen Konflikt mit dem Deutschen Reich auf die direkte militärische

Unterstützung der Sowjetunion, aber auch auf jene Großbritanniens und Frankreichs hoffte.<sup>26)</sup>

Für Österreich bedeutete dies eine zunehmende Isolierung - eine Situation, an der sich auch durch die stille Hinnahme der Aufrüstung des Bundesheeres durch die Westmächte, verbunden mit der gesetzlichen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht („Bundesdienstpflicht“) am 1. April 1936, die auch mit einer verbalen Ermutigung Österreichs durch die akkreditierten Militärattachés einherging, nicht viel änderte.<sup>27)</sup> Die nur mäßige Verbesserung der Wirtschaftslage in Österreich und der weitere Zulauf, den die Nationalsozialisten in Österreich erhielten, ließen keine allzu positiven Aussichten auf die nähere Zukunft zu.

## Bild nur im Heft verfügbar

Am 1. April 1936 wurde die allgemeine Wehrpflicht in Österreich wieder eingeführt. Diese sah eine einjährige Dienstverpflichtung für alle Männer im Alter zwischen 18 und 42 Jahren vor (Bild: Angelobung neuer Rekruten auf der Schmelz).

Der Wirtschaftsaufschwung im Deutschen Reich, der durch oberflächliche Betrachtung auch in Österreich eine gewaltige Propagandawirkung hatte, verschlang jedoch auch immer größere Mittel für die Aufrüstung und ließ die deutsche Konjunktur zu Ende des Jahres 1937 „heißlaufen“. Arbeitskräftemangel, eine hohe Inlandsverschuldung (März 1938: 26,2 Mrd. Reichsmark) und die völlige Erschöpfung der deutschen Gold- und Devisenreserven (Anfang 1938: 76 Mio. Reichsmark; zum Vergleich: Bestand der Gold- und Devisenreserven der Österreichischen Nationalbank: umgerechnet 1,4 Mrd. Reichsmark = fast der zwanzigfache Betrag!) ließen das Deutsche Reich auf eine absehbare schwere Wirtschaftskrise hinsteuern.<sup>28)</sup>

Am Nachmittag des 5. November 1937 verkündete Hitler in der Reichskanzlei vor dem Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg, den Oberbefehlshabern des Heeres, der Marine und der Luftwaffe und dem Reichsaußenminister sowie in Anwesenheit seines Adjutanten, Oberst Friedrich Hoßbach, seine politischen Pläne für die nächsten Jahre, die von ihm auch zugleich als politisches Testament im Falle seines überraschenden Ablebens verstanden werden sollten.<sup>29)</sup>

Sehr klar ging aus seinen Ausführungen die Absicht hervor, Österreich und die Tschechoslowakei möglichst rasch zu annektieren. Der Gewinn von Rohstoffen, Arbeitskräften und eine Ausschöpfung der personellen Seite des militärischen Potenzials sollten bei einer



zukünftigen Deportation von etwa einer Million Menschen aus Österreich und der etwa doppelten Zahl aus dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei (hauptsächlich wären davon Juden und politische Gegner betroffen gewesen) die Nahrungsmittelautonomie des Deutschen Reiches (das ab Ende September 1939 mittlerweile schon über 85 Millionen Einwohner zählte) sicherstellen. Diese Ideen Hitlers zeigten deutlich, dass er die Lösung zwischenstaatlicher Probleme in Mitteleuropa mit militärischen Maßnahmen anstrebte.<sup>30)</sup>

### **März 1938: Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ in den österreichischen Bundesländern, der deutsche Einmarsch und der „Anschluss“**

Hitler hatte zwar im Sommer 1937 Planungen für einen gewaltsamen Einmarsch in Österreich im Falle einer Restauration der Habsburger („Sonderfall Otto“) befohlen, diese wurden aber von der Deutschen Wehrmacht nicht intensiv weiterverfolgt. Der Chef des Generalstabes des deutschen Heeres, General der Artillerie Ludwig Beck, befürchtete noch 1937 eine Eskalation des Konflikts zu einem gesamteuropäischen Krieg.<sup>31)</sup> Dennoch zielte die deutsche Außenpolitik klar auf einen Anschluss der „Ostmark“ hin. So existierten bereits 1935 deutsche Einmarschplanungen für Österreich, als ein italienischer Angriff auf Tirol befürchtet wurde.

In Österreich waren die Nationalsozialisten in den meisten Bundesländern dazu übergegangen, ab Mitte Februar 1938 mit intensiven Demonstrationen ein Klima der Unruhe zu schaffen, das die Regierung Schuschnigg unter Druck setzte und eine Situation wie vor einem unmittelbar bevorstehenden Bürgerkrieg herbeiführte.

Durch Schuschniggs Ankündigung einer Volksabstimmung über die Zukunft Österreichs sah sich Hitler unter Zugzwang gesetzt und befahl am Vormittag des 10. März 1938 die Vorbereitungen zum Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich, die vom deutschen Generalstab des Heeres unter General Ludwig Beck außerordentlich rasch abgeschlossen wurden.<sup>32)</sup> In den österreichischen Bundesländern übernahmen die Nationalsozialisten in einem „kalten Putsch“ noch am Abend des 11. März die Macht, was kurz darauf auf Bundesebene seine Fortsetzung mit dem Rücktritt der österreichischen Bundesregierung fand.<sup>33)</sup>

Die Deutsche Wehrmacht hatte im März 1938 noch nicht jene Stärke erreicht, die sie befähigt hätte, einem - allerdings längerfristig vorgeplanten - militärischen Eingreifen der Westmächte in einen europäischen Konflikt militärisch standzuhalten.

Die Gliederung des deutschen Heeres wies Anfang März 1938 36 Infanteriedivisionen, drei Panzerdivisionen und eine Gebirgsdivision auf. Die Luftwaffenverbände waren in einem rasanten Tempo vermehrt worden. Die militärische Stärke lag nicht nur in der zum Teil modernen Ausrüstung, sondern auch im hohen operativen und taktischen Ausbildungsstand des Großteils des Führungspersonals und auch von großen Teilen der Mannschaft.

In den Morgenstunden des 12. März überschritten die Truppen der deutschen 8. Armee die österreichische Grenze. Schon vorher hatte Schuschnigg den Gedanken eines militärischen Widerstandes aufgegeben und dem Bundesheer befohlen, sich kampfflos zurückzuziehen. Dennoch verlief der Einmarsch der deutschen Truppen nicht ohne Pannen, was der improvisierten Planung ebenso wie den Rivalitäten zwischen Wehrmacht, SS und Polizei sowie einzelnen Parteigruppierungen zuzuschreiben war. Neben den Truppen des VII. und XIII. Armeekorps sowie des Panzerkorps und der Heeresdienststelle 10, die für die Besetzung Tirols und Vorarlbergs

zuständig war, beteiligte sich auch die Deutsche Luftwaffe mit zahlreichen Transport- und Propagandaflügen.

Im Zuge der konkreten deutschen Planungen von Anfang März 1938, die klarerweise keine lange Vorlaufzeit haben konnten, sollte die deutsche 8. Armee unter dem Befehl von General Fedor von Bock einen raschen Vorstoß durch das Donautal auf die Bundeshauptstadt sowie die Inbesitznahme der Landeshauptstädte Salzburg, Innsbruck und Bregenz vornehmen, wobei Graz und Klagenfurt mit lufttransportierten Infanterieverbänden vorerst „symbolisch“ und dann mit Heeresverbänden im Straßenmarsch (wie letztlich auch Eisenstadt) besetzt werden sollten.

Die Durchführung oblag im Wesentlichen den zwei Armeekorps der 8. Armee, deren insgesamt sechs Divisionen (davon eine Panzerdivision) zwar mit viel Improvisation, aber auch beträchtlichen Pannen - beim „Wettlauf nach Wien“ kam es zu erheblichen Problemen mit der Treibstoffversorgung - die Besetzung Österreichs ab den frühen Morgenstunden des 12. März kampfflos durchführen konnten. Einzelne kleine Verbände der Wehrmacht wurden ohne große Probleme im Lufttransport auf österreichischen Flugplätzen abgesetzt. Während die Besetzung der Großstädte im Westen und Nordosten Österreichs im Wesentlichen bis zum 13. März abgeschlossen war, dauerte jene Südosterreichs bis zum 22. März. Personal- und Materialverluste der deutschen Verbände traten nahezu ausschließlich durch Straßenverkehrs- sowie durch Flugunfälle auf.

Parallel zum Einmarsch wurde bis zum Nachmittag des 14. März die Verteidigung des Bundesheeres auf die Person des „Führers“ abgeschlossen. Schon am 24. März begann der Rücktransport der ersten Verbände der 8. Armee in ihre angestammten Garnisonen.<sup>34)</sup>

Die Deutsche Wehrmacht konnte aus den unmittelbar übernommenen 60.000 Mann des Bundesheeres insgesamt sechs Heeresdivisionen sowie einige neue Luftwaffenverbände aufstellen und gewann in geringerer Anzahl neues Personal für die Kriegsmarine.

Die organisatorische Eingliederung des Bundesheeres in die Deutsche Wehrmacht war im Oktober 1938 abgeschlossen. Diesem Prozess fielen allerdings nicht weniger als 55% aller Generäle, 40% der Obersten und 14% des übrigen Offizierskorps zum Opfer, die aus politischen oder „rassischen“ Gründen entlassen oder pensioniert wurden und zum Teil später in Konzentrationslagern ein tragisches Ende nahmen. Der bisherige Staatssekretär für Landesverteidigung, General der Infanterie Zehner, wurde als Regimegegner am 10. April 1938 ermordet.<sup>35)</sup>

Die Erfahrungen bei der Bewegung von Großverbänden sollten der deutschen Wehrmachtsführung bei den nächsten Einmärschen in die Sudetengebiete im Oktober 1938 und letztlich in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs von großem Nutzen sein.

Tatsächlich kann aber letztlich von einem erfolgreichen Putsch der Nationalsozialisten in Österreich sowohl auf politischer - in den späten Abendstunden des 11. März waren in allen Bundesländern provisorische nationalsozialistische Verwaltungen eingerichtet - als auch auf militärischer Ebene, wo das Kommando zahlreicher Verbände des Heeres von Funktionären des „Nationalsozialistischen Soldatenringes“ übernommen wurde, gesprochen werden. Weder eine nunmehr bereits weitgehend isolierte Bundesregierung noch der Bundespräsident in Wien waren noch in der Lage, den Gang der Ereignisse in irgendeiner Weise zu beeinflussen.

Das NS-Regime im Deutschen Reich hatte sich nicht nur innerhalb von fünf Jahren gefestigt, sondern konnte nach der Besetzung des demilitarisierten Rheinlandes im Jahr 1936 einen weiteren außenpolitisch-strategischen Erfolg ohne Kampfhandlungen verzeichnen.

Die politisch-strategischen Auswirkungen der Besetzung Österreichs bestanden in einem weiteren wirtschaftlichen und militärischen Machtzuwachs des Deutschen Reiches, der sich militärstrategisch innerhalb kurzer Zeit bemerkbar machen sollte.

Auf die ehemaligen unmittelbaren Nachbarstaaten der nicht mehr existierenden Ersten Republik hatte der „Anschluss“ erhebliche Auswirkungen, wobei allerdings zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn sowie Jugoslawien schon vor 1938 durchaus gute Beziehungen bestanden hatten und sich spätere Bündnisstrukturen bereits abzuzeichnen begannen. Eine militärische Bedrohung der Tschechoslowakei durch das Deutsche Reich war nun offensichtlich geworden, da mit dem „Anschluss“ eine neue, weitgehend offene Südflanke an der ehemaligen österreichischen Grenze entstanden war.

Italien schloss sich nach dem März 1938 noch enger an Deutschland an und geriet als Verbündeter nach 1940 letztlich in eine totale Abhängigkeit von seinem Bündnispartner.

In Großbritannien wurde die Aufrüstung mit der materiellen Verstärkung aller Teilstreitkräfte nach der Beurteilung der Lage fortgesetzt, obwohl die „Appeasement-Politik“ mit dem „Münchener Abkommen“ weiter - zumindest bis März 1939 - fortgesetzt werden sollte. Auch Frankreich behielt seine zurückhaltende politisch-militärische Strategie bei. Die USA blieben vorerst bei ihrer isolationistischen Haltung, wobei aber die Entwicklung in Europa von Präsident Roosevelt und seinen politischen Beratern mit steigender Beunruhigung betrachtet wurde.

Der diplomatische Protest der Sowjetunion gegen den „Anschluss“ richtete sich primär gegen den Machtzuwachs eines gegnerischen totalitären Regimes, mit dem man aber knapp ein- einhalb Jahre später - ab Ende August 1939 - bereits eng verbündet sein würde. Die Frage eines unabhängigen und freien Österreichs spielte erst nach der ersten Phase des deutsch-sowjetischen Krieges ab dem Frühjahr 1942 in der sowjetischen Politik eine Rolle. Im gleichen Zusammenhang ist auch der Protest der linksgerichteten Regierung Mexikos und der noch rund ein Jahr existierenden Spanischen Republik, die mit der Sowjetunion enge Beziehungen unterhielten, gegen den „Anschluss“ zu sehen.

### **Das Schicksal der Anderen: Eine militärstrategische Beurteilung der Überlebensfähigkeit von Klein- und Mittel- staaten zwischen 1938 und 1940**

Generell lässt sich feststellen, dass der Rüstungsstand der Deutschen Wehrmacht - von jenem der Kriegsmarine abgesehen - in den Jahren 1936 bis 1939 von den Westmächten maßlos überschätzt wurde. Drohgebärden, Desinformation und „Bluff“ hatten sich über lange Zeit bezahlt gemacht. Auftragstaktik, moderne Verbindungsmittel und eine durchaus effiziente Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe machten die Deutsche Wehrmacht zwischen Herbst 1939 und Sommer 1941 zu einem hocheffektiven Kampfinstrument, das kleinere und mittlere Staaten in kurzen Feldzügen, die nicht länger als 45 Tage dauerten, niederwerfen konnte.

Eine militärische Intervention der Westmächte Großbritannien und Frankreich für die im Jahr 1938 am meisten bedrohten Staaten war aufgrund der realen politischen Reaktionsfähigkeit und des militärischen Potenzials vorerst nur begrenzt möglich. In Großbritannien waren bereits größere Rüstungsanstrengungen für alle Teilstreitkräfte angelaufen. Premierminister Chamber-

lain gab jedoch im Frühjahr 1938 ein realistisches Bild von der Abschreckungswirkung der britischen Streitkräfte zur Zeit des Anschlusses Österreichs: „*Nothing short of an overwhelming display of force could have stopped it.*“<sup>36)</sup> Die für den damaligen Zeitpunkt durchaus als illusorisch zu bezeichnende Erwartung einer militärischen Hilfe für Österreich ist also in die Beurteilung der Ereignisse einbezogen. Der Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan im Foreign Office notierte im März 1938 in sein Tagebuch: „*Thank Godness, Austria is out of the way.*“ Lord Halifax, der Außenminister Großbritanniens, hatte wenige Tage nach dem Ende der „Sudetenkrise“ am 1. November 1938 geschrieben: „*Wir können die deutsche Expansion in Mitteleuropa erlauben, ... aber wir müssen in der Lage sein, die deutsche Expansion in Westeuropa zu verhindern.*“<sup>37)</sup>

#### **Tschechoslowakei**

Ein halbes Jahr später hatte Hitler mit seiner Strategie, bestehend aus Drohungen und auch effektiv zur Schau gestellter vorgeblicher Kompromissbereitschaft, sein nächstes Ziel, die kampflose Abtretung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei, mit Duldung der Westmächte erreicht.

Die Tschechoslowakei hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings militärisch wesentlich bessere Voraussetzungen als Österreich, sowohl was die personelle und materielle Stärke des Heeres (vier Armeen mit 26 gut ausgerüsteten Divisionen) und der Luftwaffe (immerhin mehr als 1.000 Jagd-, Kampf- und Aufklärungsflugzeuge)<sup>38)</sup> als auch die Möglichkeit betraf, im günstigen Gelände, abgestützt auf großteils bereits fertig gestellte Festungsanlagen und Sperren,<sup>39)</sup> mit durchaus moderner Artillerie, Panzerabwehr- und Fliegerabwehrwaffen ausgestatteten und auch modern ausgerüsteten motorisierten und mechanisierten Verbänden zumindest einige Zeit erfolgreich Widerstand zu leisten.<sup>40)</sup> Tatsächlich zog sich aber auch die tschechoslowakische Armee im Herbst 1938 auf Weisung der politischen Führung, die auf keine Unterstützung durch Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion hoffen konnte, kampflos vor der Deutschen Wehrmacht zurück. Gefällt hatte die Entscheidung der damalige Ministerpräsident und ehemalige Generalinspekteur der tschechoslowakischen Streitkräfte, General Jan Syrový, der von 22. September bis 6. Oktober 1938 die tschechoslowakische Regierung führte: „*Ich durchlebe die schwierigsten Augenblicke meines Lebens, denn ich erfülle eine so schmerzhaft Aufgabe, dass es leichter wäre zu sterben. Wir hatten die Wahl zwischen verzweifelter und aussichtsloser Verteidigung, die die Opferung nicht nur der gesamten erwachsenen männlichen Generation, sondern auch von Kindern und Frauen bedeutet hätte, und zwischen der Annahme der Bedingungen, die in ihrer Rücksichtslosigkeit ohne Beispiel in der Geschichte sind. In tiefer Erregung haben alle Staatsführer gemeinsam mit der Armee und dem Präsidenten alle Möglichkeiten, die uns verblieben, abgewogen. Sie einigten sich darauf, dass in der Wahl zwischen einer Grenzverkleinerung und dem Untergang des Volkes es die heilige Pflicht ist, das Leben unseres Volkes zu erhalten.*“<sup>41)</sup>

Weniger als ein halbes Jahr später endete schließlich auch die Souveränität der „Rumpf-Tschechoslowakei“, die am 15. März 1939 von Verbänden der Deutschen Wehrmacht wiederum kampflos besetzt und nun zum deutschen „Protektorat Böhmen und Mähren“ wurde.<sup>42)</sup> Damit fielen dem Deutschen Reich mit dem gesamten Wirtschaftspotenzial auch die moderne tschechische Rüstungsindustrie und die gesamte Bewaffnung und Ausrüstung der tschechischen Streitkräfte in die Hände.

Die Möglichkeiten europäischer Kleinstaaten, der in die erste Phase des Zweiten Weltkrieges mündenden deutschen Expansion Widerstand zu leisten, sollen hier anhand einiger Beispiele differenziert betrachtet werden.

### Polen

Im September 1939 setzte sich Polen, dessen Streitkräfte der Deutschen Reichswehr noch 1933 hoch überlegen waren, zweifellos mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr. Zu jenem Zeitpunkt war jedoch die Deutsche Wehrmacht quantitativ und qualitativ in allen Bereichen (operative Führung, Einsatz moderner Führungsmittel und Waffensysteme)<sup>43)</sup> derart überlegen, dass die militärische Entscheidung in nur knapp zwei Wochen fiel. Der sowjetische Angriff ab dem 17. September, der zur Besetzung Ostpolens und letztlich zur „Fünften Teilung“ Polens führte, besiegelte das Schicksal des nur knapp über zwei Jahrzehnte existierenden Staates.

Situation für Dänemark geschaffen, ist nicht ganz stichhaltig. Dänemark selbst war, weil es in einer völlig gesicherten Zone für das Deutsche Reich lag, eine begrenzte Souveränität zugestanden worden, die etwas mehr als drei Jahre dauern sollte. Auch bei wesentlich höheren in Kauf genommenen Verlusten hätte die politische Führung Dänemarks ähnlich entschieden. Der Überflug Kopenhagens durch zahlreiche deutsche Kampfflugzeuge hatte die Bevölkerung ebenso wie die politische und militärische Führung Dänemarks eingeschüchtert.<sup>45)</sup>

### Norwegen

Am gleichen Tag - dem 9. April 1940 - besetzten Verbände der Deutschen Wehrmacht handstreichartig mehrere wichtige Hafenstädte Norwegens. An mehreren Abschnitten leisteten norwegische Heeresverbände - trotz ihrer zum Teil veralteten Ausrüstung und Bewaffnung - und Einheiten der norwegischen Marine erbitterten Widerstand gegen die Invasionstruppen und fügten ihnen stellenweise hohe Verluste zu.

Das britische und französische Eingreifen mit Marineeinheiten, mehreren Heeres- und schwachen Luftwaffenverbänden konnte den deutschen Vormarsch nur kurz verzögern, aber letztlich nicht aufhalten.

Bis Anfang Mai 1940 waren Süd- und Mittelnorwegen unter deutscher Kontrolle; nur im Raum Narvik konnten alliierte Verbände die schwachen deutschen Truppen bis Anfang Juni 1940 in die Defensive drängen. Schließlich mussten die Alliierten wegen der kritischen Lage an der Westfront und der nun klaren deutschen Luftüberlegenheit im Raum Narvik bis 8. Juni 1940 Nordnorwegen räumen.<sup>46)</sup>

### Niederlande

Einen Monat später gelang es dem niederländischen Heer und der Luftwaffe mit nur äußerst geringer direkter

Unterstützung der Alliierten der angreifenden Deutschen Wehrmacht innerhalb von fünf Tagen hohe Verluste in der ersten Phase des Westfeldzuges zuzufügen. Beim Einsatz der vorhandenen 24 leichten Panzerspähwagen, der knapp mehr als 100 4,7cm-Panzerabwehr-Geschütze (übrigens das Muster der österreichischen Böhler-Infanteriekanone), 81 7,5cm-Fliegerabwehr-Kanonen, 42 4cm-Fliegerabwehr-Kanonen, 150 2cm-Fliegerabwehr-Kanonen sowie von mehreren hundert Fliegerabwehr-MG, 28 einmotorigen *Fokker DXXI*- und 23 zweimotorigen *Fokker GI*-Jagdflugzeugen wurden nachweislich 56 deutsche Kampfflugzeuge und 125 Transportflugzeuge abgeschossen bzw. beschädigt<sup>47)</sup> sowie über 200 deutsche Panzer, andere Militärfahrzeuge und Artilleriematerial zerstört oder beschädigt. Die Deutsche Wehrmacht musste am Ende des Kampfes um die Niederlande am 14. Mai 1940 rund 1.500 Gefallene, 3.000 Verwundete und 1.200 Gefangene (meist Fallschirmjäger und Luftlandesoldaten, die nach Großbritannien gebracht wurden) als personelle Verluste bilanzieren.

Allerdings waren die Verluste auf niederländischer Seite ebenfalls hoch: 2.032 Gefallene, 4.000 Verwundete und etwa

## Bild nur im Heft verfügbar

Der italienische Journalist Indro Montanelli schmückte die Ereignisse über das Gefecht bei Krojanty am 1. September 1939 derart aus, dass der Mythos entstand, die polnische Kavallerie (Bild) sei mit Säbeln bewaffnet gegen die Panzer der Wehrmacht geritten. Auch die deutsche Propagandamaschinerie nutzte diese Geschichte für ihre Zwecke.

### Dänemark

Die handstreichartige Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 durch relativ schwache Verbände der Deutschen Wehrmacht bildet ein weiteres interessantes Beispiel für eine skrupellose Machtpolitik, die auf abgegebene Neutralitätserklärungen keine Rücksicht nahm.

Die dänische „Appeasementpolitik“ gegenüber dem täglich mächtiger werdenden Nachbarn hatte in den vorangegangenen Monaten versagt. Die Masse der kleinen dänischen Luftwaffe wurde binnen weniger Minuten am Boden zerstört, die Flotte kam nicht zum Einsatz. In einigen Scharmützeln fielen 13 dänische Heeresoldaten, zwei Luftwaffenangehörige und drei Grenzpolizisten. Die Masse der dänischen Truppen (von einer Mobilmachung hatte man Abstand genommen, um „den Nachbarn nicht zu provozieren“) wurde in den Kasernen umzingelt und gefangen genommen. Die Deutsche Wehrmacht übernahm nun - nach offizieller deutscher Diktion - die „nicht mehr gewährleistete Sicherung des Landes und seiner Neutralität“.<sup>44)</sup>

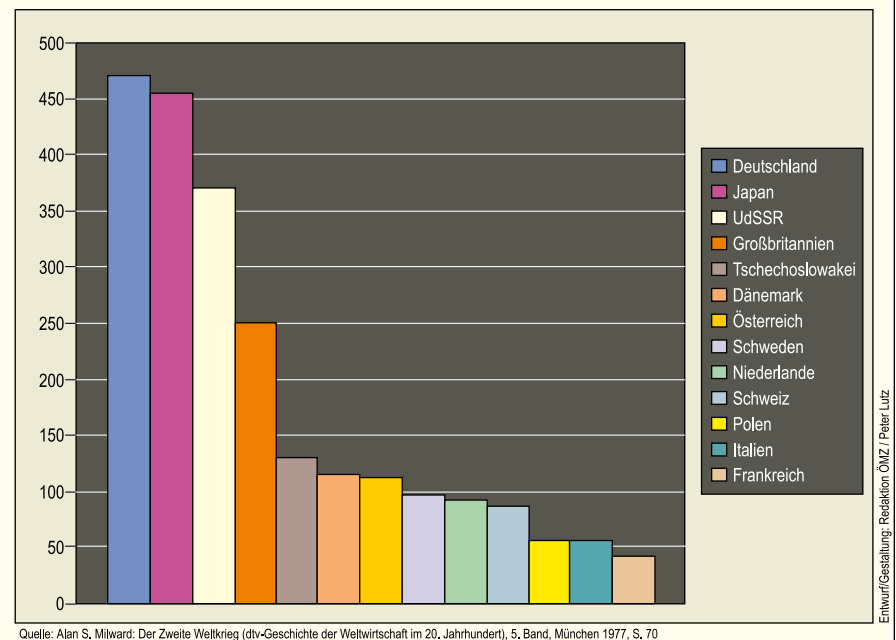
Das heute oft vorgebrachte Argument, die 18 Gefallenen hätten nach dem Zweiten Weltkrieg eine völkerrechtlich andere

85.000 Gefangene. Das niederländische Heer im Mutterland war damit zerschlagen. Dieser eindrucksvolle Widerstand war von Streitkräften geleistet worden, deren Soldaten zum allergrößten Teil ihren Kampfauftrag voll erfüllten und deren minimales Verteidigungsbudget in den 1930er-Jahren erst nach dem Anschluss Österreichs fast verdoppelt und im nächsten Jahr (1939) sogar verdreifacht worden war. In einer Rundfunkansprache an das niederländische Volk begründete General Winkelman, der Oberbefehlshaber des niederländischen Heeres, den Beschluss, die Kapitulation anzubieten: „Wir haben die Waffen strecken müssen, weil nichts anderes mehr möglich war. Alle waren fest entschlossen, unser Vaterland auf das Äußerste zu verteidigen. Nun, da ich als Oberbefehlshaber der Land- und Luftstreitkräfte heute alle Meldungen erhielt, wusste ich mit absoluter Gewissheit, dass dieses Äußerste erreicht sei. Unsere Soldaten haben mit einem Mut gekämpft, der unvergessen bleiben wird. Aber der Kampf war ungleich: Unsere Truppen standen technischen Mitteln gegenüber, denen der größte menschliche Mut nicht gewachsen ist. Zu Tausenden sind sie für die Freiheit der Niederlande gefallen. Die Luftstreitkräfte, über die wir noch verfügen, sind so minimal, dass sie unsere Truppen zu Lande nicht mehr unterstützen können...“<sup>48)</sup>

### Belgien

Belgien hatte 1936 das seit 1919 mit Frankreich bestehende Militärbündnis gelöst und seine Neutralität erklärt. Eine für die

**Abb. 2** Prozentuelle Steigerung des Realwerts der Rüstungsausgaben in ausgewählten Ländern 1934-1938



koordinierte Vorgangsweise notwendige Zusammenarbeit mit den französischen Streitkräften kam daher im Mai 1940 nicht mehr zum Tragen und führte trotz einzelner erfolgreicher Aktionen der belgischen Streitkräfte zur raschen Niederlage und zur Kapitulation bis zum 28. Mai 1940.<sup>49)</sup>

### Rüstungsaufwendungen in Europa in den 1930er-Jahren

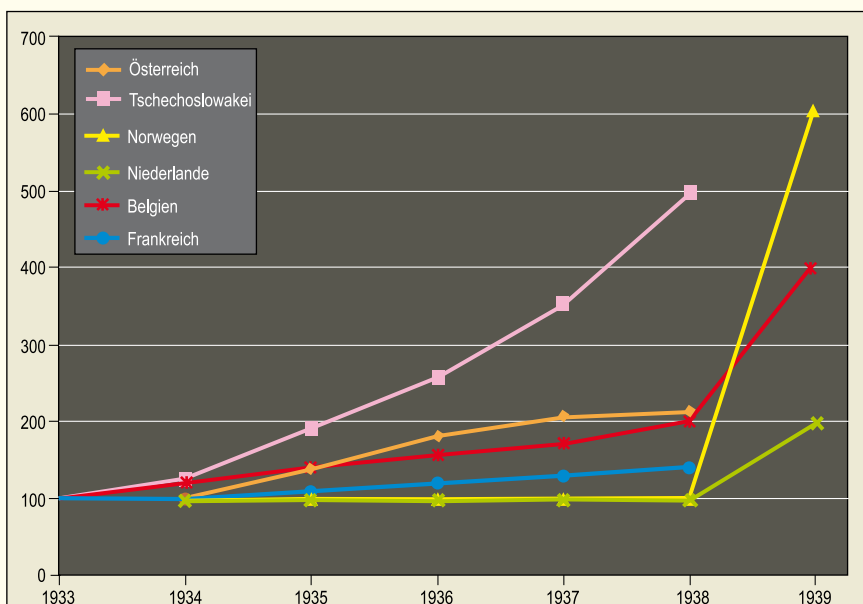
Generell lässt sich feststellen, dass bis September 1939 bzw. Frühjahr 1940 alle zum Teil noch fast in Panik ergriffenen Maßnahmen der einzelnen Staatsführungen nicht mehr wirksam wurden.

Mangelnde budgetäre Vorsorgen für die Landesverteidigung waren einerseits durch die Wirtschaftskrise ab 1929 bedingt, andererseits wurde durch die Fehlbeurteilung der strategischen Lage in Europa und der politischen Situation im Deutschen Reich eine mehrjährig währende „Schere“ geöffnet, die in der verbleibenden Zeit in keinem Land mehr geschlossen werden konnte.

Die deutsche Reichswehr war Ende 1932 mit 100.000 Mann, schwacher Bewaffnung und ohne Luftstreitkräfte für niemanden eine Bedrohung. Dies war zu Anfang des Jahres 1938 völlig anders.

Ein falsches Einschätzen der strategischen Lage, ein unzutreffendes und zu spät modifiziertes Bedrohungsbild, zu spät gesetzte Maßnahmen und daher ein weitgehendes Nichtvorhandensein oder Versagen einer Abhaltestrategie führten zum Zusammenbruch vieler Staaten. Militärische Bündnisse wurden zu spät abgeschlossen und wirkten sich auch

**Abb. 3** Verteidigungsausgaben der 1938 bis 1940 vom Deutschen Reich besetzten Staaten (in %)



Quellen: Steinböck, Österreichs militärisches Potential, S. 36; Straka, Československa Armada, Plán Obrany Statu z Let 1932/1939, S. 153; Ronald L. Tarnstrom, The Sword of Scandinavia, Dayton/Ohio, 1991, S. 125-159; C.M. Schulten, The Netherlands and its Army (1900-1940), in Revue Internationale d'Histoire Militaire No. 58 Le Haye 1984, S. 79; Geschiedenis van het Belgisch Leger van 1830 tot heden, Deel II, Van 1920 tot heden, Hoofdstuk II: De tweede wereldoorlog 1940-1945, Centrum voor Historische Dokumentatie van de Krijgsmacht, 1988, S. 106; Alistair Horne, Der Frankreichfeldzug 1940, München 1981, S. 72.

durch politisch-strategische Fehleinschätzungen der Partner nicht mehr aus.

Frankreich hatte durch die seit dem Frühjahr 1934 andauernden Regierungskrisen, die ein effektives Eingreifen in die politischen Geschehnisse in Mitteleuropa nahezu unmöglich machten, seine strategische Position in Europa erheblich geschwächt. Es verfolgte nach 1918 eine Defensivstrategie, die durch den Bau der Maginot-Linie symbolisiert wurde.

Eine erfolgreiche operative Führung großer mechanisierter Verbände, die Oberst Charles de Gaulle schon seit Jahren gefordert hatte und die auf eine effektive Luftunterstützung hätte zählen müssen, scheiterte im Mai 1940. Die durch Jahre hindurch mangelnde Selbstein- und auch Überschätzung der eigenen Wehrkraft, die jahrelange politische und zum Teil auch militärische Lähmung führten dazu, dass die französischen Streitkräfte im Frühjahr 1940 binnen sechs Wochen von der Deutschen Wehrmacht zerschlagen wurden.<sup>50)</sup>

Dagegen gelang es den britischen Streitkräften rund 30 Monate nach dem Anschluss Österreichs, gestärkt durch ein Aufrüstungsprogramm, nach den ersten Niederlagen in Westeuropa bereits im Sommer und Herbst 1940 v.a. mit der Luftwaffe und Marine einer bereits um ein Vielfaches erstarkten Deutschen Wehrmacht einen nachhaltigen und erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen und ihr bis zum Sommerbeginn 1941 der einzige und effektive Gegner zu bleiben.<sup>51)</sup>

Erkenntnisse der Notwendigkeit einer umfassenden Sicherheitspolitik kamen damals zu spät und zeigten in Westeuropa erst nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidende Ergebnisse. Österreich selbst verlor schon im März 1938 letztlich die „Schlacht“ um die Existenz des - in eigener Einschätzung und außenpolitischen Darstellung - „besseren deutschen Staates“ und damit seine Souveränität. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Dazu u.a. Richard Cornwall: *Austria-Hungary*. In: *At the Eleventh Hour. Reflections, Hope and Anxieties at the Closing of the Great War*, Barnsley 1998, S.285-300.
- 2) Walter Wiltschegg: *Die Heimwehr: Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte, Bd. 7, Wien 1985); Bruce F. Pauley: *Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Steirischer Heimatschutz und österreichischer Nationalsozialismus 1918 bis 1934*. Wien-München-Zürich 1972.
- 3) Otto Naderer: *Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923-1934)*, Graz 2004.
- 4) Vgl. dazu u.a. Gerhard Botz: *Gewalt in der Politik: Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche und Unruhen in Österreich 1918 bis 1934*, München 1974; *Konsens und Konflikt. Schattendorf 1927. Demokratie am Wendepunkt*, Begleitband zur Ausstellung (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 119, Eisenstadt 2007).
- 5) Vgl. dazu F. L. Carsten: *Faschismus in Österreich*. Von Schönerer zu Hitler, München 1978.
- 6) Dazu detailliert Rudolf Kiszling: *Die militärischen Vereinbarungen der Kleinen Entente 1929-1937* (= Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 54, München 1959); Hellmut Andics: *Das Burgenland im Kräftespiel seiner Nachbarn nach 1918*. In: *Burgenland 1945. Beitragsband zur Landesausstellung 1985*, Eisenstadt 1985, S.21-37.
- 7) Dazu u.a. Lajos Kerekes: *Abenddämmerung einer Demokratie*. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien-Frankfurt a. M., Zürich 1966.
- 8) Dazu Marian Zgornaik: *Militärpolitische Lage und Operationspläne Polens vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges*. In: *Der Zweite Weltkrieg. Analysen - Grundzüge - Forschungsbilanz*, im Auftrag des Militärhistorischen Forschungsamtes hrsg. v. Wolfgang Michalka, München-Zürich 1989, S.447-461.
- 9) Erwin A. Schmidl: März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1987, S.47.

10) Offiziere hatten 35 Jahre, Unteroffiziere 20 Jahre und Soldaten sechs Jahre - diese blieben dann weitere sechs Jahre in der Reserve - zu dienen. Die Schaffung eines starken Heeres, das sich auf zahlreiche gut ausgebildete Reservisten stützen konnte, war damit weitgehend unmöglich gemacht worden.

11) Dazu Theodor Körner: *Denkschrift über das Heerwesen der Republik*, Wien 1924.

12) Dazu Erwin Steinböck: *Österreichs militärisches Potential im März 1938*, Wien 1988, S.17, S.26. Vorerst waren dies rund 8.000 auf sechs Monate zeitverpflichtete Soldaten („A-Männer“), deren Dienstzeit aber um weitere sechs Monate verlängert werden konnte.

13) Es wäre aber unangebracht, die Anhaltelager in einem Begriff mit den später von den Nationalsozialisten eingerichteten Konzentrationslagern zusammenzufassen: Im Gegensatz zu den weithin bekannten menschenunwürdigen Vorgängen und Massenmorden in den nationalsozialistischen KZ kam es in Österreich „nur“ zu Misshandlungen sowie zum Selbstmord eines Häftlings, der die Isolierung psychisch nicht mehr ertrug. Vgl. Gerhard Jagschitz: *Die Anhaltelager in Österreich (1933 bis 1938)*. In: *Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen*. 1927 bis 1938, Wien 1975, S.128-151.

14) Der Mitgliederstand der NSDAP betrug Ende Juni 1934 bereits 90.000 Personen.

15) Zu diesem Problemkreis siehe *Das Jahr 1934*: 12. Februar, Protokoll des Symposiums am 5. Februar 1974 (= Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Wien 1975); *Das Jahr 1934*: 25. Juli, Protokoll des Symposiums am 8. Oktober 1974 (= Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Wien 1975), Gerhard Jagschitz: *Der Putsch: Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich*, Graz-Wien-Köln 1976; Gottfried-Karl Kindermann: *Hitlers Niederlage in Österreich: Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg von 1934*, Hamburg 1984; Wolfgang Etschmann: *Die Kämpfe in Österreich im Juli 1934* (= Militärhistorische Schriftenreihe, Heft 50, Wien 1984); Gottfried-Karl Kindermann: *Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938*, München 2003.

16) Helge Lerider: *Die Wehrpolitik der ersten österreichischen Republik im Spiegel der operativen Vorbereitungen gegen die Nachfolgestaaten der Monarchie*. In: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, Bd. 24/2, München 1978, S.49-69.

17) Nicht zufällig verlangte Hitler am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden von Schuschnigg die Absetzung Jansas, die allerdings schon zuvor - bedingt durch den Konflikt Jansas mit Staatssekretär General Wilhelm Zehner in Budgetfragen - beschlossen worden war.

18) Die meistbeachtete Arbeit war zweifellos jene von General Ludwig Ritter von Eimannsberger mit dem Titel „Der Kampfwagenkrieg“, die einen wesentlichen Einfluss auf die theoretische Vorbereitung der deutschen „Blitzkriegstaktik“ der Jahre 1939 bis 1941 haben sollte.

19) Erwin Steinböck: *Das österreichische Bundesheer in den Jahren 1937 bis 1938*. In: *Truppendienst* 4/1976, 278-281; ebd., 5/1976, 371-373, und ebd., 6/1976, S.455-457.

20) Ein Teil dieser Flugzeuge wurde mit Hilfe einer freiwilligen „Flieger-spende“ der österreichischen Bevölkerung angekauft.

21) Dazu Fred Haubner: *Die Flugzeuge der Österreichischen Luftstreitkräfte vor 1938*, 1. und 2. Teil (= Österreichs Luftfahrt in Einzeldarstellungen, Bd. 2 und 5, Graz 1982/1983); Rosatelli's Italian Fighter (The Fiat CR 32). In: *Air Enthusiast*, 22/1983, S.52-64.

22) Dazu Steinböck: *Österreichs militärisches Potential*, S.155-176 sowie Michael Barthou: *Rüstung und Rüstungsanstrengungen des Österreichischen Bundesheeres von 1935 bis 1940*, Dipl. Arb., Wiener Neustadt 2002.

23) Österreich exportierte allerdings zwischen 1934 und 1938 4.000 leichte MG M30, 226 8 cm Minenwerfer, 268 Infanteriekanonen und rund 400 weitere Geschütze sowie 5.571 t Munition für leichte Infanteriewaffen - dies entsprach dem Munitionsbedarf des Bundesheeres für rund sieben Kampftage! Zit. nach: Steinböck, *Österreichs militärisches Potential*, S.155.

24) Der Jansa-Plan ist im Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik, BMLV Op. Int. 103/38 (Fasz. 82), zu finden. Siehe dazu auch Hubertus Trauttenberg: *Die Abwehrvorbereitungen gegen einen deutschen Angriff im Bereich der 4. Division in den Jahren 1936-38*, Militärwissenschaftliche Arbeit am 6. Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie, Wien 1972, Erwin Steinböck: *Österreichs Grenzschutz und Raumschutz im Jahr 1938*. In: *Truppendienst* 2/1975, S.143-148; ebd., 3/1975, S.236-240; ebd., 4/1975, S.319-323.

25) Dazu Gottfried-Karl Kindermann, *Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938*. München 2003.

26) Vgl. Igor Lukes: *Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edward Benes in the 1930s*, New York-Oxford 1996, Arnold

Suppan/Elisabeth Vysloncil (Hrsg.): Edvard Benes und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918-1948 (= Wiener Osteuropastudien Band 12). Frankfurt am Main 2002.

27) Wilfried Aichinger: Österreichs wehrpolitische Lage in der Zwischenkriegszeit. In: ÖMZ 2/1985, S.118ff.

28) Norbert Schausberger: Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien - München 1978. Eine kurze Zusammenfassung findet sich in dem Beitrag Schausbergers im Sammelwerk „Zeitgeschichte“. Beitrag zur Lehrerfortbildung, Bd. 22: Ökonomische Faktoren der Anschlussfrage, Wien 1982, S.62-82.

29) Die Niederschrift, die Oberst Hoßbach aus dem Gedächtnis und anhand einiger Notizen einige Tage später anfertigte, kann nicht als „Protokoll“ im klassischen Sinne bezeichnet werden und gibt auch keinen Aufschluss über den genauen Wortlaut, den Hitler bei seinem Vortrag gewählt hatte.

30) Vgl. dazu Bernd-Jürgen Wendt: Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, dtv-Bd. 4518, München 1987), S.11ff.; dazu auch der Sammelband von Franz Knipping/Klaus Jürgen Müller (Hrsg.): Machtbewusstsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984; Wilhelm Deist - Manfred Messerschmidt u.a., Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1979.

31) Kirstin A. Schäfer: Werner von Blomberg. Hitlers erster Feldmarschall. Eine Biographie, Paderborn 2007.

32) Dazu Klaus-Jürgen Müller: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, hrsg. mit Unterstützung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam, Paderborn-München-Wien-Zürich 2008, S.301-305.

33) Vgl. dazu Schmidl, März 38, S.111-134.

34) Ebd.

35) Vgl. dazu Daniela Angetter: Gott schütze Österreich. Wilhelm Zehner (1883-1938) Porträt eines österreichischen Soldaten (= Schriftenreihe des Österreichischen biographischen Lexikon. Band 10), Wien 2006.

36) Lothar Höbelt: Die britische Appeasementpolitik. Entspannung und Nachrüstung 1937 bis 1939 (= Militärgeschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten, Bd. 1, Wien 1983), S.51ff.

37) Ebd.

38) Am 1. September 1938 verfügten die tschechoslowakischen Luftstreitkräfte bei den Verbänden über 326 Jagdflugzeuge (überwiegend vom Typ Avia B 534 - ein Doppeldecker), 101 leichte und 54 schwere Bomber sowie insgesamt 590 Nah- und Fernaufklärungsflugzeuge. Zit. nach Zdenek Titz: Czechoslovakian Air Force 1918-1970 (= Aircam Aviation Series, no. 30, London-New York 1971), 4. Die Anzahl der vorhandenen schweren Bomber dürfte nach anderen Unterlagen allerdings erheblich höher gewesen sein, da allein 1936/1939 124 Stück des zweimotorigen französischen Bombers Bloch MB 200 und 151 Stück des zweimotorigen sowjetischen Bombers Tupolev SB 2 als Avia B 71 in Lizenz gebaut wurden. Vgl. dazu Kenneth Munson, Bomber 1919-1939, Zürich 1971, S.141 und S.147.

39) Dazu HDVg 124. Bildheft Landesbefestigung der Tschechoslowakei. Allgemeine Angaben. Bearbeitet vom Generalstab des Heeres - 10. Abt. - Iib, Berlin 1938 (Kopie im Besitz des Verfassers; Oberkommando des Heeres Gen. St. d. H. Berlin, den 1.11.1941. Denkschrift über die Tschecho-slowakische Landesbefestigung. Nur für den Dienstgebrauch!, Berlin 1941, Faksimile-Neuaufgabe, Helsing (Dänemark) 2000; Zdenek Novotny/Frantisek Barta: Grenzfestungen in der Tschechoslowakei. In: ÖMZ 2/1992, S.144-150.

40) Dazu als neue Publikationen über die tschechoslowakischen Streitkräfte in der Zeit zwischen 1918 und 1939 Karel Straka: Ceskoslovenska Armada, Pilir Obrany Statu z Let 1932-1939 (= Historie ceskoslovenske armady 3, Praha 2007); Eduard Stehlik: The Heart of the Army. General Staff 1919-2004, Prague 2004; Martin Zückert: Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938 (= Veröffentlichungen des Kollegium Carolinum, Bd. 106, München 2006).

41) Zit. nach Klaus Kirschner: Achtung-acht! Tschechien und die Achter Jahre. Manuskript einer Sendung von Radio Prag, 5.1.2008.

42) Die Slowakei wurde nach der am gleichen Tag erfolgenden Sezession ein unabhängiger Staat, der bis zum Hochsommer 1944 ein Verbündeter des Deutschen Reiches blieb.

43) Die polnische Panzerwaffe war im September 1939 qualitativ und quantitativ zu schwach und hätte noch eine längere Aufbauphase gebraucht. Als Paradoxon sei hier nur angeführt, dass das relativ moderne polnische Jagdflugzeug PZL 24 zwar für den Export produziert wurde, während den polnischen Jagdfliegerverbänden im September 1939 nur das bereits veraltete Muster PZL 11c zur Verfügung stand.

44) Wörtliches Zitat aus dem deutschen Propagandafilm „Kampf um Norwegen“, der bis 1942 fertig gestellt, aber der Öffentlichkeit nie gezeigt worden war. Erst 2005 wiedergefunden, wurde er vom Norsk Filminstitut 2007 als DVD herausgegeben (im Besitz des Verfassers).

45) Ingo Ossendorff: Dänemark im Zweiten Weltkrieg: Die Armee, die nicht kämpfen konnte. In: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau, April 1985, S.232-235.

46) Dazu Hans-Martin Ottmer: „Weserübung.“ Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940 (= Operationen des Zweiten Weltkriegs, Bd. 1. Eine Publikation des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München 1994); Jack Adams: The doomed Expedition. The Norwegian Campaign of 1940, London 1989; Francois Kersaudy, Norway 1940, London 1990; Dirk Levesen: Krieg im Norden. Die Kämpfe in Norwegen 1940. Bonn 2000; Walter Schaufelberger: Weserübung - der deutsche Feldzug gegen Dänemark und Norwegen 1940. Neutralitätspolitische Betrachtungen. In: ÖMZ 4/1983, S.321-326. Vgl. auch R. K. Lochner: Als das Eis brach. Der Krieg zur See in Norwegen, München 1983, S.523-537; Mario Duic: Kleinststaaten im Zweiten Weltkrieg. Verteidigung und Besetzung, Besatzungspolitik und Widerstand. In: ÖMZ 4/1986, S.295-303.

47) Zum Luftkrieg über Westeuropa 1939-40 vgl. Victor Bingham: Blitzed! The Battle of France May-June 1940, New Malden/Surrey 1990, S.222-226, bzw. Peter D. Cornwell: The Battle of France then and now. Six Nations locked in Aerial Combat September 1939 to June 1940. Old Harlow/Essex 2007.

48) Zit. nach Frans S.A. Beekman/Franz Kurowski: Der Kampf um die Festung Holland. Herford 1981, S.205-206.

49) Geschiedenis van het Belgisch Leger van 1830 tot heden. Deel II. Van 1920 tot heden. Hoofstuk II: De tweede wereldoorlog 1940-1945. Centrum voor Historische Dokumentatie van de Krijgsmacht. 1988.

50) Zur Strategie und zum operativen Denken in Frankreich vor dem Zweiten Weltkrieg vgl. u.a. Karl Heinz Frieser: Blitzkriegslegende. Der Westfeldzug 1940, München 1995; sowie als hervorragende Einführung in die politisch-strategische Situation Frankreichs zwischen 1918 und 1939 William L. Shirer: Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall der Dritten Republik, Teil 1, München 1978; zur defensiv orientierten Militärstrategie Frankreichs auch Jean-Bernard Wahl: Die Maginotlinie. Damals und heute. Nordfrankreich-Lothringen-Elsaß. Geschichte und Reiseführer, Hamburg-Berlin-Bonn 2000.

51) Against all odds. The British Army of 1939-40. A National Army Museums Publication. Written by David Smurthwaite, Mark Nicholls and Linda Washington with guest authors, London 1990; David Fraser: ... And we shall shock them. The British Army in the Second World War, London 1999; Field Marshal Lord Carver: Britains Army in the 20th Century. In Association with the Imperial War Museum, London 1998, S.166-188. Zur Entwicklung der Royal Air Force in den späten 1930er-Jahren vgl. John James: The Paladins. The story of the RAF up to the outbreak of the World War II, London 1990. Zur Entwicklung der britischen Seestreitkräfte vor 1939 vgl. J. R. Hill/Bryan Ranft: The Oxford Illustrated History of the Royal Navy, Oxford 1996.

## Dr. Wolfgang Etschmann

Geb. 1953; Hofrat; Studium der Zeitgeschichte und Germanistik an der Universität Wien, 1979 Promotion zum Dr. phil.; 1980 Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien; 1981-1982 Offizier auf Zeit (Kompaniekommandant 1. Jägerkompanie[UNO]/Landwehrstammregiment 21); 1982-1993 Referent im Militärgeschichtlichen Institut/Heeresgeschichtliches Museum (HGM); seit 1994 Leiter der Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung/HGM; Gastlehrer für Militärgeschichte an der Theresianischen Militärakademie und der Landesverteidigungsakademie; ständiger Mitarbeiter der Österreichischen Militärischen Zeitschrift; Mitherausgeber der „Schriften zur Geschichte des Bundesheeres“; zahlreiche Publikationen und Vorträge zur Militärgeschichte.

# Gott schütze Österreich- das Bundesheer durfte es nicht!

Eine militärpolitische Betrachtung im Kontext des März 1938  
und dessen Folgen für das Bundesheer der Zweiten Republik

Erwin A. Schmidl

**B**undeskanzler Julius Raab gab „unter Berufung auf das Beispiel des ersten Bundesheeres“ bei einer Sitzung des Landesverteidigungsrates am 25. Februar 1958 „seiner Ansicht Ausdruck, dass das Bundesheer nie einen Krieg führen werde“. Im Bundesheer sah er in erster Linie einen „Erziehungsfaktor für die Jugend“; die „Hauptaufgabe des Bundesheeres“ wäre es, „bei inneren Unruhen der Nachbarn die über die Grenze flüchtenden Massen aufzunehmen“, wie dies 1956 anlässlich der Ungarnkrise geschehen war. Der sozialistische Abgeordnete Otto Probst sekundierte, dass „eine symbolische Verteidigung den österreichischen Verhältnissen am besten entspreche“. Und Handelsminister Fritz Bock sorgte sich v.a.,

## Das Bundesheer im März 1938

Für diese verkürzte Sicht spielte es kaum eine Rolle, dass die Verantwortung für den Nicht-Einsatz im März 1938 ja nicht bei der militärischen, sondern bei der politischen Führung gelegen war. Bundeskanzler und Verteidigungsminister Dr. Kurt Schuschnigg hatte in seiner berühmten Radioansprache am Abend des 11. März erklärt, dass er „der Gewalt“ weiche - nämlich der angedrohten Gewalt eines militärischen Einmarsches - und dem Bundesheer den Befehl gegeben habe, sich „ohne Widerstand nach Osten zurück-zuziehen“. Damit war die Lage klar. Die teilweise an die Grenze entsandten Sperrkommandos zogen sich im Laufe der Nacht oder am Morgen des 12. März wieder in ihre Kasernen zurück. Einzige

Ausnahme war das Sperrkommando am Fernpass in Tirol unter Hauptmann Edwin Liwa, das keine Verbindung zu vorgesetzten Dienststellen hatte und vorerst in Stellung blieb; es kehrte erst einen Tag später nach Imst zurück.

Das Verhalten dieses Sperrkommandos ist auch eine Antwort auf die oft gestellte Frage, wie verlässlich denn das Bundesheer im März 1938 gewesen sei: Es hielt aus und erfüllte seinen Auftrag - und hätte damit eigentlich ein Musterbeispiel für die Traditionspflege des Zweiten Bundesheeres sein können (warum es das nicht wurde, dazu später noch mehr). Allerdings ist dies eben nur eine Antwort auf diese Frage, aber nicht die einzige. Denn bei anderen Truppenkörpern zeigten sich hier und da Probleme - und in einigen Garnisonen gelang es nationalsozialistischen Soldaten tatsächlich schon am Abend des 11. März, die Führung zu übernehmen.<sup>2)</sup> Übereinstimmend - und durchaus glaubwürdig - bestätigten ehemalige Angehörige des ersten Bundesheeres allerdings immer wieder, dass das Bundesheer im März 1938 weiterhin ein verlässliches Instrument der Regierung gewesen sei und etwaige Befehle zur Verteidigung befolgt hätte. Dass man einem Einsatz gegen deutsche Truppen - in denen man in erster Linie die einstigen Verbündeten des Weltkrieges sah - nicht gerade begeistert entgegensehe, ist freilich ebenfalls klar. Dass zwei der Verliererstaaten des Großen Krieges gegeneinander kämpfen sollten, schien den meisten Österreichern (und Deutschen) unvorstellbar.

Der damalige Oberleutnant (und spätere General des österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik) Albert Bach schilderte

## Bild nur im Heft verfügbar

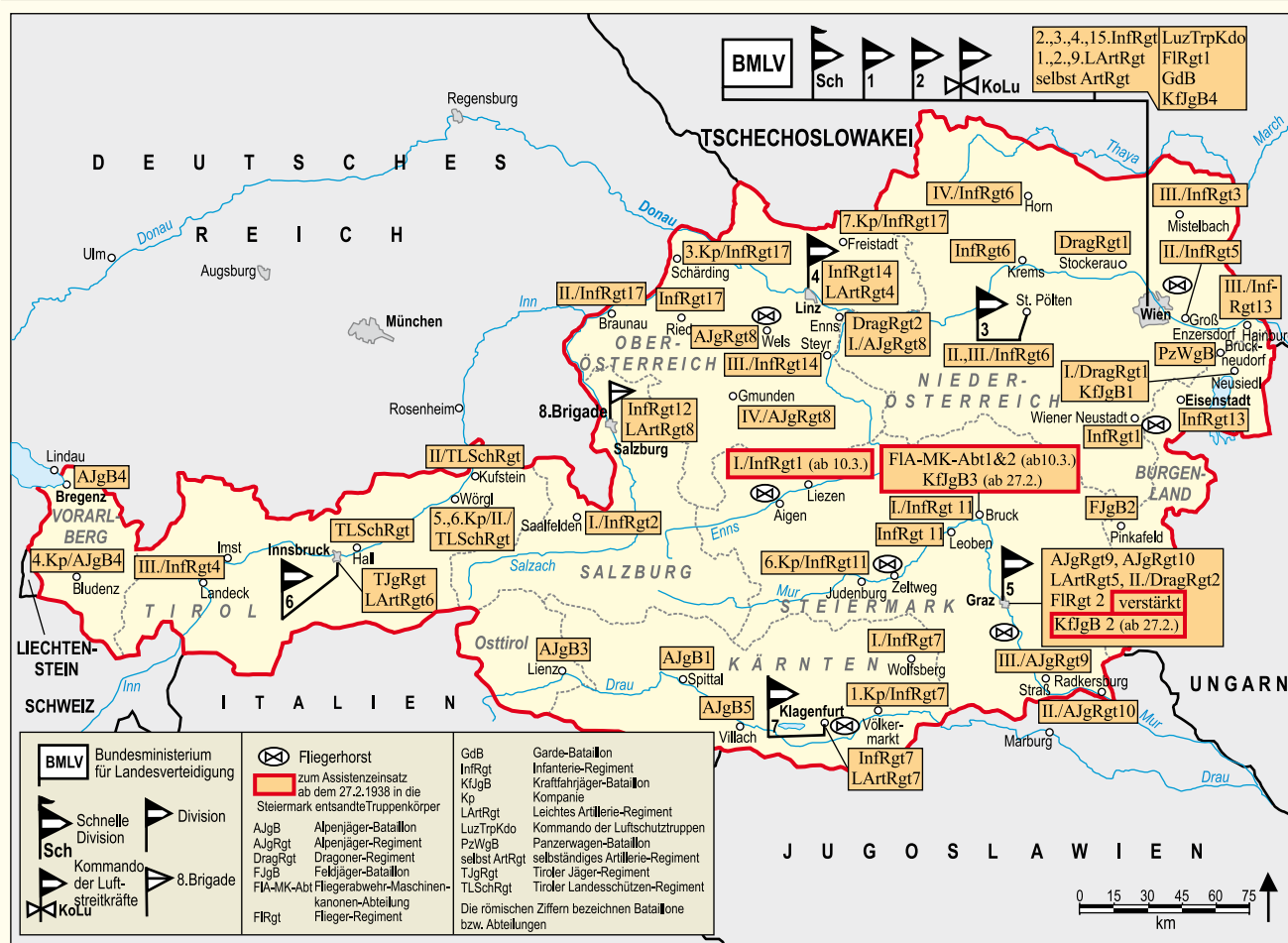
Im Zuge der Modernisierung und Anpassung des Bundesheeres an die damaligen Verhältnisse mussten auch neue Waffen und neues Gerät, wie etwa der Panzerkampfwagen *Fiat Ansaldo* (Bild), für die *Schnelle Division* angeschafft werden.

„dass durch die in Aussicht stehende Erhöhung der Panzerzahlen der Straßenzustand stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte“. <sup>1)</sup> Diese Zitate - einem Gedächtnisprotokoll entnommen, das Manfred Rauchensteiner bereits 1980 veröffentlicht hat und das wohl ein Schlüsseldokument zum Verständnis der österreichischen Verteidigungspolitik der Zweiten Republik darstellt - belegen nicht nur, wie wenig sich die politische Führung mit dem Gedanken einer ernst gemeinten Landesverteidigung identifizierte. Sie zeigen auch, dass die Erinnerung an den März 1938 lange nachwirkte. Der Vorwurf an das Bundesheer, in zahlreichen Varianten immer wieder wiederholt, lautete: „1934 habt Ihr auf die Arbeiter geschossen, 1938 aber auf die einmarschierenden Deutschen nicht!“



Abb. 1

## Die Dislozierung des Österreichischen Bundesheeres am Morgen des 11.3.1938



Quelle: Erwin A. Schmidl: „Der Anschluss“ Österreichs, Der Deutsche Einmarsch im März 1938, Bonn 1994

in seinen um 1983 verfassten Memoiren sehr offen und einsichtig, dass zahlreiche junge Offiziere deutschnational dachten und sich - so wie viele andere Österreicher - von den Nationalsozialisten eine Verbesserung der tristen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erwarteten.<sup>3)</sup> Dass gerade viele Militärs dann von der Realität des Dritten Reiches, nicht zuletzt durch das Erleben eines neuerlichen Weltkrieges, aber auch durch die zunehmenden Eingriffe der Partei in militärische Belange, enttäuscht waren und den Nationalsozialismus aus dieser Erfahrung heraus ganz anders beurteilten, steht auf einem anderen Blatt. Oberstleutnant im Generalstab Robert Bernardis mag als Beispiel dienen - 1938 scheint sein Name im Verzeichnis der Angehörigen des illegalen Nationalsozialistischen Soldatenringes (NSR) auf, 1944 wurde er als einer der Verschwörer des 20. Juli zum Tode verurteilt und hingerichtet.<sup>4)</sup>

Allerdings ist es immer wieder problematisch - wenn auch unvermeidlich -, von einem späteren Wissensstand aus frühere Geschehnisse und Verhaltensweisen zu beurteilen, geschweige denn zu verurteilen. Letztlich wäre es historisch unkorrekt, sich von den Soldaten des Bundesheeres einen Widerstandswillen (1938 gegen die Nationalsozialisten bzw. gegen deutsche Truppen) zu erwarten, der weder in großen Teilen der Bevölkerung noch in der politischen Führung vorhanden war. Die Diskussionen, wie stark die Unterstützung für die Nationalsozialisten in Österreich 1938 wirklich war - üblicherweise geht man von 20% bis 30% der Bevölkerung aus -, sind in diesem Fall wenig hilfreich. Denn anders als in funktionierenden demokratischen Gesellschaften mit ihren geheimen Wahlen war in den 1930er-Jahren nicht so sehr

entscheidend, wie viele (oder wenige) für etwas waren. Vielmehr war entscheidend, wie viele (oder wenige) bereit waren, gegen eine andere politische Anschauung einzutreten - oder eben bereit waren, sich damit abzufinden.

Dabei scheint es v.a. für das Bundesheer wichtig, zwischen dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten - konkret gegen die österreichischen Nationalsozialisten - und jenem gegen deutsche Truppen zu unterscheiden. Ersterer war für ein Heer, für das innere Assistenz-Einsätze seit langem zur alltäglichen Routine geworden waren, kein Thema theoretischer Diskussionen, sondern jahrelang gelebte Realität.<sup>5)</sup> Angesichts der zunehmenden Demonstrationen, v.a. in der Steiermark und in Kärnten, waren seit Februar 1938 ja nicht nur die dort stationierten Truppen, sondern auch zusätzliche Verstärkungen aus dem Wiener Raum im ständigen Einsatz gegen österreichische Nationalsozialisten.<sup>6)</sup> Übrigens hätten diese Verlegungen - dies sei hier am Rande bemerkt - ab Ende Februar 1938 die Durchführung des „Jansa-Planes“, d.h. eine Verteidigung gegen einen deutschen Einmarsch in Oberösterreich, wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, da Teile dieser Assistenztruppen ursprünglich für eine rasche Verlegung aus Ostösterreich nach dem Westen vorgesehen gewesen waren.

Tatsächlich hatte sich die Lage in Österreich in den ersten Monaten 1938 verschärft. Angesichts der internationalen Entwicklung in Europa seit 1934 und der zunehmenden Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und Italien - das im Juli 1934 anlässlich des NS-Putsches noch Österreich unterstützt hatte - hatte sich Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg mit dem Juli-Abkommen 1936 für den

„evolutionären“ Kurs einer langsamen Annäherung an das Deutsche Reich entschieden. Im Februar 1938 allerdings, insbesondere nach der Begegnung der beiden Kanzler in Berchtesgaden am 12. Februar und der damals von Hitler erzwungenen Ernennung des „betont nationalen“ Dr. Arthur Seyss-Inquart zum Innenminister, gewannen die Aktivitäten der radikalen Nationalsozialisten eine immer schnellere Eigendynamik. Schuschnigg wollte dies mit seinem Plan einer kurzfristig angesetzten „Volksbefragung“ am 13. März stoppen - die zu erwartende große Zustimmung hätte ihm als „*Bis hierher und nicht weiter!*“ gedient, um weitere Zugeständnisse an die (noch illegalen) Nationalsozialisten leichter abwehren zu können. Er löste damit jene Ereignisse aus, die zu seinem Rücktritt und der Ernennung Seyss-Inquarts zum Bundeskanzler am Abend des 11. März, dann zum Einmarsch deutscher Truppen am 12. März, zur Verabschiedung des „Anschluss-Gesetzes“ am 13. März und in der Folge zur großen Kundgebung auf dem Heldenplatz und anschließenden Parade deutscher und österreichischer Truppen am Ring am 15. März führten.<sup>7)</sup>

### Der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht 1938

Während die ständigen Einsätze gegen nationalsozialistische Demonstranten für das Bundesheer mittlerweile alltäglich geworden waren, wäre ein Widerstand gegen eine einmarschierende Deutsche Wehrmacht, in der immer noch der Bundesgenosse des Weltkriegs gesehen wurde, allerdings eine andere Sache gewesen und hätte die Loyalität der Soldaten sicher auf eine harte Probe gestellt (auch wenn wir annehmen dürfen, dass die Masse der Soldaten sogar in diesem Fall befehlstreu agiert hätte). Dazu aber kam es nicht - und es ist eigentlich kaum vorstellbar, dass es überhaupt zu diesem „Bruderkrieg“ gekommen wäre. Natürlich: Wären deutsche Truppen gegen eine widerstandsbereite Verteidigungsdisposition einmarschiert und wäre es zu Kämpfen gekommen, dann wäre die Geschichte anders verlaufen. Dann allerdings wäre der „Anschluss“, wie Generaloberst Ludwig Beck, der deutsche Generalstabschef, schon 1937 gewarnt hatte, ganz klar „*unter dem Zeichen ... des Raubs*“ gestanden,<sup>8)</sup> hätte wohl auch die folgende Entwicklung, von der Sudetenkrise im Herbst 1938 über die Zerschlagung der „Rest-Tschechei“ im März 1939 bis hin zum deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 und der Ausweitung zum Weltkrieg, einen anderen Verlauf genommen.

Allerdings darf bezweifelt werden, ob Hitler in einem solchen Fall überhaupt einmarschiert wäre. Als Vergleich mag die Tschechoslowakei dienen: Als man dort im Mai 1938 einen deutschen Überfall befürchtete, wurde tatsächlich, teils wohl als „Lehre“ aus den März-Ereignissen in Österreich, die Armee mobilgemacht. Doch Hitler marschierte nicht ein, bezichtigte die Regierung in Prag der leichtfertigen Eskalation und verschob die geplante Einverleibung der Tschechoslowakei auf den Herbst.

Natürlich hatte Hitler die Absicht, seine Heimat zu „erobern“. Dabei ging es ihm aber um eine Eroberung im politischen Sinne, bei der der Wehrmacht allenfalls eine unterstützende Rolle zugeacht war. Für die Machtübernahme in Österreich am 11. März

1938 genügte dann auch die Drohung mit einem Einmarsch, um Schuschnigg zum Rücktritt zu zwingen (und Bundespräsident Wilhelm Miklas, wenn auch mit schlechtem Gewissen, zur Ernennung der neuen Regierung Seyss-Inquart unter Einbeziehung führender Nationalsozialisten). Die Frage, was gewesen wäre, wenn der 11. März anders verlaufen wäre, ist zwar akademisch reizvoll, aber nicht eindeutig zu beantworten.

Klar ist nur, dass der Beginn des Einmarsches aufgrund des Regierungswechsels um einen halben Tag vorverlegt wurde. Falls Schuschnigg am Abend des 11. März anders gehandelt hätte und an der Macht geblieben wäre, wäre der Grenzübertritt - wenn überhaupt - nicht schon am Morgen des 12. März, sondern frühestens gegen Mittag erfolgt. Daher wäre der Einmarsch jedenfalls geordneter abgelaufen, als es dann tatsächlich der Fall war.<sup>9)</sup> Damit sind auch die Hinweise, angesichts der vielen deutschen Pannen wäre ein Widerstand ein Leichtes gewesen, gegenstandslos - hätte es die Aussicht auf Widerstand gegeben, wäre der Einmarsch später und daher mit weniger Pannen abgelaufen.

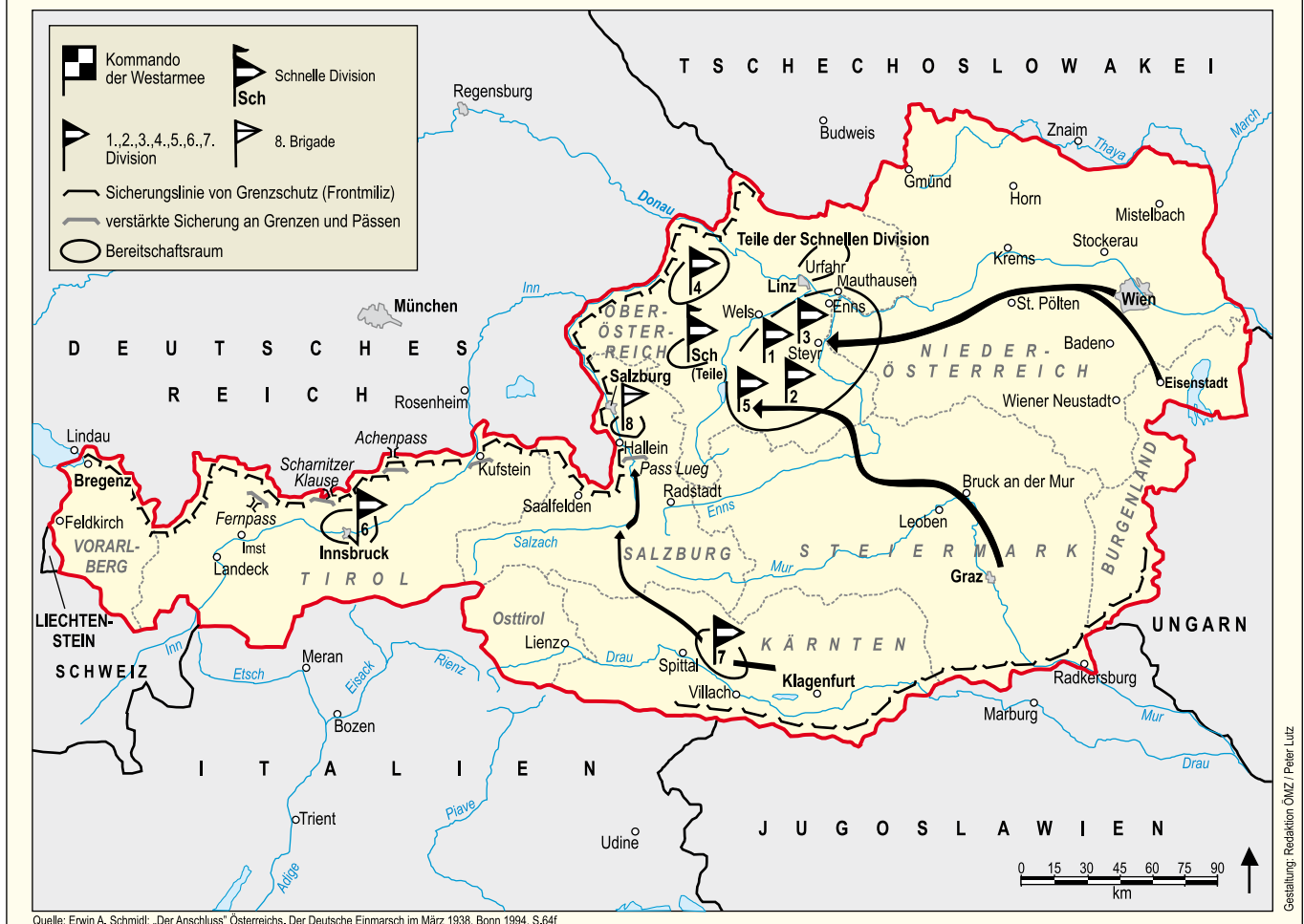
Zur Vorbereitung des Einmarsches - so sahen es die Planungen, die in aller Eile am 10. und 11. März erfolgten, jedenfalls vor - waren vor dem Einmarsch der Bodentruppen ausgedehnte Propagandaflüge der Luftwaffe vorgesehen gewesen. Wahrscheinlich sollte die

## Bild nur im Heft verfügbar

Am 15. März 1938 fand anlässlich des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich eine Parade auf der Wiener Ringstraße statt (Bild), deren Höhepunkt die Ansprache Hitlers auf dem Heldenplatz bildete.

Bevölkerung in Flugblättern zum Aufstand gegen die Regierung Schuschnigg aufgerufen werden. Propagandaflüge wurden denn auch tatsächlich durchgeführt - der „Einsatz Österreich“, wie die offizielle Bezeichnung lautete, war mit einer Gesamtzahl von rund 850 beteiligten Flugzeugen die bis dahin größte Luftoperation der Geschichte. Allerdings waren die Flugblätter noch in der Nacht zum 12. März durch neue ersetzt worden: „*Das nationalsozialistische Deutschland grüßt sein nationalsozialistisches Österreich und die neue nationalsozialistische Regierung in treuer, unlösbarer Verbundenheit!*“ - ein Text, der viel und doch wenig über die Zukunft aussagte. Diese Formulierung war in aller Eile am Abend des 11. März entworfen worden; den Entschluss zum schnellen „Anschluss“ fasste Hitler selbst ja erst am Nachmittag des 12. März.

**Abb. 2** Der Plan DR („Jansa-Plan“) zur Abwehr eines deutschen Angriffs auf Österreich 1936 bis 1938



Quelle: Erwin A. Schmidl: „Der Anschluss“ Österreichs. Der Deutsche Einmarsch im März 1938, Bonn 1994, S.64f

Jedenfalls scheint die Annahme plausibel, dass ein Einmarsch am 12. März im Falle eines Beharrens Schuschniggs im Amt - wenn überhaupt - erst später und geordneter abgelaufen wäre. Gleichzeitig hätte sich die innere Lage in Österreich wohl weiter verschärft. Die Frage, ob es dadurch zu einem neuerlichen Bürgerkrieg gekommen wäre, ist nicht zu beantworten. Wenn, dann hätte dies als idealer Vorwand für ein militärisches Eingreifen gedient - tatsächlich wurde ja die „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“ seitens der deutschen Führung (und Propaganda) im März 1938 gegenüber den Protesten der Westmächte als Rechtfertigung für den Einmarsch genannt. Die Volksbefragung des 13. März, deren kurzfristige Ankündigung am 9. März diese Krise ja überhaupt erst ausgelöst hatte, hätte unter diesen Umständen allerdings vielleicht gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden können; sie hätte dadurch jedenfalls an Legitimität noch weiter eingebüßt. Womit Hitlers erstes Ziel, die Aussagekraft der Volksbefragung zu diskreditieren, auch ohne Einmarsch erreicht worden wäre.

### Die Bedeutung Österreichs für das Deutsche Reich

Österreich sah und sieht sich gerne als „Kleinstaat“ - was vielleicht auch einem gewissen larmoyanten Hang zur Selbstbemitleidung entsprechen mag. Tatsächlich war das Land zwar seit 1918 keine Großmacht mehr, aufgrund der geografischen und wirtschaftlichen Lage aber 1938 durchaus eine bedeutende Erwerbung für Hitlers „Drittes Reich“. Dadurch verbesserte sich nicht nur die strategische Position des Deutschen Reichs im Hinblick auf die

Tschechoslowakei deutlich. Die Gold- und Devisenvorräte der Österreichischen Nationalbank und die bereits wieder erstarkende österreichische Wirtschaft (deren Früchte dann die Nationalsozialisten ernteten) waren für die Fortsetzung der deutschen Rüstung von entscheidender Bedeutung - man wird Manfred Rauchensteiner wohl zustimmen müssen, der in diesem Zusammenhang von einer „kritischen Masse“ spricht.<sup>10</sup> Sowohl der „Anschluss“ Österreichs wie auch die Einverleibung der „Rest-Tschechei“ ein Jahr später verbesserten die deutsche Wirtschaftslage wenigstens kurzfristig und trugen so wesentlich zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung bei.

Die schnelle Einverleibung Österreichs im März 1938 hätte bei einem anderen Verhalten Schuschniggs wohl aufgehalten oder verzögert werden können. Ob sie sich auf Dauer hätte verhindern lassen, muss nicht zuletzt angesichts der inneren Verhältnisse in Österreich fraglich scheinen. Jedenfalls hätte eine Korrektur des Regierungskurses, v.a. hinsichtlich der inneren Lage, schon früher, 1933 und 1934, erfolgen müssen, nicht erst - und da halbherzig - im Februar oder März 1938.

Zu den schrecklichsten Begleitumständen des „Anschlusses“ - und zugleich zu den beschämendsten Vorfällen der österreichischen Geschichte überhaupt - gehören zweifellos die Exzesse gegen jüdische und „vaterländische“ Österreicher. Diese Ausschreitungen begannen überwiegend schon in der Nacht zum 12. März und oft lange vor dem Eintreffen deutscher Truppen. Opfer wie Täter waren Österreicher - Karl Pfeifer erwähnte vor kurzem die Misshandlungen eines jüdischen Arztes durch einige jener Arbeitslosen, die er zuvor kostenlos behandelt hatte und die

ihn dann triumphierend durch die Straßen trieben und zwangen, mit der Zahnbürste das Pflaster zu schrubben.<sup>11)</sup> Im Bundesheer wurden nach dem „Anschluss“ zahlreiche Soldaten als überzeugte Österreicher oder wegen ihrer jüdischen Abstammung entlassen. Insgesamt wurden 55% der Generäle und 40% der Obersten entlassen; die Entlassenen wurden teils noch durch empfindliche Pensionskürzungen „bestraft“.<sup>12)</sup> Viele, darunter hoch dekorierte Veteranen des Ersten Weltkrieges, wurden in Konzentrationslagern ermordet. Als Beispiel für die zunehmende Entrechtung bis hin zur Vernichtung mag der pensionierte Feldmarschallleutnant<sup>13)</sup> Johann Friedländer (1882-1945) dienen, bis 1937 einer der höchsten Offiziere des Bundesheeres. Nach dem „Anschluss“ verlor er zunächst seine Wohnung, wurde dann nach Theresienstadt (wo seine Frau ums Leben kam) und schließlich nach Auschwitz verbracht. Anfang 1945 wurde er auf dem „Todesmarsch von Auschwitz“ ermordet - die großteils entkräfteten KZ-Häftlinge wurden bei der Annäherung der Roten Armee im Fußmarsch nach Westen getrieben; wer nicht weiter konnte, wurde erschossen.<sup>14)</sup>

In der NS-Mordmaschinerie waren Österreicher unter den „Tätern“ und unter den „Opfern“ zu finden. Jeder Versuch einer Schwarz-Weiß-Zeichnung ist angesichts der oft sehr komplexen Verhältnisse unzureichend, eine einseitige Sicht Österreichs ausschließlich als „Opfer“ wird der historischen Wahrheit ebenso wenig gerecht wie die verengte Sicht auf die „Täter“. Um Emmerich Tálos zu zitieren: „*Es gab Opfer und Täter von Anfang an.*“<sup>15)</sup>

## Vom „Anschluss“ zum Weltkrieg

Für die Westmächte war die Einverleibung Österreichs als moralisch zu rechtfertigende Revision der Friedensbedingungen von 1919 zu akzeptieren, solange sie friedlich und auch ohne Androhung von Gewalt erfolgte. Denn 1919 waren die Diplomaten in Paris von der Vielfalt der Probleme, eine Friedensordnung für Europa zu finden, überwältigt gewesen - und hatten sich schließlich mit der Aussicht getröstet, dass die Friedensverträge (von Versailles mit Deutschland, Saint Germain mit Österreich, Trianon mit Ungarn usw.) ja eine Klausel enthielten, die spätere Änderungen im Konsens ermöglichten.<sup>16)</sup> Dementsprechend hatte es im Februar 1938 sogar Überlegungen im britischen Foreign Office gegeben, in Österreich eine Abstimmung über einen Anschluss unter internationaler Aufsicht, ähnlich wie 1935 im Saarland, abzuhalten.

Die Annexion Österreichs als solche war daher im März 1938 für die Westmächte nicht das eigentliche Problem. Wohl aber protestierten sie gegen die Art und Weise, wie Schuschnigg am 11. März 1938 unter Druck gesetzt wurde. Diese brutale Vorgehensweise Hitlers diente ihnen in der Folge als Warnung. Im Münchner Abkommen vom 29. September 1938 stimmten die Westmächte daher zwar der Abtretung der mehrheitlich deutsch besiedelten Randgebiete Böhmens und Mährens (als einer weiteren einsichtigen Revision von Versailles) zu, zwangen Hitler aber zur ausdrücklichen Anerkennung, dass dies der letzte Schritt sei. Dementsprechend betrachtete Hitler selbst das Münchner Abkommen - das allgemein als sein größter Erfolg gesehen wurde - als Niederlage, da er sein eigentliches Ziel, die Inbesitznahme der wirtschaftlich und industriell bedeutsamen zentralen Gebiete Böhmens und Mährens, nicht erreicht hatte. Die „*Erledigung der Rest-Tschechei*“ durch die Abtrennung der Slowakei und die Besetzung des nunmehrigen „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“ erfolgte dann genau ein Jahr nach dem „Anschluss“ Österreichs, im März 1939. Polen allerdings widersetzte sich im März 1939 der deutschen Forderung nach der Abtretung der Stadt Danzig (Gdansk), und am 31. März folgte die britische Garantieerklärung

für Polen, der sich Frankreich anschloss. Damit waren die Weichen gestellt hin zum Kriegsausbruch im September 1939.

Der amerikanische Militärattaché in Berlin, Major (später Oberst) Truman Smith (1893-1970), hatte bereits in seinem Bericht vom 28. März 1938 über den Einmarsch in Österreich die prophetische Frage gestellt, ob Hitler in der Lage wäre, das neu gewonnene Selbstvertrauen der Deutschen zu zügeln: „*Hitler has unleashed tremendous forces in Europe by his Austrian offensive, not least a torrent of Germanic race consciousness and pride. Can he guide and restrict these forces, or will they lead him as once they led Napoleon on to conquest but ultimately to destruction at Moscow and Waterloo? ... Napoleon and Hitler are geniuses. Napoleon, however, failed because he failed to limit his aims and sought the impossible - a domination of all Europe. It remains to be seen if Hitler can live up to his desire, announced on February 20th, to wisely limit German ambitions.*“<sup>17)</sup>

Wie wir im Rückblick wissen, lag Major Smith mit seiner Einschätzung sehr nahe an der Realität - weit näher, als es damals die meisten Deutschen und Österreicher glauben mochten. Österreich machte dann als Teil des Deutschen Reiches den Zweiten Weltkrieg mit - jenen Krieg, der mit dem Angriff auf Polen begann und schrittweise zum globalen Konflikt eskalierte, wobei die Ereignisse in Europa und im Nahen Osten spätestens ab 1941 mit den Kampfhandlungen im ostasiatischen und pazifischen Raum zusammenflossen. Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) und dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor (7. Dezember, gefolgt von der deutschen Kriegserklärung am 11. Dezember 1941) war aus dem europäischen ein Weltkrieg geworden, den die Achsenmächte nicht mehr gewinnen konnten.

## Das „neue Österreich“

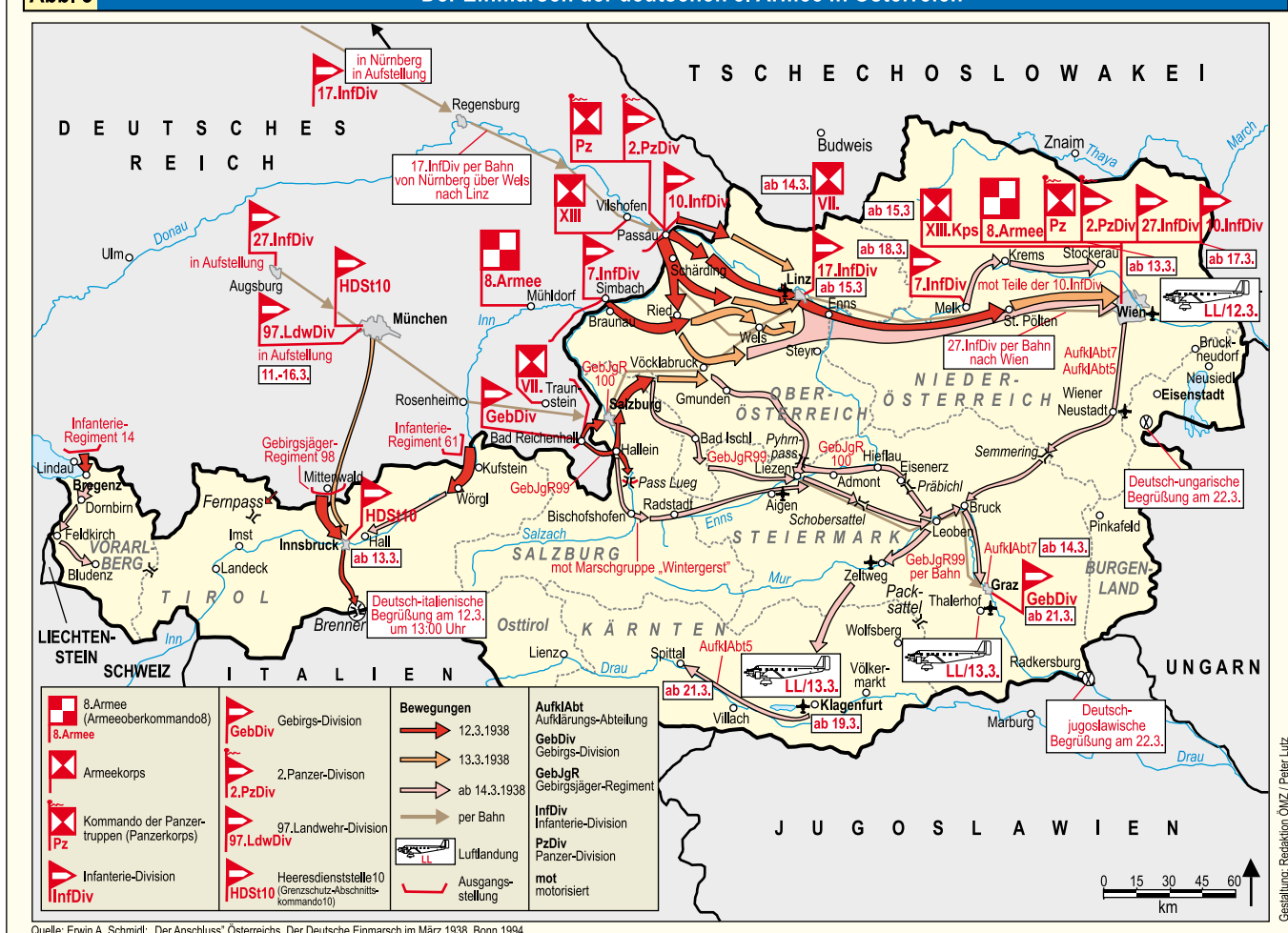
Aus der deutschen Niederlage entstand Österreich wieder als - gemäß den Vorgaben der Moskauer Deklaration von 1943 - „befreites Land“. Durch die zehnjährige Besatzungszeit nach 1945 war es möglich, dass sich Österreich, anders als in der Ersten Republik, als gefestigte Demokratie etablieren konnte, die nunmehr, anders als vor 1938, durchaus eine eigenständige Identität entwickelte. In bewusster Abgrenzung von der bisherigen „deutschen“ entstand eine neue österreichische Identität, die sich in bisweilen romantisch-kitschiger, bisweilen wohl auch peinlicher Weise auf die teilweise Übernahme von Elementen der alten österreichischen, habsburgischen Tradition stützte. Die „Sissi-Filme“ seien hier stellvertretend genannt - das Erbe des Habsburgerreiches wurde darin deutlich auf die Grenzen der Republik bezogen.

Diese Schaffung einer neuen österreichischen Identität entsprach zwar in manchem nicht so ganz der historischen Realität, war aber wohl ein notwendiger Prozess zur Schaffung eines stabilen Landes, dessen Ambitionen auf eine Zusammengehörigkeit mit Deutschland schon im Laufe des Weltkrieges deutlich geschwunden waren. 1938 waren viele Österreicher für den „Anschluss“ oder fanden sich zumindest bereit, ihn zu akzeptieren - sei es, weil sie sich von den Nationalsozialisten eine Besserung der tristen wirtschaftlichen Verhältnisse erhofften, sei es aus deutschnationaler Begeisterung oder aus welchen Gründen auch immer. Viele akzeptierten die Nazis wohl auch, weil damit wenigstens die Vereinigung mit dem vermeintlichen „Mutterland“ erreicht war. Sieben Jahre später sahen die Dinge ganz anders aus, wurden vielmehr die Verbrechen der Nationalsozialisten und der Verlust des Krieges „den Deutschen“ insgesamt angelastet, mit denen man folglich nichts mehr zu tun haben wollte (und die man oft unter unwürdigen Umständen aus dem



Abb. 3

## Der Einmarsch der deutschen 8. Armee in Österreich



Land vertrieb, in manchen Fällen den Vertreibungen der Deutschen aus der Tschechoslowakei gar nicht unähnlich).

Die offizielle These der „Okkupation“ Österreichs von 1938 ermöglichte auch eine Abgrenzung von den nationalsozialistischen Verbrechen, obwohl an ihnen auch viele Österreicher beteiligt gewesen waren. Bei der - auch gerichtlichen - Aufarbeitung der NS-Vergangenheit lag in Österreich daher das Schwergewicht nicht so sehr auf den Verbrechen der Jahre 1938 bis 1945, sondern auf Vergehen aus der österreichischen Zeit davor. Da mochte die illegale NS-Mitgliedschaft eines Jugendlichen aus dem Jahr 1936 schwerer wiegen als etwaige Verbrechen eines SS-Angehörigen aus der Kriegszeit. Es dauerte lange, bis in die 1980er-Jahre, bis sich diese Parameter verschoben.

### „Oberstenparagraf“ und Tradition im Bundesheer

Dies betrifft auch das Militär. Für das Bundesheer - wie schon eingangs erwähnt, nicht gerade das liebste Kind der Politik - galten die alliierten Vorgaben des Staatsvertrages von 1955. Es waren dies Bestimmungen, die im Wortlaut weitgehend den Friedensverträgen von 1947 mit Italien, Rumänien und Ungarn entsprachen. Neben verschiedenen Beschränkungen für Rüstung und Luftfahrt (wie etwa dem Verbot von U-Booten, Raketen oder der Beschaffung von Flugzeugen aus deutscher oder japanischer Produktion) waren personelle Beschränkungen verfügt worden. Personen, die nationalsozialistischen Organisationen (insbesondere dem Nationalsozialistischen Soldatenring) oder der Waffen-SS angehört hatten, durften

nicht als Offiziere übernommen werden, ebenso wenig Offiziere, die in der deutschen Wehrmacht den Dienstgrad eines Obersten oder Generals erreicht hatten.

Diese Bestimmungen wurden zwar in einzelnen Fällen umgangen, wie dies jüngst Peter Barthou in seiner hervorragenden Diplomarbeit gezeigt hat.<sup>18)</sup> Insgesamt aber führten sie dazu, dass im neuen Bundesheer hauptsächlich Offiziere dienten, deren professionelle Prägung überwiegend im Zweiten Weltkrieg erfolgt war. Jene, die noch aus dem ersten Bundesheer stammten, waren 1938 allenfalls Oberleutnant oder Hauptleute gewesen. Einzelne Ausnahmen, wie etwa Hofrat und General Dr. Emil Liebitzky (der 1938 Oberst des Generalstabes und Militärattaché in Italien gewesen und aus politischen Gründen nach dem „Anschluss“ pensioniert worden war), wurden innerhalb des Bundesheeres nicht wirklich akzeptiert, weil ihre Kriegserfahrung ja noch aus dem Ersten Weltkrieg stammte.<sup>19)</sup> Und, auch das muss gesagt werden, die wenigen Offiziere, die im Weltkrieg in den Reihen der Alliierten gedient hatten, hatten es auch nicht immer leicht, von ihren Kameraden akzeptiert zu werden.

Ein Beispiel für die Konsequenzen dieser Entwicklung sei hier genannt. Hauptmann Edwin Liwa, der im März 1938 mit seinem weiter oben erwähnten Sperrkommando am Fernpass ausgehalten hatte (Legenden, er habe sogar auf deutsche Truppen geschossen, stimmen nicht; wohl aber hielt er einige Fahrzeuge der Wehrmacht und der Polizei auf, die über den Fernpass ins Inntal gelangen wollten),<sup>20)</sup> hätte sich angeboten, zum Symbol für Befehlstreue und Widerstandswillen zu werden. Er war aber in der Wehrmacht zuletzt Oberst gewesen - und durfte daher nicht im neuen Bundes-

heer dienen. In weiterer Folge ergab sich dann eben die eingangs zitierte vereinfachte Darstellung, das Bundesheer habe ja 1938 nicht geschossen, und daher sollte auch das Bundesheer der Zweiten Republik eben vorwiegend „Erziehungsfaktor für die Jugend“ (Raab) und Assistenzkörper bei Krisen in der Nachbarschaft und bei Naturkatastrophen sein, das ohnedies „nie einen Krieg führen werde“ und daher auch nicht allzu viel Geld kosten dürfe.

Der zweite Vorwurf an das Bundesheer, in den beiden Bürgerkriegen des Jahres 1934 auf Seite der Regierung gekämpft und eben „auf Arbeiter geschossen“ zu haben, wirkte ebenfalls lange nach. Insbesondere anlässlich der Verlegung von drei Bataillonen an die Südtiroler Grenze vom Juli bis Dezember 1967 wurde dieser Einsatz im Landesinnern seitens der damaligen Opposition (der SPÖ und der FPÖ) heftig kritisiert. Dieser Assistenzeinsatz erfolgte unter Federführung des Innenministeriums als Unterstützung von Gendarmerie und Zollwache zur „Unterbindung des ungesetzlichen Personen- und Güterverkehrs ... insbesondere zur Verhinderung oder Aufklärung von Terroranschlägen“.<sup>21)</sup> 1967 war die Erinnerung an den Februar 1934 noch sehr lebendig und wurde in der Kritik am Einsatz 1967 immer wieder angesprochen.<sup>22)</sup> Mehrere Jahrzehnte später, anlässlich des Assistenzeinsatzes an der Ostgrenze von 1990 bis 2007, war diese Erinnerung an die Bürgerkriege 1934 dann nicht mehr aktuell. In den Diskussionen über die „flächendeckende“ Verlängerung des Einsatzes im Burgenland nach dem Wegfall der Schengen-Außengrenze Ende 2007 wurden zwar formale und juristische Argumente gegen die Fortsetzung des Einsatzes genannt, aber nicht mehr die Reminiszenz an 1934.

Die Erinnerung an 1934 wirkte noch auf einer anderen Ebene nach, nämlich bei der Frage nach der allgemeinen Wehrpflicht. Das Bundesheer des Jahres 1934 war ein Berufsheer gewesen - weshalb insbesondere die Sozialdemokraten verständlicherweise einem Berufsheer misstrauten. Dies änderte sich dann erst mit dem Generationenwechsel in der Politik um 1990 - nach Ende des „Kalten Krieges“ mehrten sich in allen Parteien die Stimmen, die sich für ein Berufsheer aussprachen, ungeachtet der historischen Belastung.

### „Kein zweiter März 1938!“

Zurück zum März 1938 (wobei das Bundesheer des Jahres 1938 ja kein Berufsheer mehr war; seit 1935 galt in Österreich die allgemeine Wehrpflicht in Form der „Bundesdienstpflicht“). Einzelne Offiziere der Gründergeneration dürften den Vorwurf des Versagens im März 1938 geradezu verinnerlicht haben - und handelten daher während der Ungarnkrise 1956 im Bewusstsein, einen „zweiten März 1938“ zu verhindern. Um den 4. und 5. November 1956 befürchtete man in Österreich (wie wir heute wissen: unbegründet) ein Vorrücken der Sowjets auf österreichisches Gebiet. Der Generaltruppeninspektor, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes<sup>23)</sup> Erwin Fussenegger, befahl in dieser scheinbar kritischen Lage von sich aus das Absetzen der schwachen Alarmformationen des Bundesheeres von der Grenze in weiter hinten gelegene Verteidigungsstellungen - möglicherweise aus der Überlegung, die Truppen für einen etwaigen Rückzugsbefehl unerreichbar zu machen.<sup>24)</sup> Meldungen über Truppenbewegungen in der Tschechoslowakei wurden fälschlich als Zeichen eines bevorstehenden Angriffs in-

terpretiert (in Wirklichkeit wurden die Truppen in der CSSR an die slowakisch-ungarische Grenze beordert), worauf Fussenegger sogar die Sprengung der Donaubrücken vorbereiten ließ, obwohl sich der Minister - Ferdinand Graf - dagegen ausgesprochen hatte.<sup>25)</sup> Damit ist diese Episode nicht nur ein Beispiel für das Weiterwirken des März 1938, sondern auch für das Misstrauen und das mangelnde Verständnis, das nach 1955 zwischen politischer und militärischer Führung bisweilen herrschte.

### Politik und Militär - „zwei feindliche Brüder“?

Dieses Misstrauen zwischen Politik und Militär beruhte nicht zuletzt auf der Altersstruktur des neuen Offizierskorps. Mit dem Verzicht auf die älteren, erfahrenen Offiziere der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg fehlten dem Bundesheer Erfahrungen im Umgang mit zivilen Organen. Letztlich trug auch dies dazu bei, aus dem Bundesheer eine „isolierte Armee“ zu machen - um einen Buchtitel der 80er-Jahre zu zitieren<sup>26)</sup> - und die Zusammenarbeit zwischen Militär und Politik zu erschweren.

## Bild nur im Heft verfügbar

Im Sinne der „aktiven Neutralitätspolitik“ Bruno Kreiskys sollte das Bundesheer v.a. als Instrument der Außenpolitik dienen. Der Einsatz des Sanitätskontingents im Kongo zwischen 1960 und 1963 (Bild) war der erste dieser Art.

In den 1960er- und 1970er-Jahren, vielfach wohl auch unter dem Eindruck der kritischen Stimmung im Lande, waren österreichische Soldaten verstärkt gezwungen, sich mit ihrer eigenen Identität im Rahmen der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Dies führte wohl auch zu anderen Entwicklungen als in den Staaten der NATO (oder gar jenen des Warschauer Vertrages), wo die Verteidigung gegen den von der jeweiligen Gegenseite erwarteten Angriff unbestrittene Grundannahme und damit auch klare Existenzberechtigung der Streitkräfte war. Im neutralen Österreich sah dies anders aus, war der Druck, die eigene Existenz zu rechtfertigen, wohl auch größer.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik entwickelte der langjährige Außenminister und Bundeskanzler Bruno Kreisky seit den 1950er-Jahren sein eigenständiges Konzept einer „aktiven Neutralitätspolitik“, in dem das Militär in erster Linie als Instrument der Außenpolitik - nicht primär als Mittel der Verteidigung - eine wichtige Rolle spielen sollte. Dies äußerte sich nicht zuletzt im Einsatz bei friedenserhaltenden Operationen, beginnend mit dem UNO-Sanitätskontingent im Kongo 1960 bis 1963. Im Bundesheer stand man diesen Einsätzen allerdings vielfach skeptisch gegenüber, galten sie als „gut bezahlter Urlaub“ Einzelner, die sich vor dem

Dienst zu Hause „drücken“ wollten. Eine Einstellung, die sich erst nach Ende des Kalten Krieges änderte, als die Auslandseinsätze zu einer der Hauptaufgaben, ja vielleicht zur wichtigsten Aufgabe (und eigentlichen Existenzberechtigung) des Bundesheeres wurden.

Damit aber stehen wir heute vor einer anderen, letztlich besseren Ausgangsposition für das Verhältnis zwischen Politik und Militär als während des „Kalten Krieges“. Denn sowohl innere Assistenzsätze bei Naturkatastrophen wie die Teilnahme an internationalen Friedensoperationen im Ausland sind seitens der Politik als Aufgaben des Bundesheeres akzeptiert. Wenn auch nicht in allen Fällen völlige Deckungsgleichheit zwischen den politischen Vorgaben und den Vorstellungen im Bundesheer über die Art der künftigen Einsätze herrschen mag, ist die Übereinstimmung wohl weit größer als noch vor wenigen Jahrzehnten. Dies gilt freilich nicht unbedingt auch für die Meinung großer Teile der Bevölkerung. Deren Zustimmung zur Landesverteidigung (und Unterstützung der Anliegen der Miliz) war weitgehend vorhanden. Wie die Diskussionen der letzten Monate über den Tschad-Einsatz zeigten, gilt dies aber für die Auslandseinsätze des Bundesheeres nur bedingt. Hier wird wohl eine der größten Herausforderungen für die Politik, aber auch für das Militär in den nächsten Jahren liegen, um die Glaubwürdigkeit auch der Bevölkerung gegenüber zu erhalten – eine Glaubwürdigkeit, wie sie in den 1930er-Jahren zum Schaden des Staates verloren gegangen war. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Gedächtnisniederschrift über die LVR-Sitzung am 25.2.1958, BMLV Sektion IV, Handakte 1958, zitiert nach: Manfred Rauchensteiner (ed.), *Das Bundesheer der Zweiten Republik: Eine Dokumentation* (= Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien 9), Bundesverlag, Wien 1980, S.41f (Dok. 26).
- 2) Zu diesem Problemkreis ausführlich Erwin A. Schmidl, *Der „Anschluß“ Österreichs: Deutsche Einmarsch im März 1938* (Bonn: Bernard & Graefe, 3. rev. Aufl. 1994), bes. S.47-57.
- 3) Albert Bach, *Erinnerungen* (maschinschriftliches Manuskript; Kopie im Besitz des Verfassers), bes. Bände 2 und 3. Ich möchte an dieser Stelle meine Dankbarkeit an den verstorbenen General Bach für die vielen Gespräche mit ihm im Lauf der Jahre, aber auch an seine Töchter und seinen Schwiegersohn, General i.R. Erich Eder, zum Ausdruck bringen.
- 4) Karl Glaubauf, Robert Bernardis: *Österreichs Stauffenberg* (Stratzendorf 1994).
- 5) Vgl. dazu auch Anton Zettel, *Die Assistenzsätze des österreichischen Bundesheeres 1918 bis 1938* (phil.Diss., Wien 1989).
- 6) Dazu detailliert Erwin A. Schmidl: *Bundesheer und Wehrmacht in Graz 1938*. In: *Graz 1938* (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1988), S.137-166, hier bes. S.144-146, mit einer ausführlichen Diskussion der Frage nach dem Hintergrund und dem Erfolg der Verlegungen in die Steiermark.
- 7) Die Kundgebung auf dem Heldenplatz prägte die Erinnerung, ihr Datum – der 15. März – wurde sogar in der „Moskauer Deklaration“ von 1943 fälschlich als Datum des „Anschlusses“ genannt. Zum „Anschluß“ und zur NS-Zeit in Österreich vgl. bes. Gerhard Botz: *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich: Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938-1940)* (= Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 1, Wien: Europaverlag, 3. erg. Aufl. 1988), Evan Burr Bukey: *Hitlers Österreich: „Eine Bewegung und ein Volk“* (Hamburg-Wien: Europaverlag, 2000), Hermann Hagspiel: *Die Ostmark: Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945* (Wien: Braumüller, 1995), Radomir Luza: *Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit* (Wien-Köln-Graz: Böhlau, 1977), Emmerich Tálos - Ernst Hanisch - Wolfgang Neugebauer - Reinhard Sieder (eds.): *NS-Herrschaft in Österreich: Ein Handbuch* (Wien: öbv & hpt, 2000).
- 8) Mit dieser Begründung hatte sich Beck im Juni 1937 geweigert, einen Einmarsch in Österreich planen zu lassen (Schmidl: „Anschluß“, S.32).
- 9) Dazu ebenfalls ausführlich Schmidl: „Anschluß“. Zu den Pannen vgl. auch Alexander N. Lassner: *The Invasion of Austria in March 1938: Blitzkrieg or Pfusch?* In: Günter Bischof - Anton Pelinka - Dieter Stiefel (eds.): *The Marshall Plan in Austria* (= Contemporary Austrian Studies 8, New Brunswick - London: Transaction, 2000), S.447-486, der aber wohl die Schwierigkeiten überschätzt.
- 10) Vgl. dazu v.a. die Darstellung der strategischen und wirtschaftlichen Lage bei Williamson Murray: *The Change in the European Balance of Power, 1938-1939: The Path to Ruin* (Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1984).
- 11) Karl Pfeifer: *Koalition: Alternativer Tabubruch?* In: *Der Standard*, 11.3.2008.
- 12) Dazu ausführlich Marcel Stein, *Österreichs Generale im Deutschen Heer 1938-*

- 1945: Schwarz/Gelb - Rot/Weiß/Rot - Hakenkreuz
- (Bissendorf: Biblio, 2002), bes. 132-138.
- 13) Dieser Dienstgrad war zwar im österreichischen Schema ein Zwei-Sterne-General, da das Bundesheer den Brigadier nur als Funktion, nicht als Dienstgrad kannte, entspricht aber im heutigen Sprachgebrauch eher einem Generalleutnant.
- 14) Martin Senekowitsch: *Feldmarschalleutnant Johann Friedländer 1882-1945: Ein vergessener Offizier des Bundesheeres* (Wien: BMLV, 1995).
- 15) Gastkommentar von Emmerich Tálos: *Opfer und Täter beim „Anschluß“*. In: *Wiener Zeitung*, 12. März 2008, S.2.
- 16) Harald Nicolson, damals ein junger britischer Diplomat, betonte diesen Punkt in seinen Erinnerungen: *Peacemaking 1919* (= University Paperbacks, 3rd ed. London: Methuen, 1964). Zur Pariser Friedenskonferenz allgemein jetzt Margaret MacMillan, *Paris 1919: Six months that changed the world* (New York: Random House, 2002).
- 17) Bericht No. 15 833 (G-2 Report 3020), Berlin, 28. März 1938 (National Archives and Records Administration, Washington D.C. bzw. College Park, Md.: Mil. Intel. Div. 2657-B788/10).
- 18) Peter Barthou: *Der „Oberstenparagraf“ im Bundesheer* (unveröff. Diplomarbeit Universität Wien 2007).
- 19) Zu Liebitzky vgl. insbesondere Walter Blasi: *General der Artillerie Ing. Dr. Emil Liebitzky - Österreichs „Heusinger“?* (= Militärgeschichte und Wehrwissenschaften 6, Bonn: Bernard & Graefe, 2002).
- 20) Ausführlich Schmidl: *Das Bundesheer und der deutsche Einmarsch in Tirol*. In: Klaus Eislerer (Hrsg.): *Tirol zwischen Diktatur und Demokratie (1930-1950). Beiträge für Rudolf Steininger zum 60. Geburtstag*: Studien Verlag, Innsbruck 2002, S.37-54, bes. S.43-45. Ich hatte vor seinem Tod die Möglichkeit, mit Hofrat i.R. Edwin Liwa einige ausführliche Interviews zu führen und war von der Persönlichkeit des alten Herrn sehr beeindruckt.
- 21) Die Ereignisse des Einsatzes 1967 wurden mehrfach dargestellt. Vgl. v.a. Peter Girschik: *Die Überwachung der österreichisch-italienischen Grenze im Jahre 1967*. In: *Truppendienst* 16/5 (Oktober 1977), S.334-446, Horst Hofer: *Südtiroleinsatz 1967*. In: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 43/3 (Mai/Juni 2005), S.344-351, Heinz Richter: *Eine Kompanie im Grenzeinsatz 1967*. In: *Truppendienst* 37/3 (Juni 1998), S.216-220, Wolfgang Zecha: *Vor 30 Jahren: An der Grenze zu Italien*. In: *Truppendienst* 36/3 (Juni 1997), S.200-206. Für ergänzende Eindrücke danke ich meinen Studenten an der Universität Innsbruck, die sich 2001/02 im Rahmen zweier Seminare eingehend mit diesem Thema beschäftigt und u.a. Interviews mit damals eingesetzten Soldaten geführt haben.
- 22) Im Sammelakt über diesen Einsatz finden sich auch zahlreiche kritische Pressestimmen, v.a. aus der Arbeiterzeitung (Österreichisches Staatsarchiv/ Archiv der Republik Wien: Bestand des BMI, Zl. 38.419-17/67, bei Zl. 29.000-17/67).
- 23) Umschreibung für den Generalstabsdienst.
- 24) Manfred Rauchensteiner, Spätherbst 1956: *Die Neutralität auf dem Prüfstand* (Wien: Bundesverlag, 1981), 72f. Vgl. auch Stefan Bader, General Erwin Fussenegger 1908 bis 1986: *Der erste Generaltruppeninspektor des Österreichischen Bundesheeres der Zweiten Republik* (= Schriften zur Geschichte des Österreichischen Bundesheeres 1, Wien: Gra&Wis, 2003), bes. S.49f.
- 25) Hubert Speckner: „... wenn einwandfrei erkannter Feind ...“: *Der Einsatz des Heerespionierbataillons in den Krisentagen des November 1956*. In: Wolfgang Etschmann - Hubert Speckner (eds.): *Zum Schutz der Republik Österreich ... 50 Jahre Bundesheer - 50 Jahre Sicherheit, gestern - heute - morgen ...* (Wien: Gra&Wis, 2005), S.269-276. In der Einschätzung der Vorgangsweise Fusseneggers beziehe ich mich auf einen noch unveröffentlichten Beitrag, den General i.R. Horst Pleiner für den Band über den Alpenraum im Kalten Krieg vorbereitet hat.
- 26) Franz Kernic - Udo Rumerskirch - Wolfgang Schneider: *Die isolierte Armee: Kritische Bemerkungen zur Landesverteidigung* (Wien: Signum, 1990).

#### Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl

Geb. 1956; Hofrat; seit 1981 in verschiedenen Verwendungen im BMLV, dzt. Leiter des Fachbereichs Zeitgeschichte und interimistischer Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien; 1991-92 dienstzugeteilt zum Außenministerium (UNO-Abteilung); 1993 Besuch der Europaakademie; 1994 UNO-Beobachter in Südafrika; 1995-96 Senior Fellow am U.S. Institute of Peace. Seit 1996 regelmäßige Lehrveranstaltungen an der Universität Innsbruck und an anderen Universitäten; 2004 Gastprofessur an der Universität Pretoria. Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze; Präsident der Österreichischen Kommission für Militärgeschichte und der Österreichischen Gesellschaft für Heereskunde; Generalsekretär des Österreichischen Historikerverbandes.



# Chancen aus dem Staatszerfall in Somalia

## Aktuelle Ordnungsformen jenseits staatlicher Strukturen am Beispiel Somaliland und der islamischen Gerichte

Georg-Sebastian Holzer

Das Horn von Afrika gilt nicht zu Unrecht als die gefährlichste Krisenregion der Welt, eine Einschätzung, die erst kürzlich auch John Prendergast – einer der führenden Afrikaspezialisten – bestätigte, wobei er diesen Umstand auf das Ineinandergreifen einer Vielzahl von (regionalen) Konflikten zurückführt.<sup>1)</sup> Im Netzwerk dieser Konflikte nimmt Somalia die exponierteste Rolle ein. Seit dem Sturz der Militärdiktatur Siad Barres 1991 und der darauf folgenden, fehlgeschlagenen Intervention der UNO unter Führung der USA gilt das Land als Archetypus eines „gescheiterten“ bzw. „kollabierten“ Staates. Allerdings trifft die verbreitete und simplifizierende Vorstellung von Somalia als einem Raum der „Anarchie“ in dieser Form nicht zu. Vielmehr ist

des Landes ist es beispielsweise gelungen, einen alternativen Weg zu beschreiten, der sich durch eine relativ erfolgreiche politische Transformation und allgemeine Sicherheit auszeichnet.

Obwohl also Ansätze lokaler Selbstverwaltung entstanden sind, blieben diese von der medialen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Wie überhaupt der Krisenfall Somalia lange Zeit nicht auf der öffentlichen Agenda aufschien und erst mit den Anschlägen des 11. September 2001 wieder ins Blickfeld einer breiteren internationalen Aufmerksamkeit gelangte. Die bei oberflächlicher Betrachtung bestehenden Ähnlichkeiten zwischen den gescheiterten Staaten Somalia und Afghanistan veranlassten v.a. die USA, Somalia als einen potenziellen Rückzugs-, Ruhe- und Rekrutierungsort für internationale islamische Terroristen (*Dschihadisten*) zu brandmarken. Bisheriger Höhepunkt des daraus resultierenden militärischen Engagements der USA ist die aktive Unterstützung der Invasion Äthiopiens in Somalia zur Bekämpfung der *Union of Islamic Courts* (UIC) Ende 2006. Diese hatte in den Monaten zuvor in kürzester Zeit ihre Macht über weite Teile des Südens ausbreiten können und sich in diesem Prozess zunehmend radikalisiert. Seither gilt Somalia als Rückzugsraum für *Dschihadisten*, die viele Beobachter als eine Gefahr für die regionale und internationale Sicherheit beurteilen. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz, denn sie negiert die lokale, höchst spezielle Natur des politischen Islams in Somalia. Es bedarf vielmehr einer näheren Betrachtung der partikularen Natur des Islams in Somalia und dessen Zusammenspiels mit dem dominierenden Klansystem ebenso wie der unterschiedlichen regionalen Entwicklung im Land. Dieses Vorhaben verlangt zunächst allerdings nach einer kursorischen ethnografischen und historischen Kontextualisierung.

Bild nur im  
Heft verfügbar

Seit dem Sturz der Militärdiktatur von Mohamed Siad Barre (Bild) und der darauf folgenden fehlgeschlagenen Intervention der UNO unter der Führung der USA gilt Somalia als Archetypus eines gescheiterten Staates.

zu beobachten, dass sich in den vergangenen 15 Jahren verschiedene Formen lokaler Herrschaft herausgebildet haben, die an anderer Stelle treffend als „governance without government“ beschrieben wurden und deren Auftreten auch in anderen Regionen gescheiterter Staatlichkeit zu beobachten ist.<sup>2)</sup> Der Region Somaliland im Norden

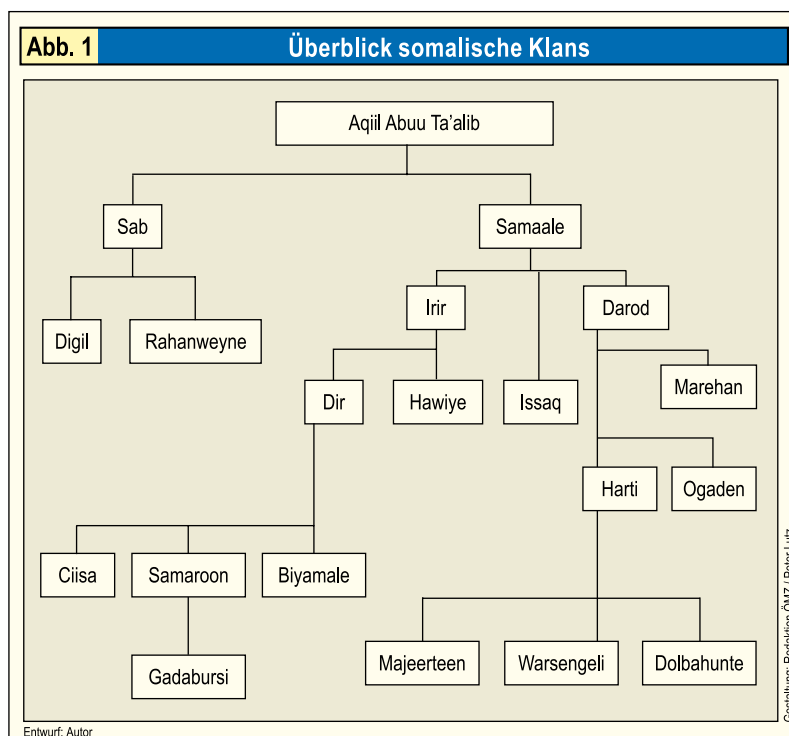
### Klans und ethnische Gruppen

Als ethnisch, religiös und kulturell homogenes Land stellt Somalia eine Ausnahmeerscheinung in Afrika dar. Auch in der Selbstwahrnehmung sehen sich die Somali als einer gemeinsamen Ethnie zugehörig. Das zentrale Unterscheidungs- und Identifikationsmerkmal stellt dabei die Klanabstammung dar, die zu einer bedeutenden gesellschaftlichen Zersplitterung führt. Demgegenüber tritt die territoriale Zugehörigkeit in den Hintergrund. Insgesamt existieren in Somalia vier bedeutende Klanfamilien, die Darod, Hawiye, Dir und Isaaq. Dem Doyen der Somaliaforschung, I.M. Lewis, zufolge gibt es „wenige Gesellschaften, in denen derart augenscheinlich die im Zentrum der westlichen Regierungsform stehenden juristischen, administrativen und politischen Verfahrensweisen fehlen“.<sup>3)</sup> Dies bedeutet freilich keineswegs, dass es an Institutionen mit sozio-politischem Ordnungspotenzial mangelt.

Die somalische Gesellschaft ist politisch nicht durch eine Zentralinstanz organisiert, sondern zeichnet sich durch eine „segmentäre Gesellschaftsordnung“ aus, d.h. die politische Organisation wird durch gleichartig unterteilte, mehrstufige Gruppen vermittelt.<sup>4)</sup> In der somalischen Gesellschaft nimmt der Einzelne seine Gesellschaftsposition nach der väterlichen Abstammungslinie ein, wobei

sich die unterschiedlichen Klanfamilien bis zu 20 Generationen zurückverfolgen lassen.

Die konkrete Identifikation mit einer Abstammungslinie ist kontextbezogen und damit variabel. Der Konfliktfall stellt dies exemplarisch dar: „Brüder bleiben im Streit unter sich, Cousins ziehen ihre Brüder mit hinein - je entfernter die Verwandtschaft zwischen Personen oder Gruppen, die im Konflikt miteinander stehen, desto größer ist die Einheit, die als eine Solidaritätsgemeinschaft dient.“<sup>5)</sup> Am wichtigsten sind dabei in Konfliktfällen meist nicht die großen Klanfamilien, sondern die einzelnen Untergruppen (Klan, Sub-Klans, „primary lineage“ und „dia-paying-group“), die oftmals auch untereinander im Konflikt stehen. Dabei ist die „dia-paying-group“, die für die „Blut-Kompensation“ im Konfliktfälle aufkommt, das Fundament der somalischen Gesellschaft und die wichtigste Ebene der sozialen Organisation des Individuums.



Klans als vorgestellte Gemeinschaften existierten in Somalia schon vor der Kolonialzeit. Ihr dynamischer Charakter betrifft diese auch als Ganzes - neue Klans können entstehen, alte mit veränderten Rahmenbedingungen an Bedeutung verlieren oder gewinnen. Die Möglichkeit der Mobilisierung von Klanzugehörigkeit kann dabei als „soziale Ressource“ verstanden werden, die sich politisch, ökonomisch und militärisch nutzen lässt.<sup>6)</sup>

Prinzipiell weist die somalische Gesellschaft durch das Fehlen einer Zentralgewalt und der nomadischen Gesellschaftsstruktur eine hohe Konflikthanfälligkeit auf, wodurch Konfliktlösungsmechanismen besonders wichtig sind. Nebst der „Blut-Kompensation“ und einer somalischen Vertragsregelung kommt allgemeinen Versammlungen zur kollektiven Entscheidungsfindung (*shirs*) zentrale Bedeutung zu. Solche Versammlungen sind informeller Natur, werden nach Bedarf einberufen und können in ihrer größten Form als Klankonferenzen über Monate hinweg tagen. Ebenso nehmen die traditionellen Autoritäten eine besondere Stellung sowohl bei der lokalen Konfliktbearbeitung als auch auf der Klan-Ebene ein, denn ihnen kommen die Aufgaben als Mediator, Streitbeileger und Vorsitzender von *shirs* zu.

## Historischer Hintergrund

Die Lebensräume der Somalis am Horn von Afrika wurden Ende des 19. Jahrhunderts zwischen den europäischen Kolonialmächten Italien, Großbritannien und Frankreich sowie dem äthiopischen Kaiserreich aufgeteilt. Damit gab es französische (heutiges Dschibuti), britische (Provinz Somaliland) und italienische (Süden des Landes) „Somaliländer“, darüber hinaus die so genannte Ogaden-Region in Äthiopien und einen britisch kontrollierten nordöstlichen Grenzdistrikt in Kenia. Diese Zerstückelung des homogenen somalischen Siedlungsgebietes am Horn von Afrika erregte Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Derwisch-Bewegung und später mit der Entstehung eines somalischen Nationalismus, der auf „Wiedervereinigung“ der somalischen Gebiete drängte, den Widerstand weiter Teile der somalischen Bevölkerung. Mit der Vereinigung von Britisch-Somaliland und dem italienischen Teil des Landes zur Republik Somalia 1960 verfügten die verschiedenen somalischen Klans erstmals über ein eigenes Territorium in den Grenzen eines modernen postkolonialen Staates, der jedoch bei weitem nicht die Siedlungsgebiete der Somalis abdeckte.<sup>7)</sup>

## Postkoloniale Entwicklung

Bei der Gründung der Republik handelte es sich jedoch um einen ungleichen Zusammenschluss zweier ehemaliger Kolonialgebiete. Der relativ fruchtbare Süden des Landes wurde durch die italienische Kolonialherrschaft in seiner sozio-ökonomischen Ausrichtung viel mehr penetriert (es entstand eine Plantagenökonomie), als dies im kargen, von Großbritannien verwalteten Somaliland im Nordosten der Fall war. Die politische und ökonomische Marginalisierung des britischen Teils in der neu entstandenen Republik Somalia sollte sich im Weiteren rächen.

Mit dem Ogaden-Krieg 1977/78 gegen Äthiopien unter der sozialistischen Diktatur Siad Barres kam der ethnisch-kulturelle Nationalismus mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Großsomalias zu seinem Höhepunkt und gleichzeitig zu seiner größten Niederlage. Barre gelang es, ein höchst repressives staatliches Gewaltmonopol durchzusetzen, das jedoch politisch geschwächt aus der militärischen Niederlage gegen Äthiopien hervorging.

Barres Herrschaftssystem, 1969 durch einen Staatsstreich eingeführt, hatte von Beginn an schon „den Keim zur Zerstörung des somalischen Staates in sich“<sup>8)</sup> getragen, die mit dem Bürgerkrieg in den 1980er-Jahren schließlich einsetzte. Offiziell wurde unter Barres Herrschaftszeit jeglicher Klanbezug mit Hinweis auf die Überwindung des rückschrittlichen „Klanismus“ unter drakonische Strafen gestellt. Gleichzeitig instrumentalisierte und manipulierte Barre das Klanwesen zu seinen Gunsten. Seine eigene Macht stützte er auf eine Koalition von Klans der Darod-Klanfamilie sowie auf eine repressive, zentralistische Herrschaft, die mittels eines umfassenden Sicherheitsapparats überwacht wurde. Die zentralstaatliche Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung der Regionen führte zum ökonomischen und gesellschaftlichen Niedergang des neu gegründeten Somalias.

Ein Jahr nach der Ogaden-Niederlage wurde 1979 die erste somalische Guerillabewegung gegründet, die vom äthiopischen Ogaden aus operierte und deren Kämpfer v.a. dem Klan der Majeerteen angehörten. 1981 folgte die SNM (*Somali National Movement*), die

## Bild nur im Heft verfügbar

Auslöser für den „Ogaden-Krieg“ (Bild) zwischen Somalia und Äthiopien 1977 /78 war das Ziel Siad Barres, ein einheitliches Großsomalien zu schaffen. Barre, dem es zwar gelang ein staatliches Gewaltmonopol durchzusetzen, ging als Verlierer aus diesem Krieg hervor.

sich als Isaaq-Widerstandsbewegung etablierte (die v.a. im ehemals britischen Teil des Landes siedelt) und ebenfalls aus dem Ogaden heraus operierte. Die Reaktion der Diktatur Barres fiel äußerst brutal aus, indem sie zum Instrument der kollektiven Bestrafung der jeweiligen Klanangehörigen griff. Im zunehmend eskalierenden Konflikt manipulierten sowohl die Barre-Diktatur als auch die Guerillabewegung die genealogische Zugehörigkeit. Dieser äußerst grausam geführte Krieg von Somalis gegen Somalis kulminierte 1988 in der Bombardierung der Isaaq-Hauptstadt Hargeisa mit Zehntausenden Toten und Hunderttausenden Flüchtlingen. Als Reaktion darauf wurden zahlreiche neue Guerillaorganisationen gegründet, die die Barre-Diktatur zunehmend in Bedrängnis brachten.<sup>9)</sup>

Gleichwohl hätte das Barre-Regime nicht über einen solchen langen Zeitraum überlebt, hätte es nicht aufgrund seiner geopolitisch bedeutsamen Lage und im Kontext des Kalten Krieges über massive finanzielle und militärische Unterstützung verfügt. Diese war ihm zunächst vom sowjetischen Verbündeten zugekommen, jedoch distanzierte sich die UdSSR nach dem somalischen Angriff auf den für Moskau wichtigeren Verbündeten Äthiopien. Ab 1980 erhielt Somalia als bündnisloser Staat, der Logik des Kalten Krieges folgend, nach dem Verlust der Unterstützung durch die UdSSR die Hilfe der USA.<sup>10)</sup>

Das Regime kollabierte im Frühjahr 1991 und Barre floh aus der Hauptstadt Mogadischu. Die darauf folgende Katastrophe im Somalia der 1990er-Jahre, die zu Hunderttausenden zivilen Opfern führte, ist v.a. zwei Faktoren geschuldet. Einerseits fand der Sturz Siad Barres zeitgleich mit gewaltsamen politischen Umwälzungen im benachbarten Äthiopien statt, was zu einer Überschwemmung des Horns von Afrika mit Kleinwaffen und leichter Artillerie führte.

Zweitens wurden aufgrund der Manipulation der sozio-politischen somalischen Gesellschaftsordnung auch die lokalen Ressourcen der Konfliktbearbeitung ausgehöhlt.<sup>11)</sup>

### Staatszerfall und „Governance“ in Somalia heute

Aufgrund der katastrophalen humanitären Zustände Anfang der 1990er-Jahre und im Kontext einer veränderten politischen Lage nach dem Ende des Kalten Krieges beschloss der UNO-Sicherheitsrat im April 1992 eine UNO-Blauhelm-Truppe (UNOSOM I) zu entsenden. Damit sollte ein sicheres Umfeld für die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen ermöglicht werden. Im Zuge dessen engagierten sich die USA gegen Ende desselben Jahres im Süden Somalias, um das UNO-Kontingent zu verstärken (UNITAF/UNOSOM II). Nachdem der unter dem Namen „Black Hawk Down“ bekannte gescheiterte Versuch, den Kriegsfürsten Aidid festzunehmen, in einem Verlust von 18 US-Soldaten und Hunderten toten Somalis endete, zog Präsident Clinton sukzessive bis zum Frühjahr 1994 die Truppen aus Somalia ab. Die gescheiterte Mission konnte auch von der UNO nicht mehr gewendet werden, weshalb sie sich ein Jahr später ebenfalls aus dem Land zurückzog und dieses sich selbst überließ. Die Somalia-Mission der UNO und der USA sowie ihre Lehren wurden in zahlreichen Publikationen diskutiert, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich seither die USA nach diesem offensichtlichen Scheitern äußerst zurückhaltend in Afrika engagierten.<sup>12)</sup>

An dieser Stelle kann nicht auf die Details der gescheiterten internationalen humanitären Intervention eingegangen werden. Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass die Milizenführer vom Bür-

gerkrieg profitierten und folglich kein Interesse an einer friedlichen Übereinkunft hatten. Dieses mittlerweile unter dem Begriff der Bürgerkriegsökonomie viel diskutierte Phänomen war ein zentraler Aspekt für das Scheitern der internationalen Intervention. Die Milizen, die sich oft auf die Unterstützung der ihnen genealogisch zugehörigen Abstammungslinie stützten, verfolgten ihre partikularen Interessen auf Kosten der Gesamtbevölkerung. Hinzu kam eine verfehlte Politik auf Seiten der internationalen Gemeinschaft, die der komplexen Lage nicht gewachsen war und eine Wiederherstellung zentralstaatlicher Strukturen als Zielsetzung hatte, die jedoch sowohl die Eigenheiten der somalischen sozio-politischen Gesellschaftsordnung als auch die rezente historische Erfahrung einer zentralstaatlich organisierten Diktatur negierte.

Nach dem Abzug der UNO 1995 bildete sich in Somalia eine dynamische Gemengelage aus lokalen, zuweilen staatsähnlichen Gebilden, die von dominanten Kriegsherren, Milizen, Klan-Allianzen und muslimischen Autoritäten kontrolliert wurden - zur Ruhe sind Mogadischu und die umliegenden Regionen jedoch bis heute nicht gekommen.<sup>13)</sup> Dieses Faktum wird oft in der internationalen Perzeption des „Somalia-Schlamassels“ auf das gesamte Staatsterritorium übertragen. Allerdings lehrt gerade das Beispiel Somalia, dass solche simplifizierten Herangehensweisen in Territorien fehlender Staatlichkeit wenig Erkenntnisgewinn liefern. Im Folgenden werden deshalb zwei äußerst unterschiedliche Herrschafts- und Ordnungsformen näher betrachtet: einerseits Somaliland im Norden des Landes, das seit Beginn der 1990er-Jahre einen alternativen Weg eingeschlagen hat, und andererseits die zuletzt viel beachteten „Islamischen Gerichtshöfe“, die 2006 in radikalisierte Form zu einer erneuten militärischen Intervention von außen führten und deren Wurzeln als alternative Ordnungsmacht im Süden des Landes zu finden sind.

### Konstruktiver Staatszerfall: das Beispiel Somaliland

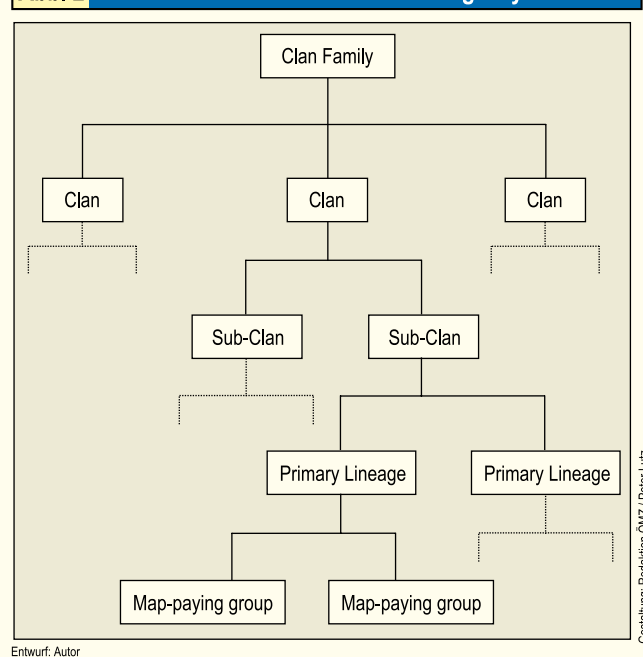
Somaliland gilt als Beispiel eines alternativen Transformationsprozesses, das im Kontrast zu den Entwicklungen in Süd- und Zentralsomalia steht.<sup>14)</sup> Die Entwicklung kann als Staatsbildungskrieg verstanden werden, im Unterschied zum allgemein mit Somalia assoziierten Staatszerfallskrieg. Somaliland befindet sich heute auf dem Stand einer unvollendeten und doch erfolgreichen politischen Transformation, ausgehend von einer Zeit anhaltender Gewalt und Unsicherheit Anfang der 1990er-Jahre hin zu einem System der Klanrepräsentation und schließlich nunmehr einem Mehrparteiensystem mit freien Wahlen. Seit dem Jahr 2000 verfügt der international nicht anerkannte Staat Somaliland über ein hybrides Regierungssystem, das westliche „Governance“-Konzepte mit traditionellen somalischen Elementen verbindet. Das traditionelle Element spiegelt sich dabei im Zweikammernsystem des „Ältestenhauses“ (*Guurti*) wider, das von Abgeordneten der Klans beschickt wird. In den letzten Jahren wurden erfolgreich Lokal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Sogar der plötzliche Tod des Präsidenten Mohammed Haji Ibrahim Egal im Jahr 2002 bei einer Untersuchung in Südafrika führte nicht zu einem Zusammenbruch des Transformationsprozesses, sondern im Gegenteil zu einem geregelten Übergang an den Vizepräsidenten eines anderen Klans.

Wie aber war es Somaliland gelungen, einen derart unterschiedlichen und erfolgreicher Pfad einzuschlagen im Gegensatz zum Süden des Landes? Ein zentraler Grund liegt im Rückgriff auf die lokalen Ressourcen der Konfliktaustragung, im Speziellen der

oft monatelang dauernden Versammlungen (*shirs*), deren Kosten größtenteils von lokalen Geschäftsleuten finanziert wurden. Schon Anfang 1991 gelang es dem SNM, die nationalen Truppen des Barre-Regimes aus dem Gebiet des vormaligen Britisch-Somaliland zu vertreiben. Die Guerillabewegung konnte die Isaaq-Bevölkerung als Mehrheit in der Region hinter sich wissen, doch die nicht unbedeutenden Minderheitenklans standen auf Seiten des alten Regimes. Bereits im Februar 1991 trafen Kandelegationen unter Führung traditioneller Autoritäten und Intellektueller sowie SNM-Abgesandte zu einer ersten Versammlung zusammen und konnten dort trotz angespannter Sicherheitslage den Grundstein für die weitere Kooperation legen. In dieser schwierigen Situation sprach sich die Mehrheit der von der Unterdrückung und dem Krieg traumatisierten Bevölkerung für einen Weg Somalilands in die Unabhängigkeit und eine zweijährige SNM-Übergangsregierung aus. (In Folge der ausbleibenden internationalen Anerkennung schloss sich Somaliland mit diesem Schritt gleichzeitig von dem Gros der Gelder internationaler Organisationen wie auch NGOs aus.) Die folgenden Jahre waren äußerst turbulent. Nicht die Minderheitenklans begannen mit den Isaaq in offenen Konflikt zu treten, sondern die einzelnen genealogischen Isaaq-Linien gerieten miteinander in kriegerische Konflikte, die jedoch immer wieder mit Hilfe der Vermittlung traditioneller Autoritäten beigelegt werden konnten. Der Ausbruch Isaaq-interner Kämpfe überrascht wenig, hält man sich vor Augen, dass die Solidaritätsgruppen im Klansystem nur durch gemeinsame Gegner entstehen. Mit dem Sturz des Barre-Regimes fiel eben dieser gemeinsame Gegner weg und löste damit auch die Solidaritätsgruppe auf.<sup>15)</sup>

Der SNM-Übergangsregierung folgte nach einer zweiten großen Klankonferenz 1993 in Boroma der Übergang zu einer zivilen Regierung mit deutlich inklusivem Charakter gegenüber den Minderheitenklans, die man als Klandemokratie bezeichnen kann. Es wurde eine Übergangsverfassung sowie die Errichtung eines Zweikammernsystems beschlossen. Zum Präsidenten wurde mit M. H. J. Egal ein erfahrener Politiker gewählt. Der größte Erfolg der neuen Regierung war die Demobilisierung der Kämpfer bzw. deren Eingliederung in die neu gegründete nationale Armee Soma-

Abb. 2 Überblick somalisches Lineage-System



lilands.<sup>16)</sup> Außerdem wurde 1994 als eigene einheitliche Währung der Somaliland-Schilling eingeführt.

Doch die internen politischen Spannungen nahmen wieder zu. Dabei ging es abermals um die Interessen einzelner Isaaq-Sub-Klans. Als die Regierung Egal die wichtigsten Infrastruktureinrichtungen im Lande wie den Flughafen in Hargeisa zu verstaatlichen begann, stieß sie auf harschen Widerstand desjenigen Sub-Klans, der den Flughafen besetzt hatte und die Einnahmen daraus für sich selbst lukrierte. Ende 1994 brach der Bürgerkrieg in Somaliland wieder aus und konnte erst knapp zwei Jahre später mit Hilfe einer großen, nationalen Versammlung (*shir*) 1996/97 in der Hauptstadt Hargeisa beigelegt und Präsident Egal im Amt bestätigt werden. De facto gab es jedoch keinen nationalen Friedensvertrag, der zu einer Einstellung der Kämpfe führte, sondern eine Reihe von lokalen Klankonferenzen und Friedensabkommen zwischen den (Sub-)Klans, die in Kombination zu einer Befriedung der Region führten. Nach diesen Friedensversammlungen kam es zu einer nachhaltigen Stabilisierung in Somaliland, die auch nach dem Tod von Präsident Egal ihre weitere Transformation Richtung Mehrparteiensystem nahm.

Retrospektiv muss festgehalten werden, dass Somaliland sich nach dem Bürgerkrieg zu einer der - wiewohl immer noch wenig beachteten - Erfolgsgeschichte afrikanischer Demokratisierung entwickelte. Gleichwohl gibt es offensichtliche Defizite im Transformationsprozess. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist evident. Obwohl der Aufbau eines Parlaments, der staatlichen Verwaltung und die Durchsetzung von gewissen Steuern gelang - Letzteres gilt als zentrales Merkmal moderner Staatlichkeit -, sind diese Institutionen sehr schwach ausgeprägt. Sie scheinen zuweilen mehr Scheininstitutionen zu sein, während die tatsächliche Entscheidungsfindung immer noch nach traditionellen Formen der Klandemokratie stattfindet. Somaliländer beschreiben sich selbst zuweilen als „Gefangene des Friedens“, sind sie doch bereit, Korruption und anderes Fehlverhalten ihrer politischen Führung zu tolerieren, wenn dies dem Frieden und der Stabilität dient.<sup>17)</sup>

Darüber hinaus steht Somaliland in ständigem Grenzkonflikt mit der im Osten angrenzenden, semi-autonomen Republik Puntland. Die Minderheitenklans der Dhulbahante und Warsangeeli in den zwei somaliländischen, an Puntland angrenzenden Distrikten Sool und Sanaag treten gegen eine Unabhängigkeit Somalilands ein. Sie gehören zu dem mehrheitlich im Süden Somalias angesiedelten Darood-Klan und fühlen sich Puntland enger verbunden als dem Isaaq-dominierten Somaliland. Gleichzeitig versuchten sie aus ihrer Situation Profit zu schlagen und die staatlichen Ressourcen von Somaliland und Puntland für sich zu beanspruchen. Seitdem Somaliland Ende 2002 seinem Anspruch auf diese Gebiete Nachdruck verlieh, kommt es dort immer wieder zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen zwischen Somaliland und Puntland. Diese scheinen nur aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen und militärischen Ressourcen von größeren Kampfhandlungen Abstand zu nehmen, was eine latente Gefahr für Frieden und Stabilität in Somaliland darstellt.

Obwohl Somaliland immer noch zu einer der ärmsten Regionen der Welt zählt, kann man im Vergleich zu den 1990er-Jahren von einem wirtschaftlichen Aufschwung sprechen. Der Zustrom von somalischen Migranten und Geschäftsleuten aus dem Süden des Landes und aus der äthiopischen Ogaden-Region ist ein sicheres Indiz hierfür. Doch diese Entwicklung scheint eher der somalischen Geschäftstüchtigkeit geschuldet denn der staatlichen Politik Somalilands. Ein weiterer interessanter Aspekt der Staatsbildung Somalilands in diesem Zusammenhang betrifft die finanzielle Basis des Landes. Da Somaliland seit 1991 aufgrund seiner international nicht anerkannten Unabhängigkeit von den großen finanziellen Ressourcen der Entwicklungshilfe abgeschnitten war, ist das Land in Ermangelung natürlicher Ressourcen großteils auf Auslandsüberweisungen der Diaspora wie auf lokale Steuereintreibung (v.a. am Hafen und Flughafen) angewiesen. Dieser Umstand zwang die Regierung, ein gewisses Maß an Rückkoppelung mit der eigenen Bevölkerung zu halten und sich mithin einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen. Neopatrimoniale Herrschaft, vollkommen abgehoben von den Bedürfnissen der Bevölkerung, ist in solch einem Kontext nicht machbar.

## Bild nur im Heft verfügbar

Zur Unterstützung der UNO-Blauhelm-Truppe UNOSOM I entsandten die USA im Dezember 1992 die UNITAF-Truppe nach Somalia. Ziel dieser Operation *Restore Hope* war es u.a., die öffentliche Ordnung wieder herzustellen, um die Verteilung von Hilfsgütern zu ermöglichen (Bild).

So wundert es wenig, dass sich einige Somaliländer trotz der bitteren Armut Sorgen über die negativen Auswirkungen von zu viel externen Hilfgeldern (z.B. nach einer potenziellen internationalen Anerkennung ihres Staates) machen, bzw. dem mit der potenziellen Erdölförderung verbundenen Devisenstrom ins Land, werden doch am Golf von Aden schon seit Längerem eben solche Vorkommen vermutet. Diese Sorgen haben die Stabilität und den Frieden des Landes im Auge, der Überzeugung folgend, dass eine politisch wie ökonomisch nachhaltige Transformation möglichst aus eigenen Kräften stattfinden sollte.<sup>18)</sup> Damit zeigt das Beispiel Somaliland auch, dass externe (humanitäre) Hilfe nicht unbedingt in der Art und Weise über den Erfolg und Misserfolg von Staatsbildungsprozessen entscheidet, wie dies meist von internationalen Organisationen angenommen wird.

Der erfolgreiche Weg Somalilands weist den Blick überdies auf die Bedeutung von traditionellen somalischen Konfliktlösungsan-

sätzen in der Überwindung des Bürgerkriegs. Es ist jedoch nicht klar, ob dies auch in gleicher Form auf den Süden übertragbar ist. Hier gilt zu beachten, dass zu Kolonial- wie Postkolonialzeiten im Norden des Landes aufgrund der mangelnden ökonomischen Ressourcen und der peripheren Lage weit weniger in die traditionelle Gesellschaftsordnung eingegriffen wurde, als dies im relativ prosperierenden Süden der Fall gewesen ist. Gleiches lässt sich über die Bürgerkriegsökonomie im Norden sagen. Schon die SNM war aufgrund der mangelnden Ressourcen auf die finanzielle Unterstützung der Diaspora sowie der Isaaq in Somaliland selbst angewiesen, womit auch hier schon früh eine gesellschaftliche Kontrolle vorgegeben war. Die unter dem Begriff der *Warlords* zu subsumierenden Kriegsfürsten verschiedener Natur im Süden des Landes konnten sich jedoch viel leichter mittels der Monopolisierung vorhandener ökonomischer Ressourcen finanzieren. In diesem Zusammenhang erwiesen sich die natürlichen Ressourcen und die relative Prosperität im Süden des Landes als Fluch.

Der Transformationsprozess in Somaliland bietet, trotz des speziellen historischen Kontextes, wichtige Lehren für den immer noch durch Gewalt und Unsicherheit geprägten Süden Somalias wie auch allgemein für Staatsbildungsprozesse in Gebieten gescheiterter Staatlichkeit. Dabei sind v.a. die Bedeutung der lokalen Ressourcen der Konfliktbearbeitung und die erfolgreiche Etablierung eines in der Gesellschaft verankerten Regierungssystems, das offen ist für Reformen westlichen Vorbilds, von breiterem Interesse. Aus diesem Grunde findet in jüngster Zeit das Beispiel Somaliland zunehmend Beachtung im sicherheitspolitischen Diskurs.

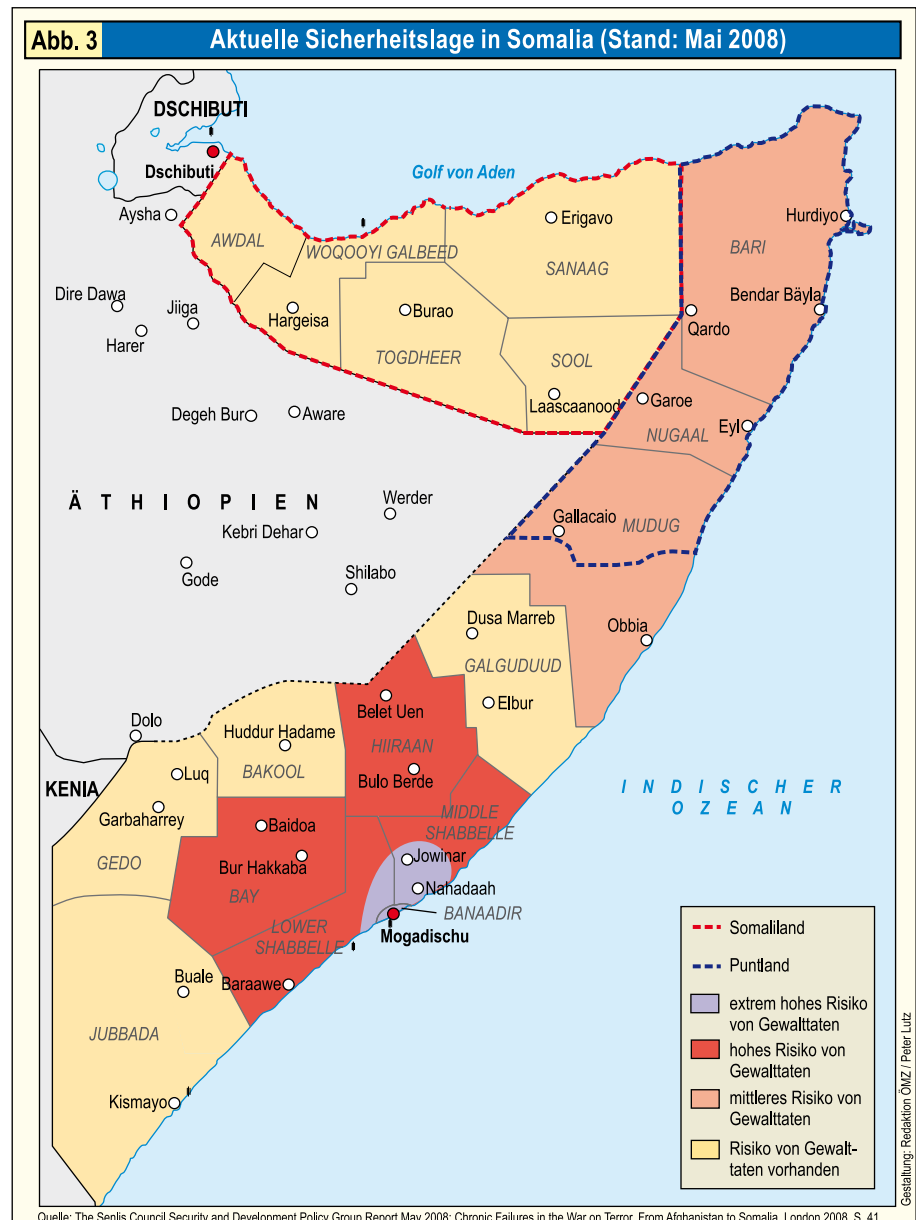
### Islamische Gerichte als Formen alternativer Ordnung

Somalilands Weg vom Staatszerfalls-krieg zum Staatsbildungskrieg und dem folgenden politischen Transformationsprozess kann - unter Rücksichtnahme der Eigenheiten der somalischen Gesellschaftsordnung - noch in gewisser Form im Analyserahmen klassischer Staatlichkeit verstanden werden. Dies gilt jedoch nicht für das Auftreten der Islamischen Gerichte im Süden Somalias. Einige Beobachter sahen in der Etablierung der Islamischen Gerichte eine strategische Entscheidung islamistischer Gruppen, politische Macht in Somalia zu erlangen. Diese Sichtweise greift zu kurz, denn sie klammert die Geschichte der Entstehung der Gerichte und ihr komplexes Verhältnis zur *al-Itihaad al-Islamiya*-Gruppe (AIAI) aus. Der Blick auf den eigenen Charakter des Islams in der somalischen Gesellschaft und die Entwicklung der beiden Gruppierungen gibt Aufschluss über das Ordnungspotenzial und über die Gefahren und Schwächen dieser Gruppen im Kontext der somalischen Gesellschaft.

### Islam in Somalia

Der Islam am Horn von Afrika blickt auf eine über 1.400 Jahre alte Geschichte zurück. Von der arabischen Halbinsel durch Handel und Migration vermittelt, fasste der Glaube schnell Fuß.<sup>19)</sup> Heute sind fast 100% der somalischen Bevölkerung sunnitische Muslime. Der Glaube wird dabei mit genealogischen Mythen somalischer Klanabstammung verschmolzen und zeichnet sich sowohl durch die Verehrung von Heiligen als auch Ahnen der einzelnen Klans aus. Traditionell dominierte apolitischer Sufismus den Glauben der Somalis.<sup>20)</sup> Islam in Somalia muss also im Zusammenhang mit der Klanidentität verstanden werden. Er ist Teil der ethnischen Identität der - auch säkularen - Somalis.

Vor diesem Hintergrund und dem oben veranschaulichten Wesen der Solidargemeinschaft im somalischen Klansystem, das nur in Konfliktfällen in spezieller Weise auftritt, erklärt sich, dass der politische Islam in Somalia immer dann am stärksten war, wenn er sich in Opposition zu einem äußeren, nichtmuslimischen Feind befand. Der Islam ist in diesem Zusammenhang ein Mittel kurzfristiger Massenmobilisierung, insbesondere wenn dieser mit xenophoben Gefühlen vermengt wird. Dies ist im Übrigen der Grund, weshalb radikale islamische Strömungen im Allgemeinen





verstärkt dort auftreten, wo sich Somalis als Minderheit in einem säkularen oder christlichen Umfeld wiederfinden, wie dies in der äthiopischen Ogaden-Region, im Nordosten Kenias und auch der somalischen Diaspora in Europa und den USA der Fall ist.<sup>21)</sup>

Obwohl sich einige Beispiele erfolglosen antikolonialen Widerstands zu Beginn des 20. Jahrhunderts finden, geht der Ursprung des heutigen politischen Islams in Somalia auf die 1970er-Jahre zurück. Bis Ende der 1980er-Jahre hatten sich mehrere Gruppen formiert, über deren tatsächlichen Einfluss auf die nationale Politik jedoch wenig konkrete Informationen vorhanden sind. Obwohl Siad Barre mit seiner Machtübernahme 1969 und der Einführung des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ nicht direkt in die Religionsausübung der Somali eingriff, kam es bald zu einer offenen Konfrontation. Diese entstand 1975, als die Regierung ein neues, liberaleres Familiengesetz einführte. Das Regime verurteilte den Widerstand von religiöser Seite und hängte sogar zehn der Anführer.

Dem Somalia-Experten Roland Marchal zufolge liegen die Hauptgründe für das neue islamische Selbstbewusstsein jedoch in Somalias Internationalisierung. Nachdem Somalia 1974 v.a. aus ökonomischen und politischen Gründen Mitglied der Arabischen Liga geworden war, konnte eine zunehmende Anzahl an somalischen Studenten ihre Ausbildung im arabischen Ausland, im Speziellen in Saudi-Arabien, absolvieren. Wie im ganzen arabischen Raum wirkte auch in Somalia die iranische Revolution von 1979 verstärkend auf die Entwicklung des politischen Islams.<sup>22)</sup> Viele religiöse Führer, die 1975 nach den Repressionen des Regimes ein Exil meist im arabischen Ausland suchten, wurden dort von der Muslimischen Bruderschaft inspiriert, manche auch von den konservativeren salafistischen Ideen ebenso wie dessen militärischem Flügel, der mit dem antisowjetischen *Dschihad* in Afghanistan assoziiert wurde.

In Somalia selbst erwiesen sich die einzelnen Bewegungen des politischen Islams als unorganisiert, und sie versuchten überdies, dem Regime gegenüber nicht offen kritisch aufzutreten und somit keine Angriffsfläche zu bieten. Gleichzeitig konnte sich das somalische Regime aufgrund seiner zunehmenden Schwäche keine Konfrontation mit den islamistischen Strömungen im eigenen Land leisten. Durch das Verbot aller Bücher mit Ausnahme des Korans erlangte dieser jedoch eine Sonderstellung in Somalia.<sup>23)</sup>

Die konkrete Ausprägung des Islams in Somalia wies jedoch keine klaren ideologischen Unterschiede zwischen den einzelnen islamistischen Gruppierungen auf. Ein Grund mag in der mangelnden allgemeinen wie religiösen Bildung in Somalia, etwa im Unterschied zum Sudan, liegen. Die Abgrenzung voneinander wurde weniger durch ideologische Überzeugungen als an profanen Regeln etwa zum geeigneten Hochzeitsalter aufrechterhalten. Marchal meint, „*rituals more than ideology have been the bone of contention*“.<sup>24)</sup> Mutatis mutandis kommt der dominanten Klanzugehörigkeit der Mitglieder der jeweiligen religiösen Gruppe bzw. deren Führung eine hervorgehobene Bedeutung zu.<sup>25)</sup> Darüber hinaus fällt auf, dass Somalis das islamische Recht nie besonders streng angewendet haben. Tatsächlich hat das somalische Gewohnheitsrecht (*xeer*) wie auch das schwache bürgerliche Recht in der Vergangenheit die

„Scharia“-Gesetzgebung ausschließlich auf den Bereich der Familie beschränkt.<sup>26)</sup> Der Grund für diese eher nachlässige Anwendung der „Scharia“ sieht Ken Menkhaus in der pastoralen Lebensführung der Somali. Diese „*imbues a strong preference for pragmatism over ideology, not so much as a matter of choice, but as a matter of survival*“.<sup>27)</sup> Die strikte Auslegung und Anwendung der „Scharia“ wird in Somalia oftmals als ein von den Golf-Staaten aufgezwungener Brauch empfunden. Dies erscheint den meisten Somalis als „unso-malisch“ und kann schnell auf Widerstand stoßen, da Somalis damit ihre eigene, mit Stolz verbundene Kultur unterminiert sehen.

## Bild nur im Heft verfügbar

Die ursprünglich friedliche Mission eskalierte, als die Amerikaner versuchten, den Klanführer Mohamed Farah Aidid festzunehmen. Das zwölfstündige Feuergefecht zwischen den amerikanischen Soldaten (Bild) und Aidids SNA-Milizen am 3. und 4. Oktober 1993 hatte zur Folge, dass die USA ihre Truppen aus Somalia abzogen.

### Aufstieg und Fall von al-Itihaad al-Islamiya (AIAI)

Die ersten öffentlichen Erhebungen gegen das Barre-Regime im späten Dezember 1990 waren von den einzelnen Oppositionsgruppen in dieser Form nicht geplant und können als eine unorganisierte Erhebung der Bevölkerung selbst verstanden werden, die gegen die Diktatur und die damit verbundenen Klans revoltierte. Mit zunehmender Verschlechterung der Sicherheitslage kam es nicht nur zu einem Staatskollaps, auch die traditionellen Bindungen zwischen der urbanen Bevölkerung in Mogadischu kollabierten. In diesem Kontext gelang es den einzelnen Klansegmenten nicht, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten.

Islamistische Gruppen waren an den stärksten Kampfhandlungen nicht beteiligt, doch bis 1992 wurden zumindest sieben unterschiedliche islamische Organisationen gegründet. Die bekannteste und radikalste dieser Gruppen war *al-Itihaad al-Islamiya* (AIAI), die von einer wahhabitischen Sekte und den Muslimischen Bruderschaften abstammt. AIAI unterschied sich von den anderen islamischen Organisationen aufgrund ihrer organisatorischen Disziplin und der Strategie, Macht durch die Anwendung von Gewalt zu erlangen. Es gibt keine näheren Informationen über die interne Organisationsstruktur der Gruppe, doch es ist bekannt, dass sie Unterstützung und Ausbildung aus dem Sudan und Afghanistan erhielt. Trotz ihrer starken Struktur wurde die AIAI von den einzelnen Krieg führenden somalischen Gruppen nie akzeptiert, denn dies hätte der AIAI erlaubt, die Bezugnahme auf den Islam für sich zu monopolisieren.<sup>28)</sup>



AIAI unternahm mehrere Versuche, direkte Kontrolle über ein gewisses Territorium zu erlangen. Dies schlug mittelfristig immer fehl, denn die AIAI wurde nach einer gewissen Zeit in die alles dominierende Klanpolitik verstrickt und stieß beim Versuch der nachhaltigen Durchsetzung der „Scharia“ auf den Widerstand der Bevölkerung.

Der erste Versuch der Kontrolle über ein Territorium war der Hafen von Bosaso in der nördlichen Puntland-Region. Doch dort wurde die Organisation von der *Somalia Salvation Democratic Front*, einer Rebellenbewegung, die in der AIAI einen Gegner über die Kontrolle der lokalen ökonomischen Ressourcen sah, erfolgreich geschlagen. Ein vergleichbares Schicksal erlebte AIAI bei der Machtausübung über den strategisch bedeutenden Hafen von Kismayo südlich von Mogadischu, wo sie durch General Aidid besiegt wurden.

und der Klanpolitik ausgesetzt wie jeder andere „säkulare“ Klan in Somalia. Daraus lässt sich folgern, dass „*as soon as an organization becomes powerful, it is thereafter referred to as a clan organization and thereby belongs to the clan of its leader ... one cannot escape those family relationships and the obligations they entail*“.<sup>30)</sup>

Trotz der Bedeutung der Klanzugehörigkeit gelang es der AIAI, die Lebensumstände der Bevölkerung gegenüber den turbulenten Jahren 1991/92 deutlich zu verbessern. Zu erwarten wäre deshalb eine Anerkennung durch die Bevölkerung im Hinblick auf diese Errungenschaften und mithin der Zuspruch einer gewissen Legitimität der AIAI, diese Stadt zu verwalten. Doch die AIAI stieß auf keine nachhaltige Unterstützung innerhalb der Bevölkerung, da diese die Einführung des „Scharia“-Rechts zutiefst ablehnte, v.a. die darauf folgenden Bestrafungen, die als zutiefst unsomalisch erachtet wurden.

Bevor eine geschwächte AIAI in Luuq von den lokalen Kräften gestürzt werden konnte, intervenierte jedoch die äthiopische Armee und vertrieb alle AIAI-Anhänger aus Luuq. Denn es wurde klar, dass das langfristige Ziel der AIAI in der Rückforderung der äthiopischen Ogaden-Region gelegen war.<sup>31)</sup>

Eben dort operierten auch die militantesten Kräfte der AIAI, die nebst dem Ziel einer großsomalischen Wiedervereinigung auch das Ziel eines islamistischen Staates verfolgten. Es war in der Ogaden-Region, wo die AIAI ihre Mitglieder aus dem Darod-Klan rekrutierte und aktiv die äthiopische Staatsmacht bekämpfte. Die AIAI konnte 1995 mit Angriffen sowohl auf die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba als auch die bedeutende, im Ogaden gelegene Stadt Dire Dawa und mit der Ermordung des äthiopischen Transportministers somalischer Abstammung strategische Erfolge für sich reklamieren. Doch die

äthiopischen Vergeltungsschläge gegen AIAI-Einrichtungen im Ogaden waren daraufhin derart nachhaltig - die Führungsriege der Organisation wurde getötet -, dass die AIAI sich von diesem Schlag bis heute nicht mehr richtig erholen konnte.<sup>32)</sup>

Die USA setzten nach den Anschlägen des 11. September 2001 die AIAI auf die Liste vermutlicher Terrorismusunterstützer.<sup>33)</sup> In der Literatur gibt es einen Dissens zur Rolle der AIAI. Während die wichtigsten internationalen Akteure am Horn von Afrika, die USA, Großbritannien, die EU und die UNO, die AIAI als eine aktive Terrororganisation beschreiben,<sup>34)</sup> vertreten Experten der Region die Ansicht, dass die AIAI selbst nie als Terrororganisation einzustufen war und seit ihrer Zerschlagung 1996 nicht mehr aktiv ist. Experten sprechen der AIAI den Status einer internationalen Terrororganisation ab, weil die Organisation sich nie eine internationale terroristische Agenda zugelegt hatte und einzig Solidarität mit anderen radikalen islamistischen Gruppen bekundete.<sup>35)</sup> Die Agenda der Organisation war v.a. auf den Ogaden fokussiert. Es lag mithin im Interesse Äthiopiens, die AIAI als islamistische Terrororganisation zu beschreiben und so die Unterstützung der USA für die eigene Politik in der Region zu sichern. Sowohl die *International Crisis Group* als auch das *Combating Terrorism*

## Bild nur im Heft verfügbar

Aufgrund der instabilen Lage im Süden Somalias bildeten sich 1994 die ersten islamischen Gerichte. Diese lokalen Gruppierungen übernahmen die Rolle der Justiz. Um Krimineller habhaft zu werden, formierten die Gerichte Milizen (Bild).

Aufschlussreicher ist der spezielle Fall der Machtnahme und Administration der für den regionalen Handel bedeutenden Stadt Luuq an der kenianischen Grenze zwischen 1991 und 1996/97. Die Stadt wurde von einer „Islamischen Gemeinschaft“ und „Scharia“-Gerichten nach islamischem Recht verwaltet, die sogar den Konsum der weit verbreiteten, lokalen Droge Khat erfolgreich unterbanden. Um eine derartig große Verwaltung erfolgreich aufrechtzuerhalten, stützte sich AIAI auf den lokalen Klan der Marehan. Diese Erfolgsgeschichte zog zunehmend AIAI-Mitglieder aus anderen Klans in die Stadt, und kurzfristig sah es so aus, als wäre es der Organisation tatsächlich gelungen, die zentrale Bedeutung der Klanidentität der Somalis zu relativieren und eine einheitliche islamische Identität zu konstruieren. Dies stieß jedoch auf den Widerstand von „säkularen“ Marehan-Mitgliedern, die im Zuzug von AIAI-Angehörigen unterschiedlichster Klans eine Islamisierung ihrer Stadt befürchteten. Die einzige Möglichkeit, ihre regionale Macht zu halten, sah die AIAI darin, sich offen als Teil des Marehan-Klans zu titulieren. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde die AIAI jedoch von den anderen Klans in der Region nicht mehr als neue religiöse Bewegung, sondern lediglich als eine Klanfraktion mit religiösem Absolutheitsanspruch angesehen.<sup>29)</sup> Die AIAI sah sich hernach den gleichen Klanrivalitäten

*Center at West Point* sind der Ansicht, dass die AIAI nach 1996 nicht mehr aktiv ist und sich „*from an organization into an idea*“ gewandelt hat.<sup>36)</sup>

### Islamische Gerichte zwischen Ordnungssystem und islamistischer Bedrohung

Seit dem Staatskollaps Somalias wurden alle vormals öffentlichen Dienstleistungen notwendigerweise von privater Seite wahrgenommen. Dies führte dazu, dass in einem vollkommen instabilen Umfeld, in dem nicht einmal die jeweilige genealogische Linie (Sub-Klan) die Sicherheit ihrer Mitglieder gewährleisten konnte, das Angebot privater Dienstleistungen rapide zunahm. In diesem Kontext war das Entstehen der Islamischen Gerichte 1994 das sichtbarste Zeichen für den wachsenden Einfluss islamistischer Gruppen im Süden Somalias.

Gleichwohl sind die Islamischen Gerichte weniger ein Produkt des politischen Islams denn der Klans und des traditionellen islamischen Glaubens der Somali: „*Authority is invested in the courts by the decision of the lineage elders who establish the institution and therefore derives primary from Somali customary law (xeer)*.“<sup>37)</sup> Das Mandat der Gerichte stammte dabei aus Übereinkünften mit den einzelnen (Sub-)Klans.<sup>38)</sup> Das Fehlen eines alternativen, funktionierenden Rechtssystems veranlasste die Somalis, auf die Islamischen Gerichte zu vertrauen. Deren Verbindung zur Klanordnung bedeutete jedoch, dass ihre Jurisdiktion sehr lokal beschränkt war, nämlich auf jenen Subklan, von dem sie eingesetzt wurden und von dem sie ihre Autorität erhielten. Solange es dem Gericht nicht gelang, aus eigenen Kräften effektive politische, militärische und finanzielle Autorität aufzubauen, war es in seinen Handlungen vom jeweiligen Subklan abhängig, der beispielsweise jederzeit eine Entscheidung der Gerichte rückgängig machen konnte, wenn sie den eigenen Interessen entgegenlief. Ebenso konnte der jeweilige Subklan die an die Gerichte „geliehenen“ Milizen jederzeit zurückrufen.<sup>39)</sup> Aufgaben der Gerichte waren die Formierung einer Miliz, um Krimineller habhaft zu werden, Gerichtsentscheidungen in zivilrechtlichen und strafrechtlichen Fragen zu fällen und schließlich Verurteilte zu inhaftieren.

Die Gründe für die Errichtung der Islamischen Gerichte sind vielfältig:<sup>40)</sup>

- Die lokalen Anführer einzelner Gruppen wie Milizen oder Klans waren nicht in der Lage, für ein Mindestmaß an Sicherheit zu sorgen. Die Einsetzung der Gerichte und mit ihnen die erfolgreiche Wiederherstellung einer gewissen Ordnung verschaffte den jeweiligen Milizen und Klans Legitimität, weiterhin an der Macht zu bleiben. Als Resultat dieser Maßnahme nahmen auch die internen Konflikte sowie auch die Konflikte zwischen den Klans ab.
- Die Gerichte ermöglichten ein sicheres Umfeld für lokalen und regionalen Handel, weshalb ihre Existenz im Interesse der lokalen Unternehmer war, die ansonsten selbst in eine eigene Miliz hätten investieren müssen.
- Darüber hinaus dienten sie als Plattform für eine geringe Anzahl radikaler Islamisten, die sich zum Ziel gesetzt hatten, mittels radikaler Durchsetzung des „Scharia“-Rechts einen islamischen Gottesstaat einzuführen.

Die Finanzierung der Gerichte wurde zunehmend ein Problem. Diese erhielten anfangs Geld von lokalen Geschäftsmännern, die darin eine günstige Investition sahen, um Sicherheit wiederherzustellen und somit auch Handel treiben zu können. Dadurch hatten auch die Geschäftsleute ein Mitspracherecht bei den Gerichten und konnten diese somit beeinflussen.<sup>41)</sup>

Ende 2000 schlossen sich die Gerichte zu einem *Joint Islamic Council* unter der Führung von Scheich Ali Dhere und des radikalen Islamisten Hassan Dahri Aweys zusammen. Dadurch gelang es ihnen, einen großen Teil des Gebietes südlich Mogadischus zu befrieden. Entgegen den Erwartungen etablierten sie dabei nicht eine radikale Form des „Scharia“-Rechts, sondern öffneten vielmehr die Straßenblockaden und setzten ein zentrales Steuerwesen durch. Dies könnte wiederum auf den Einfluss der Geschäftsleute zurückzuführen sein. Inwieweit der *Joint Islamic Council* längerfristig radikale Pläne hatte, ist nicht verifizierbar, denn kurz danach wurde das *Transitional National Government* (TNG) im Rahmen der Arta-Friedensverhandlungen gegründet und die Milizen der Gerichte der Polizei zugeordnet.

## Bild nur im Heft verfügbar

Als Vorsitzender des Islamischen Gerichtshofes und eines Regionalparlaments setzte sich Scheich Hassan Dahri Aweys (rechts) für die Umsetzung der Scharia ein. Seit der Entmachtung der „Union Islamischer Gerichte“ durch äthiopische Truppen befindet er sich im Exil.

Da jedoch das TNG mit dem Auslaufen seines Mandats 2003 schon längst keinerlei Autorität mehr genoss, herrschte ein Machtvakuum, das die neu gegründete Dachorganisation der Gerichte, die *Union of Islamic Courts* (UIC), auszufüllen wusste. Es ist schwierig zu analysieren, ob es sich bei der neu gegründeten UIC um eine extremistische oder moderate Organisation handelte, da ihre Mitgliedschaft äußerst divers war. „*In reality, the courts are an unwieldy coalition of convenience, united by a convergence of interests*.“<sup>42)</sup>

Obwohl die UIC von einem großen Teil der Bevölkerung mit der Hoffnung auf mehr Stabilität aufgenommen wurde, kam diese durch interne Kämpfe bis zum Ende 2004 unter zunehmende Bedrängnis. Zu diesem Zeitpunkt war die UIC lediglich ein zusätzlicher Akteur in der chaotischen und unsicheren Situation im Süden des Landes.

Aus der Perspektive der radikalen Islamisten innerhalb der UIC war die Gründung des *Transitional Federal Government* (TFG) unter dem Präsidenten Abdullah Yusuf eine große Hilfe, die inneren Differenzen, die die UIC an den Rand des Zerbrechens führten, zu

überwinden. Yusuf war schon als Gouverneur der Nördlichen Provinz Puntland für seine antiislamistische Politik bekannt.<sup>43)</sup> Er gilt als enger Verbündeter des christlich dominierten Äthiopiens und plante zu diesem Zeitpunkt schon offen, äthiopische Truppen zu seiner Unterstützung nach Somalia zu holen. Dies ist jedoch ein Anathema, nicht nur für „Hardliner“ innerhalb des UIC, sondern auch für den Großteil der somalischen Bevölkerung. In dieser Situation schloss die UIC eine taktische Koalition mit anderen Gegnern Yusufs, nämlich anderen islamischen Führern und somalischen Nationalisten.<sup>44)</sup>

Die TFG als unrepräsentatives und künstliches Konstrukt der internationalen Gemeinschaft musste sich aufgrund der verschärften Sicherheitslage aus Mogadischu in die Stadt Baidoa an der äthiopischen Grenze zurückziehen und verlor zunehmend an Einfluss und Autorität. Die TFG versuchte ihrer voranschreitenden Bedeutungslosigkeit entgegenzusteuern, indem sie sich offensiv dem Kampf gegen den Terror verschwor, mit dem Ziel, von den USA stärkeren Rückhalt gegenüber der breiten Oppositionsbewegung in Mogadischu zu erhalten. Ende 2005 machten die CIA mit Fazul Abdullah Mohammed von den Komoren den wahrscheinlich wichtigsten *Al Qaida*-Mann südlich der Sahara in Somalia aus. Drei bis fünf weitere *Al Qaida*-Angehörige mit Verstrickungen in die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar el Salam wurden ebenfalls in Somalia vermutet.

Die CIA versuchte im Frühjahr 2006 aus entmachteten und diskreditierten *Warlords* eine Gegenallianz aufzubauen, die den interessanten Namen *Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism* trug.<sup>45)</sup> Die daraufhin folgenden, drei Monate andauernden Kämpfe zwischen der Allianz und der UIC wurden eindeutig von der UIC gewonnen. Im Juni 2006 ergaben sich die Milizen der Allianz und wechselten auf die Seite der UIC (sic!), während die *Warlords* nach Äthiopien und Kenia flüchteten. Dieser klare Sieg der UIC war just das Gegenteil der US-Intentionen, die die Allianz finanzierten. Es handelte sich doch um einen historischen Sieg: Das erste Mal seit 16 Jahren war Mogadischu durch den UIC von einer einzigen Führung regiert.<sup>46)</sup>

Direkt nach diesem historischen Sieg betätigte sich die UIC in höchst symbolischen Aktionen in Mogadischu, wie der Entfernung von Straßensperren, der Reinigung von Straßen, die über ein Jahrzehnt nicht mehr vom Abfall befreit wurden, der Wiedereröffnung von Flughafen und Hafen sowie der Installierung von Gerichten zur Restitution des im Krieg verlorenen Besitzes. Zur gleichen Zeit radikalisierte sich die Rhetorik einiger UIC-Vertreter. Teil davon war Scheich Aweys militante Verurteilung der äthiopischen Einmischung in Somalia. Dies trug maßgeblich zur Perzeption bei, dass die UIC eine Gefahr für ihre Nachbarstaaten darstellte.<sup>47)</sup> Nichtsdestotrotz hatte die UIC das „Momentum“ auf ihrer Seite, „throughout Somalia, there was a widespread sense of inevitability about Islamist ascendance and expansion across the rest of the country“.<sup>48)</sup> Neben dem militärischen Erfolg war die breite Akzeptanz in der Bevölkerung die größte Errungenschaft der UIC, und dies trotz ihres durchaus negativen Images. Im Kontext von 16 Jahren Staatskollaps erschien die UIC nun als mögliche Lösung ihrer Probleme. Doch so breit die Unterstützung für die UIC

auch sein mochte, sie verfügte über keinen Tiefgang. Dies konnte man bei den ersten Verlusten der UIC gegen die äthiopische Armee beobachten.

Die Schwäche der UIC ist letztlich auf die meisten internen „Krankheiten“ zurückzuführen, die in den zuvor beschriebenen radikalen islamischen Bewegungen der vorangegangenen Jahre zu beobachten waren:

- Gewisse autoritäre Tendenzen konnten trotz gegenteiliger offizieller Verlautbarungen der Unterstützung von Frieden und Demokratie früh erkannt werden. Es gab Verurteilungen gegen kritische Medienberichterstattung und das Verbot der Partizipation von Frauen am politischen Prozess ebenso wie absurde Verbote, die Fußballweltmeisterschaft anzusehen. (Trotzdem war die UIC weit von der Politik der *Taliban* in Afghanistan entfernt.) Dabei schien die organisatorische Aufteilung innerhalb der UIC den radikalen Kräften in die Hand zu spielen. Die meisten Waffen und Finanzen für die Gerichte wurden von Hassan D. Awey kontrolliert.

- Die UIC war offensichtlich mit ihrer neuen Stellung überfordert. Es gelang ihr nicht, eine stringente Organisation aufzubauen, widersprüchliche Verlautbarungen und Handlungen waren das Resultat.

- Die UIC war vom Hawiye-Klan dominiert, gleichzeitig definierte sich die UIC jedoch als über den Klans stehend. Dies führte zu internen Auseinandersetzungen.

## Bild nur im Heft verfügbar

Seit den Anschlägen am 11. September 2001 gilt Somalia, wo es fast ausschließlich sunnitische Muslime gibt, als Rückzugsgebiet für Dschihadisten (hier: Muslimin mit einer von Dschihadisten publizierten Zeitung). Obwohl verschiedene islamistische Gruppierungen versucht haben, einen islamischen Gottesstaat einzuführen, zeigt deren Scheitern, dass ihnen die Unterstützung der somalischen Bevölkerung fehlt.

Das alles bestimmende Interesse für die USA war der angeblich sichere Hafen für eine Handvoll *Al Qaida*-Kämpfer in der Hauptstadt Mogadischu. Die USA versuchten deshalb mit der UIC zu sprechen, doch die UIC war nicht bereit, die sehr partikularen Sorgen der USA zu verstehen. Auch hier war es v.a. wieder Awey, der sich jeglichen Kontakts verschloss. Mehr noch versuchten Awey und andere „Hardliner“ eine systematische Kampagne zu initiieren, um Äthiopien zu provozieren und letztlich einen Konflikt unausweichlich erscheinen zu lassen. Retrospektiv betrachtet ist es nicht klar, ob die UIC-„Hardliner“ tatsächlich einen Krieg wollten oder nur die Androhung des Krieges von äthiopischer Seite, um ihre politische Stellung im eigenen Land zu verbessern.

Das Resultat ist bekannt. Im Dezember 2006 startete Äthiopien mit Hilfe der USA eine Invasion in den Süden Somalias und okkupierte dort Mogadischu. Die folgenden Kämpfe wurden allgemein als die schlimmsten der letzten 15 Jahre beschrieben und sind mithin mit dem Bürgerkrieg Anfang der 1990er-Jahre zu vergleichen. Da die UIC-Kämpfer nicht in der direkten Konfrontation mit der äthiopischen Armee, einer der stärksten Armeen in Afrika südlich der Sahara, bestehen konnten, setzten sie den Krieg aus dem Untergrund fort und führen einen Guerillakampf, der an die derzeitige Situation in Afghanistan und im Irak erinnert. In ihrem Untergrundkampf gegen die externen Besatzer können sie nun auch auf die aktive Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung bauen. Der politische Arm der UIC flüchtete hingegen in die eritreische Hauptstadt Asmara, von wo sie den Sturz der TFG planen. Doch diese scheint sich schon selbst gestürzt zu haben. Nach Aussagen des somalischen TFG-Innenministers kontrolliert die UIC schon 80% des Territoriums. Die TFG befindet sich in einem Auflösungsprozess aufgrund zahlreicher innerer Zerwürfnisse. Damit kehrt Somalia zu der Zeit vor den Gerichtshöfen zurück: Die Macht kehrt zurück auf die lokale Ebene, wo verschiedene *Warlords* ihre Subklans vertreten und miteinander um Einfluss ringen.

### **Somalia - ein fruchtbarer Boden für radikalen politischen Islam?**

Die deutliche Zunahme islamischer Aktivitäten in Somalia seit dem Staatskollaps und dem Beginn des bis heute anhaltenden Bürgerkriegs in den frühen 1990er-Jahren ist eine Tatsache. Gleichwohl sind islamische Aktivitäten in Somalia nicht gleichzusetzen mit Extremismus oder Terrorismus. Sie sind vielmehr eine Reaktion auf die Herausforderungen, denen sich die somalische Gesellschaft in einem durch Gewalt, Unsicherheit und oftmals auch Chaos geprägten Umfeld ausgesetzt sieht. In diesem Kontext bewiesen islamische Gruppen unterschiedlichster Ausprägung, eine stabilisierende Rolle in der somalischen Gesellschaft einnehmen zu können. Das beste Beispiel hierfür sind die Islamischen Gerichte. Daneben gelang es islamischen Organisationen und NGOs, praktische Lösungen für soziale Probleme in Form von Krankenhäusern oder auch Schulen anzubieten, öffentliche Dienstleistungen also, die nicht von staatlicher Seite abgedeckt werden können, weil diese schlicht nicht existiert. Solche Dienstleistungen trugen den islamischen Organisationen eine breite Legitimität in der somalischen Öffentlichkeit ein, die in dieser Hinsicht mit *Hisbollah* und *Hamas* verglichen werden können.

Wie die Beispiele der vergangenen Jahre zeigen, lehnt die Mehrheit der somalischen Bevölkerung auch unter widrigsten Umständen radikale islamische Positionen ab, auch wenn die damit verbundenen islamistischen Organisationen sich zuvor Legitimität durch die Herstellung von Sicherheit erarbeitet hatten.

Die größte Herausforderung für den Islam und die Islamisten in Somalia ist die spezielle Natur des Klansystems. Die kritische Analyse islamischer Organisationen in Somalia legt nahe, dass diese langfristig nicht in der Lage sind, die omnipräsente Klanpolitik zu überwinden und damit mittelfristig eine politisch dominante Stellung in Somalia einnehmen zu vermögen. Vielmehr sehen sich die islamischen Organisationen den gleichen Herausforderungen ausgesetzt wie jeder andere Akteur im Konflikt in Somalia.

Dies scheint der stärkste Grund dafür zu sein, weshalb Somalia, entgegen der in der breiten Öffentlichkeit publizierten Meinung, keinen fruchtbaren Boden für radikalen politischen Islam darstellt. Es gab jedoch mehrere Versuche von unterschiedlichen islamistischen Organisationen, an die Macht zu kommen und einen islamischen

Gottesstaat einzuführen. Ihr fortdauerndes Scheitern macht deutlich, dass sie über keine breite und tiefe Basis in der somalischen Bevölkerung verfügen.

Es ist dies der Kontext, in dem die stetige Mutmaßung von zentralen internationalen Akteuren, Somalia sei ein sicherer Hafen für *Al Qaida*, mehr auf einer oberflächlichen, strukturellen Schlussfolgerung („ein weiterer gescheiterter Staat wie Afghanistan“) basiert als auf einem vertieften Verständnis somalischer Realitäten. Die chronische Unsicherheit, die höchst zersplitterte Natur des somalischen Klansystems, ein hoffnungsloses Armutsniveau und die relativ unideologische, pragmatische Natur der Somalis scheinen keine besonders attraktive Voraussetzung für radikale islamistische Netzwerke wie *Al Qaida* zu sein. In der Tat kam sogar Osama Bin Laden zum Schluss, dass Somalias Klanmilizen zu unzuverlässig seien, um Sicherheit für seine Person zu gewährleisten, als er sich 1996 in Khartum nach einem neuen Aufenthaltsort umsah.<sup>49)</sup> Aus diesem Grund ist Somalia nur für kurze Aufenthalte oder als Transitraum für islamistische Netzwerke von Interesse.<sup>50)</sup>

### **Ein vertieftes Verständnis komplexer lokaler Realitäten ist notwendig**

Die höchst spezielle Ausprägung des Islam in Somalia sowie dessen komplexes Klansystem erlauben keine vereinfachten Erklärungen als Grundlage für ein Verständnis der Lage und politisches Handeln am Horn von Afrika. Die analysierten Beispiele verdeutlichen, dass klassische Erklärungsmuster im Falle Somalias wenig Erklärungsgehalt haben. Nach dem Staatskollaps Anfang der 1990er-Jahre bildeten sich eigene, meist lokale Ordnungsformen in Somalia. Klanpolitik steht dabei, wenn auch nur als konstruierte „soziale Ressource“, wirkungsmächtig hinter den meisten politischen Ereignissen. Darüber hinaus verdeutlicht das Beispiel Somaliland die Bedeutung lokaler Ressourcen der Konfliktlösung in Somalia und mahnt die internationalen Akteure, von der Vorstellung eines zukünftig vereinten Somalias Abstand zu nehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung der islamischen Gerichte zu verstehen. Obwohl sie durch die Herstellung einer gewissen Ordnung Legitimität in breiten Teilen der Bevölkerung gewannen, gelang es ihnen nicht, die omnipräsente Klanpolitik zu überwinden. So fanden sich die Gerichte mittelfristig - wie auch jeder andere Akteur vor Ort - in einem ständigen Kampf um Einflussphären wieder, den sie nicht zu gewinnen imstande scheinen. Daneben stießen Untergruppen der Gerichte, die sich zunehmend radikalisierten, auf Widerstand breiter Teile der somalischen Bevölkerung, die eine fundamentalistische Auslegung des Korans ablehnt und als unsomalisch betrachtet. Dies sind einige der strukturellen innersomalischen Gründe, die das Land - entgegen der breiten veröffentlichten Meinung - zu einem wenig attraktiven Ort für eine Operationsbasis internationaler terroristischer Organisationen machen. Die vorhandenen radikalen somalischen islamischen Gruppen verfolgen selbst nur eine lokale und regionale Agenda.

Während Somalia fast ausschließlich als Krisenherd mediale Beachtung findet, existiert seit Ende der 1990er Jahre im Nordosten des Landes mit der international nicht anerkannten Republik Somaliland zugleich ein afrikanisches Erfolgsmodell. Somaliland gelang es mithilfe lokaler Ressourcen der Konfliktlösung auf seinem Territorium relative Ordnung und Stabilität sowie ein neues politisches Gemeinwesen herzustellen, welches Elemente westlicher Staatlichkeit mit lokalen politischen Traditionen zu vereinen sucht. Es spricht viel dafür, dass Somaliland zukünftig als Modellfall in der Region angesehen werden wird, was eine nähere Analyse dieses

erfolgreichen politischen Transformationsprozesses in einer der unsichersten Regionen der Welt zu einem lehrhaften Beispiel der regionalen Konfliktbearbeitung machen kann.

Gescheiterte Staatlichkeit, Klanpolitik, *Warlords*, politischer Islam, Kriegsökonomie und neue Ordnungsformen jenseits staatlicher Strukturen: Somalia scheint ein Archetypus für die Komplexität der „neuen Kriege“ zu sein und verdeutlicht dabei, dass nur eine auf regionalem Verständnis basierende Analyse zu Erkenntnisgewinn führen kann. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. John Prendergast und Colin Thomas Jensen: Blowing the Horn. In: Foreign Affairs March/April 2007, S.59. Zum erweiterten Horn von Afrika zählen Uganda, Kenia, Somalia, Dschibuti, Eritrea, Äthiopien und Sudan.
- 2) Ken Menkhaus: Governance without Government in Somalia. Spoilers, State Building, and the Politics of Coping. In: International Security 31/3, 2007.
- 3) I.M. Lewis: Introduction: The Uncentralised Somali Legacy. In: Report prepared by consultants from the London School of Economics and Political Science. A Study of Decentralised political Structures for Somalia: A Menu of Options, 1995, S.1. Übersetzung GSH.
- 4) Vgl. Markus V. Höhne: Staatszerfall, Konfliktregelung und Staatsaufbau. Zur Diversifizierung der politischen und sozialen Realitäten in Somalia. In: Melha Rout Biel und Olaf Leibe (Hrsg.): Politik in Ostafrika - Zwischen Staatszerfall und Konsolidierung, Peter Lang, Frankfurt a.M. 2007, S.79.
- 5) Vgl. Kathrin Eikenberg: Die UNO kann in Somalia keinen Frieden stiften. Alte Feinde, neue Feindbilder, tageszeitung (taz), 13.10.1993.
- 6) Vgl. Ulf Terlinden: Clanstrukturen und ethnische Gruppen am Horn von Afrika. In: Wegweiser zur Geschichte. Horn von Afrika (Publikation des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes), Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007, S.171.
- 7) Vgl. Maria H. Brons: Society, Security, Sovereignty and the State: Somalia. From Statelessness to Statelessness?, International Books, Utrecht 2001, S.31-3.
- 8) Volker Matthies: Staatsbildung und Staatszerfall am Horn von Afrika. In: Wegweiser zur Geschichte. Horn von Afrika (Publikation des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes), Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007, S.145.
- 9) Vgl. Mark Bradbury: Somaliland, CIIR Country Report, Catholic Institute for International Relations (London 1997), S.7.
- 10) Ebenda, S.8-10.
- 11) Vgl. Markus V. Höhne: Somalia - Ein Neubeginn? Entwicklungen und Perspektiven unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Nord-Somalia. In: Walter Feichtinger/Gerald Hainzl (Hrsg.): Krisenherd Nordostafrika. Internationale oder afrikanische Verantwortung?, Peter Lang, Frankfurt a.M. 2005, S.47.
- 12) Siehe z.B. Walter S. Clarke und Jeffrey Herbst (eds.): Learning from Somalia. The Lessons of Armed Humanitarian Intervention, Westview Press, Boulder 1997.
- 13) Vgl. Matthies 2007, a.a.O., S.146.
- 14) Der folgende Teil stützt sich v.a. auf: War-torn Societies Project (WSP), Rebuilding Somaliland. Issues and possibilities, WSP International Somali Programme, Red Sea Press, Lawrenceville 2005.
- 15) Vgl. Mark Bradbury/Adan Yusuf Abokor and Haroon Ahmed Yusuf: Somaliland: Choosing Politics over Violence. Review of African Political Economy, No. 97, 2003, S.455-478.
- 16) Ken Menkhaus: Vicious Circles and the Security-Development Nexus in Somalia, In: Conflict, Security and Development, Vol. 4, No. 2, August 2004, S.149-165.
- 17) Vgl. Ken Menkhaus: Governance without Government in Somalia. Spoilers, State Building, and the Politics of Coping. In: International Security 31/3, 2007, S.93.
- 18) Für die internationale Gemeinschaft ist es von Bedeutung, bei den Überlegungen zur Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Somalilands der oben skizzierten Problematik eines schnell einsetzenden Devisenstroms Rechnung zu tragen. Auch kann das Ziel der Eigenstaatlichkeit als eine bedeutende Triebfeder für den politischen Transformationsprozess in Somaliland angesehen werden. Eine schnelle Anerkennung birgt deshalb die Gefahr politischer Rückschritte am Weg zu mehr Demokratie im Lande. Deshalb wäre es sinnvoll, in diesem Zusammenhang eine stufenweise, konditionalisierte Anerkennung anzudenken.
- 19) Vgl. Christopher Ehret: The Civilizations of Africa. A History to 1800, Oxford 2002, S.304.
- 20) Vgl. I.M. Lewis: Saints and Somalis: Popular Islam in a Clan-Based Society, Lawrenceville 1998.
- 21) Ken Menkhaus: Political Islam in Somalia, Middle East Policy Vol. 9 No. 1, March 2002, S.110-1.
- 22) Bradbury 1997, a.a.O., S.5-6.
- 23) Vgl. International Crisis Group, Africa Report Nr. 100, Somalia's Islamists (12. December 2005), p.1.
- 24) Roland Marchal: Islamic Political Dynamics in the Somali Civil War. In: Alex de Waal (ed.), Islamism and Its Enemies in the Horn of Africa, Indiana University Press 2004, S.127.
- 25) Vgl. International Crisis Group 2005, Counter-terrorism in Somalia: Losing hearts and minds?, Africa Report No. 95, 11. July 2005, S.2.
- 26) Vgl. Andre Le Sage: Stateless Justice in Somalia. Formal and Informal Rule of Law Initiatives, July 2005 Report, Center for Human Dialogue, Geneva, July 2005.
- 27) Menkhaus 2002, op. cit., S.111.
- 28) Marchal 2004, op. cit., S.126.
- 29) Menkhaus 2002, op. cit., S.112.
- 30) Marchal 2004, op. cit., S.131.
- 31) Combating Terrorism Center at West Point, Al Qaida's (Mis)Adventures in the Horn of Africa, Harmony Project, (2007), S.79.
- 32) International Crisis Group 2005, op. cit., S.8-9.
- 33) On 23 September 2001 President Bush signed Executive Order 13224 to block the assets of 27 organizations and individuals linked to terrorism. Al-Itihaad was tenth on the list.
- 34) Ein Beispiel hierfür ist das United Nations Panel of Experts, das in einem Bericht aus dem Jahr 2005 die AIAI als aktive Organisation beschrieb, die für Chaos in Somalia verantwortlich sei und terroristische Ausbildungslager im Land betreibe. Vgl. United Nations Security Council, „Report of the Monitoring Group on Somalia pursuant to Security Council Resolution 1558 (2004)“, (S/2005/153), 8 March 2005.
- 35) Vgl. Marchal: „Islamic Political Dynamics in the Somali Civil War“, a.a.O., S.140.
- 36) International Crisis Group, Somalia's Islamists, a.a.O., S.8-9; Combating Terrorism Center at West Point 2007, a.a.O., S.79.
- 37) International Crisis Group 2005, a.a.O., S.19.
- 38) Vgl. Matt Bryden: „Interim Report to the EU Somalia Unit on Support to Local Administrative Structures in Somalia“, 7. October 1996.
- 39) Le Sage 2004, a.a.O., S.40.
- 40) Im Folgenden ebenda, S.38.
- 41) Marchal gibt in diesem Zusammenhang das Beispiel der Stadt Merka im Jahr 2000. Als den Geschäftsmännern die Gerichte zu militant wurden, hielten sie für eine Woche ihre finanzielle Unterstützung zurück, und sofort tauschten die Gerichte ihren lokalen Repräsentanten aus und passten sich den neuen Gegebenheiten an. Vgl. Marchal: „Islamic Political Dynamics in the Somali Civil War“, a.a.O., p.137.
- 42) International Crisis Group 2005, a.a.O., S.20.
- 43) In Puntland versuchten sowohl Abdillahi Yusuf als auch Scheich Hassan Aweys einander umzubringen. Yusuf bekämpfte in Puntland offen die AIAI. Vgl. The Economist, Not the new Taliban, yet, 29. June 2006.
- 44) International Crisis Group 2005, a.a.O., S.21.
- 45) Es ist nicht klar, ob diese Allianz von der CIA ausging oder die Warlords sich vielmehr an die CIA wandten, wissend, dass das Versprechen, sich als Counter-Terrorism-Allianz zu formieren, ihnen massive finanzielle Unterstützung einbringen würde.
- 46) Vgl. Menkhaus: The Crisis in Somalia: Tragedy in Five Acts, African Affairs 106/204, 2007, S.369.
- 47) Vgl. Cedric Barnes und Harun Hassan: „The Rise and Fall of Mogadishu's Islamic Courts“, Chatham House Africa Program, Briefing Paper 07/02 (April 2007), S.4.
- 48) Menkhaus 2007: „The Crisis in Somalia: Tragedy in Five Acts“, a.a.O., S.370.
- 49) Vgl. International Institute for Strategic Studies IISS, Strategic Survey 2007, a.a.O., S.257.
- 50) Für eine regionale Perspektive auf die Bedrohung des islamistischen Terrorismus siehe z.B. Martin Pabst: Subsahara-Afrika im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus?, ÖMZ 6/2007, S.665-674.

#### Mag. Georg-Sebastian Holzer

Geb. 1982; Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien und Konstanz. Fortbildungen am Peace Research Institute Oslo und der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; zur Zeit Forschungsassistent und Student an der Johns Hopkins University Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) in Washington, DC; 2007 Research Fellow an der Academy for Peace and Development in Hargeisa, Somaliland/Somalia; 2008 Intern beim Horn of Africa Project der International Crisis Group in Nairobi; Buchveröffentlichung zum politischen Transformationsprozess in Somaliland (Peter Lang, 2008).

# Aspekte hochschulischer Bildung

Franz Edelmann

Die Grundausbildung der Truppenoffiziere ist in Österreich seit 1998 eine nach dem Fachhochschulstudiengesetz anerkannte hochschulische Ausbildung, während die systematische Weiterbildung der Truppenoffiziere seit 2003 als Lehrgang universitären Charakters „Master of security and defence management“ nach dem Universitätsstudiengesetz 1997 anerkannt ist.<sup>1)</sup> Diese Anerkennung als Lehrgang universitären Charakters ist mit Ende 2010 befristet. Als individuelles Diplomstudium in Kooperation mit der Universität Wien ist die Ausbildung der Generalstabsoffiziere organisiert. Dem Betrachter bietet sich somit ein etwas unorganisiertes Bild der Aus- und Weiterbildungssystematik der Berufsoffiziere des Bundesheeres. Jörg Aschenbrenner und Andreas Stupka<sup>2)</sup> stellen eine Struktur der Offiziersaus- und Weiterbildungssystematik dar, die auf einem akkordierten Zusammenspiel des Fachhochschulrechts und des Universitätsrechts fundiert ist. Als die beiden Basisgesetze zur Umsetzung dieser Ausbildungsstruktur können das Fachhochschulstudiengesetz 1993<sup>3)</sup> (FHSStG) und das Universitätsgesetz 2002 (UG)<sup>4)</sup> angesehen werden.



Am Militärrealgymnasium in Wr. Neustadt werden die Zöglinge auf eine Karriere beim Österreichischen Bundesheer vorbereitet (Bild). Nach bestandener Matura und einem Auswahlverfahren können sie den FH-Studiengang „Militärische Führung“ besuchen.

Mit diesem Artikel wird der Versuch unternommen, unter dem Blickwinkel einer hochschulischen Ausbildung wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede einer Ausbildung nach diesen Gesetzesmaterien herauszuarbeiten. Es besteht somit auch der Anspruch, in der Darstellung der beiden Gesetzesmaterien die jeweils dahinter liegende Idee nicht aus den Augen zu verlieren, da Zeitgeisterscheinungen dieser nicht immer entsprechen müssen. Am Beispiel des Militärs erläutert heißt das: Das Wesen oder die Idee einer Armee ist die Fähigkeit zum bewaffneten Kampf. Diese Idee ist auch dann gültig und hat Maßstab für alle Bemühungen zu sein, wenn Soldaten zum Hochwassereinsatz abkommandiert,

zum Aufbau von Kommunaleinrichtungen eingesetzt und zur Ausforschung vermuteter Kriegsverbrecher verwendet werden. Wird diese grundsätzliche Idee einer Armee aus den Augen verloren, verliert sie über kurz oder lang genau diese grundlegende Fähigkeit. Ähnliches könnte auch mit der Entwicklung der Universitäten und Fachhochschulen passieren, wenn deren grundlegende Idee zugunsten modischer Erscheinungen und günstiger Gelegenheiten geopfert wird.

## Allgemeine Überlegungen zur hochschulischen Bildung

Unter Heranziehung philosophischer und rechtswissenschaftlicher Betrachtungen sollen nun einige Aspekte hochschulischer Bildung ausgeleuchtet werden. Da die Ausgangssituation von den Fakten im ÖBH definiert ist, werden zur Erläuterung Beispiele aus diesem Umfeld verwendet; v.a. wird Bezug genommen auf die Gestaltung einer fachhochschulischen Ausbildung.

Festzuhalten ist gleich zu Beginn, dass es in Österreich keine

systematische Unterscheidung zwischen Universitäten und Hochschulen gibt. Auch das Promotionsrecht ist kein taugliches Instrument, zwischen Hochschulen und Universitäten zu differenzieren, da beispielsweise die Universität zur Weiterbildung in Krems zwar den Namen „Universität“ in ihrer Bezeichnung führt, aber keine Regelstudien anbieten darf und auch kein Promotionsrecht besitzt.<sup>5)</sup> Demgegenüber besaßen die „Technischen Hochschulen“ schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts das Recht, Dokorate zu vergeben, wurden jedoch erst 1975 in „Technische Universitäten“ übergeführt. Auch die traditionell als „Hochschulen“ bezeichneten Ausbildungsstätten für Kunst und Musik auf tertiärem Niveau wurden erst mit dem Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten der Künste (KUOG 1998) zu „Kunstuniversitäten“, sie hatten aber bereits seit Mitte der 1980er-Jahre das Promotionsrecht.<sup>6)</sup> Zur begrifflichen Unterscheidung wird daher in diesem Aufsatz „Hochschule“ als Sammelbegriff für Universitäten und Fachhochschulen verwendet. Zur erforderlichen Differenzierung wird jeweils

zwischen Universitäten und Fachhochschulen bzw. universitärer und fachhochschulischer Ausbildung unterschieden.

Seit 1994 ist es in Österreich möglich, fachhochschulische Ausbildung bis zur Ebene eines Diplomstudiums anzubieten. Das bedeutet, dass der Abschluss dieses Niveaus direkt die Berechtigung zum Eintritt in ein Doktoratsstudium gibt. In weiterer Umsetzung des Bologna-Prozesses ist es auch im Fachhochschulbereich möglich, das Diplomniveau in einen Bachelor- und Masterstudiengang aufzuteilen. Die nach diesen gestuften Studien erreichten akademischen Grade sind ohne den bisher erforderlichen Zusatz für Fachhochschule „(FH)“ zu führen und im öffentlichen Dienst



grundsätzlich den Abschlüssen an einer Universität gleichgestellt. Auch wenn im Ergebnis die formale Gleichstellung gesetzlich sichergestellt ist, gibt es doch zwischen einer universitären und fachhochschulischen Ausbildung Unterschiede, auf die in weiterer Folge eingegangen werden soll - Unterschiede, auf die schon bei der Gesetzeswerdung<sup>7)</sup> des FHSStG hingewiesen wurde und die es auch logisch geben muss, wenn ein differenziertes Bildungssystem Ziel der bildungspolitischen Überlegungen ist. Die Schaffung neuer gesetzlicher Bestimmungen zur postsekundären Ausbildung ohne entsprechende Differenzierung zu den bestehenden Gesetzen machte keinen Sinn. Für Ada Pellert wurde der Fachhochsektor gegründet, um besser als Universitäten auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren zu können und die berufspraktische Ausbildung zu forcieren, wobei zusätzlich Selektionsmöglichkeit und starke Strukturierung der Lehrpläne einen Studienabschluss in der dafür vorgesehenen Zeit erlauben.<sup>8)</sup>

Beide Hochschulsysteme stehen nach Pellert vor der Herausforderung, dem Lehren und Lernen verstärkte Beachtung zu schenken. Nicht das statische Wissen steht im Vordergrund, sondern der Prozess des Lernens selbst. Das erworbene Wissen soll Reflexion, Orientierung und Handlungsfähigkeit erlauben und somit auch zur Motivation beitragen, ständig weiter zu lernen. Weg von der Vollständigkeit der Quellen des Wissens soll Zielsetzung einer hochschulischen Ausbildung das Erlernen von Argumentation, Kontextualisierung und Evaluierung von Wissen sein.<sup>9)</sup> Eine Evaluierung von Wissen, die auf Reflexion beruht und die nach Klaus Landfried zur Übernahme der Verantwortung der getätigten Handlung befähigt.<sup>10)</sup> Würden beispielsweise die Berufsoffiziere in ihrer Ausbildung nur das militärische Handwerk erlernen, fehlte ihnen das Wissen, das erforderlich ist, um die Verantwortung für ihr Tun übernehmen zu können. Das Wissen anderer Disziplinen ist damit konstitutiv für die Bildung und verantwortliche Berufsausübung der Offiziere.

Was ist nun dieses Verbindende und auch Angestrebte, das mit dem Begriff „hochschulisch“ verknüpft wird? Es stellt sich somit am Beginn die Frage nach dem Inhalt der Begriffe „hochschulisch“ und „Hochschulniveau“. Grundsätzlich könnte jede Ausbildung als hochschulische bezeichnet werden, die an Hochschulen stattfindet. Demzufolge hätte jeder Absolvent dieser Ausbildung Hochschulniveau aufzuweisen. Das wäre zu trivial und ließe außer den formalen Aspekten - Einstieg mit dem Nachweis der allgemeinen Universitätsreife und Abgang mit einem akademischen Grad - auch keine Hinweise zu, warum dann die einen Ausbildungsstätten als Hochschulen bezeichnet werden und die anderen nicht. Wobei nicht einmal diese Unterscheidung tatsächlich korrekt möglich wäre, denn Kollegs werden nach der Matura besucht, bieten aber das Wissen zur Matura, und so genannte postgraduale Lehrgänge - gemeint sind damit Universitätslehrgänge oder Lehrgänge universitären Charakters - können sogar vereinzelt ohne den Nachweis allgemeiner Universitätsreife besucht werden, und auch der Zusatz „Diplom“ weist nicht immer auf ein abgeschlossenes Hochschulstudium auf Diplommiveau hin. Es ist somit nach konsistenteren Kriterien zu

suchen. Implizit und unter Adaptierung der Aussage Kants zum Erkenntnisgewinn stellt sich damit die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit, Hochschulniveau zu erwerben. Diese Frage richtet sich v.a. an die institutionellen Voraussetzungen. Davon können dann auch die zu erwartenden Fähigkeiten hochschulisch gebildeter Absolventen abgeleitet werden.

## Bedingungen hochschulischer Ausbildung

Ausgehend vom schulischen Unterricht werden die Unterschiede zur hochschulischen Lehre entwickelt, wobei auch hier die Verbindung von philosophischer und rechtswissenschaftlicher Darstellung hergestellt wird. Dies im Bewusstsein dessen, dass gültiges Recht sowohl Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses ist als auch diesen Prozess entscheidend mitgestalten kann. Wissenschaft als gesellschaftliches Phänomen ist von diesen Abhängigkeiten grundsätzlich nicht entkoppelbar und muss sich daher sowohl ihrer möglichen Gefangennahme durch gesetzliche Bestimmungen als auch sich ihrer, durch die Gesetze eingeräumten, Möglichkeiten stets bewusst sein.



Während des Vorbereitungssemesters an der Theresianischen Militärakademie soll die Eignung der Berufsoffiziersanwärter zum Truppenoffizier festgestellt werden (hier: beim Abseilen an einer Felswand). Ziel der Teilnehmer ist es, einen der 99 Studienplätze zu ergattern.

Hochschulische Ausbildung ist einmal von schulischer Ausbildung abzugrenzen, wie sie an den Ausbildungsstätten im Sinne des Schulorganisationsgesetzes 1962 (SchOG)<sup>11)</sup> stattfindet. Die Frage anders gewendet wäre also: Welche Ausbildung wird von Hochschulen erwartet, wenn es auch bereits die Aufgabe des Schulsystems ist, die „Jugend mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten und zum selbsttätigen Bildungserwerb zu erziehen“, <sup>12)</sup> und die Hochschule mehr leisten soll? Da auch den im Schulsystem tätigen Lehrern die Aufgabe zukommt, „den Lehrstoff des Unterrichtsgegenstandes dem Stand der Wissenschaft entsprechend“ zu vermitteln,<sup>13)</sup> muss es an Hochschulen um mehr gehen, als auf dem Stand des erforschten und kanonisierten Wissens zu sein. Um für die Lehre bzw. den Unterricht auf dem Stand der Wissenschaft zu sein, ist nicht „Forschung“ im hier gemeinten und weiter unten erläuterten



Sinn erforderlich. Lehrende müssen demnach selbst forschen, also Neues schaffen, wollen Sie nicht auf der Stufe „Stand des Wissens“ bleiben und somit ausschließlich fremdes Wissen darstellen. An Hochschulen muss also selbst geforscht werden.

### Verbindung von Forschung und Lehre

Die Verbindung von Forschung und Lehre kann als ein wesentliches Element für hochschulische Bildung angesehen werden, wobei Pellert dabei von einem „konstitutiven“<sup>(14)</sup> Aspekt für den Hochschulsektor ausgeht. In dieser allgemeinen Formulierung trifft es auch das, was in den Gesetzen formuliert ist, da sowohl im Fachhochschulbereich als auch an Universitäten, einschließlich den akkreditierten Privatuniversitäten und der Universität für Weiterbildung in Krems, eine Forschungs- und Lehrverpflichtung besteht. Diese besteht jedoch in unterschiedlicher Ausprägung, wie an Hand der weiteren Erläuterungen gezeigt werden kann. Sowohl im Fachhochschulbereich als auch im universitären Bereich ist diese Verbindung prinzipiell in der Person herzustellen und nicht nur auf Ebene der Institution. Das fixe Trennen einer Institution in einen Lehrkörper und einen Forschungskörper verunmöglicht die erforderliche Verbindung von Forschung und Lehre im Sinne einer hier beschriebenen Hochschule. Erst aus dieser Verbindung heraus ist forschungsgeleitete Lehre möglich und kann dann ein Wissen entstehen, gepflegt und angeboten werden, dessen Komplexität aus didaktischen Gründen nicht vereinfacht werden muss. Es ist somit ein anderes Konstrukt von Wissen, das an Hochschulen gelehrt werden kann und gelehrt wird, denn Wissen wird nach Bernhard Rathmayr für den Schulunterricht vereinfacht, in der Komplexität durch das Wegschneiden der Zusammenhänge reduziert und so v.a. auf das Lernbare gekürzt.<sup>(15)</sup> Wissen wird für den Schulunterricht zudem auf die Zielsetzungen der Gesellschaft ausgerichtet und steht auch aus diesem Grund nicht in seiner Gesamtheit zur Verfügung.

### Rechtswissenschaftliche Aspekte

Wissen frei von allen Zwängen erforschen zu können und dieses dann auch noch veröffentlichen zu dürfen, ist keine Selbstverständlichkeit. Diese Möglichkeit ist in Österreich verfassungsrechtlich abgesichert. Ob in Diktaturen dieses Recht an Hochschulen besteht, wird bezweifelt, wenn beispielsweise das Wissen um die eingeschränkte Zugangsmöglichkeit zum Internet in diesen Ländern umgelegt wird. Diese Verfassungsgarantie beruht auf dem Abs. 1 des Art. 17 des Staatsgrundgesetzes von 1867 (StGG): „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“<sup>(16)</sup> Über die Auswirkungen dieser Aussage herrscht nach Friedrich Koja in Lehre und Rechtsprechung Übereinstimmung. Damit wird die freie Ausübung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre gegenüber allen möglichen Eingriffen in diese qualifizierte menschliche Tätigkeit geschützt. Wird es einer Person untersagt, irgendwelche wissenschaftliche Forschung zu treiben oder wissenschaftliche Publikationen zu verbreiten, so liegt eine Verletzung dieses Grundrechtes vor. Der Verfassungsgerichtshof hat aber auch klargestellt, dass nur eine wissenschaftliche Tätigkeit durch den Art. 17 StGG geschützt ist.<sup>(17)</sup> In den Erläuterungen zu diesem Paragraphen stellt Martha Seböck unter Bezugnahme auf Walter Mayer fest, dass damit ein „Individualgrundrecht der einzelnen Forscherin oder des einzelnen Forschers“ festgelegt wird, das „absolut“ ist und „weder durch Gesetz noch durch Verwaltungsakt eingeschränkt“ werden darf.<sup>(18)</sup> Es handelt sich dabei weniger um ein Recht einer Institution, sondern es ist vielmehr die Formulierung einer Bedingung an den einfachen Gesetzgeber, „den Trägern von Forschung und Lehre eine freie

Ausübung dieser Rechte“ zu ermöglichen.<sup>(19)</sup> Die in weiterer Folge aufgezählten Tatbestandsmerkmale des Begriffes „Wissenschaft“ erlangen deswegen besondere Bedeutung.

Eine wissenschaftliche Forschung ist nach Binder charakterisiert durch folgende fünf Merkmale:

- a) Auswahl des Forschungszieles;
- b) Ausarbeitung eines zielführenden Forschungsplanes;
- c) Forschungsdurchführung;
- d) systematische Darstellung der Erkenntnisse und
- e) Interpretation dieser.<sup>(20)</sup>

Da die Lehre das Mittel ist, das Erforschte zu vermitteln, kann sie sich nur dann auf den Grundrechtsschutz berufen, wenn sie Erkenntnisse aus einem Forschungsprozess zum Gegenstand hat. Wenn Inhalte der persönlichen wissenschaftlichen Forschung zum Gegenstand der Lehrmeinung werden, ist damit das Wesen der wissenschaftlichen Lehre definiert.<sup>(21)</sup> „Lehre aus Forschung“ ist folglich die Besonderheit einer „universitären Lehranstalt“<sup>(22)</sup> und somit auch ein wesentlicher Unterschied zur fachhochschulischen Ausbildung. Ergänzend ist anzufügen, dass natürlich auch die Publikation der Forschungsergebnisse außerhalb der Lehre diesen Schutz genießt und damit auch den Kriterien der Publizität und Kritikoffenheit im Sinne der Wissenschaftlichkeit entsprochen werden kann.

### Wissenschaft und Forschung

Ausgehend von der dargestellten erforderlichen Verbindung von Forschung und Lehre werden nun einige Überlegungen zum Begriff „Wissenschaft“ dargelegt, soll doch die Forschung wissenschaftlichen Kriterien entsprechen; auch wird gerne von wissenschaftlichen Hochschulen gesprochen. Da in diesem Aufsatz nicht eine umfassende wissenschaftstheoretische Explikation des Begriffes „Wissenschaft“ angestrebt wird, sollen zumindest kurssorische Bemerkungen die hier verwendete Bedeutung des scheinbar so geläufigen Begriffes sichtbar machen.

Die prinzipielle Offenheit für weitere Entwicklung in der wissenschaftlichen Gemeinschaft erlaubt und ermöglicht es nicht, eine abschließende Definition des Begriffes anzubieten, wobei Juristen auch auf die mögliche Auffassung vom „Definitionsverbot“<sup>(23)</sup> hinweisen. Diese Unabschließbarkeit der Begriffsdefinition drückt auch Ulises Moulines aus, wenn er feststellt, „...dass eine fundierte Einigung auf universelle Kriterien der Wissenschaftlichkeit bis zum heutigen Tage nicht in Sicht ist.“<sup>(24)</sup> Ein paar grundlegende Aspekte können aber fixiert werden. Die folgende Erläuterung ist an eine Dreiergliederung angelehnt, die Jürgen Mittelstraß entwickelt hat.<sup>(25)</sup>

### Wissenschaft als Erkenntnisform

Wissenschaft kann zuerst als „eine bestimmte Erkenntnisform“<sup>(26)</sup> als ständige Suche „nach wirklicher Einsicht“<sup>(27)</sup> angesprochen werden. Das damit gesammelte Wissen unterscheidet sich von Alltagswissen, das auch mit einer eigenen Begriffswelt erfasst wird. Diese angesprochenen wissenschaftlichen Begriffe haben eine entsprechende Schärfe aufzuweisen, um keine falschen Rückschlüsse zuzulassen. Die Konsequenz daraus ist, dass diese oft mit der Alltagssprachlichen Bedeutung nichts oder nur mehr wenig gemein haben.<sup>(28)</sup> Für Jürgen Mittelstraß gehören „sprachliche (begriffliche) Klarheit, Nachprüfbarkeit und Begründungspflicht zu den Prinzipien der Wissenschaftlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung. Sie gehören auch zu den Prinzipien einer wissenschaftlich orientierten Lehre und eines wissenschaftlich orientierten Lernens.“<sup>(29)</sup> Die angeführte Begründungspflicht im Wissenschaftsprozess weist hin auf die geforderte Argumentationsfähigkeit im

wissenschaftlichen Diskurs. Diese ist nicht gleichzusetzen mit dem Vertreten einer Meinung. Eine Meinung entzieht sich dem Argument, ist nicht diskussionsfähig und baut nicht auf logisch verbundenen Sätzen auf.

Wissenschaftliche Kompetenz - oder „Meisterschaft“, wie es Mittelstraß nennt - drückt sich nicht nur an der Anzahl der gelösten Probleme, sondern v.a. in der Fähigkeit aus, Probleme exakt formulieren zu können. Diese Ausrichtung soll helfen, Probleme und Problementwicklungen frühzeitig zu erkennen.<sup>30)</sup> Fragen stellen, als der Beginn jeder wissenschaftlichen Beschäftigung mit einem Thema, setzt die Möglichkeit voraus, über das bisherige Denkschema hinaus Überlegungen anstellen zu dürfen. Fragen stellen bedeutet nach Antworten zu suchen. Dies ist per Definition im Wissenschaftsbereich ein offener Prozess, an dessen Ende auch unerwartete oder unerwünschte Antworten stehen können, die sowohl zu neuen Fragen Anlass geben als auch nahe legen können, das bisher Gewusste zu verwerfen. Für Rathmayr hat Denken demnach auch Vorrang vor Wissen, und die Suche nach Wahrheit ist wichtiger als die Wahrheit. Dies ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass nicht das Bestehen auf Dogmen das Wesentliche ist, sondern die Übermittlung von Neuigkeiten.<sup>31)</sup> Dieses „Nicht-Bestehen“ auf Dogmen ist gerade im militärischen Bereich, der mittels Vorschriften und Erlassen wesentliche Bereiche der Ausbildung steuert, besonders heikel und herausfordernd, aber deswegen nicht weniger wichtig, wenn hochschulische Ausbildung intendiert wird. Der Prozess des disziplinierten Denkvorganges wird hiermit in den Vordergrund gestellt - ein Kriterium nicht nur der Hochschulbildung, sondern jeder Schulbildung.

### Wissenschaft als besondere Organisationsform

Ein weiteres Merkmal, das Wissenschaft von anderen Erkenntnisformen unterscheidet, ist die Art der Organisation in inhaltlicher, struktureller und methodischer Hinsicht. *„Institutionell spiegelt sich diese straffe Organisation der Wissenschaft in den verschiedenen Disziplinen wider; in die sich unterteilen lässt und die wir in den Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen wieder finden - alle mit ihren jeweiligen spezifischen Begriffen, Theorien, Forschungsmethoden.“*<sup>32)</sup> Die Disziplinen sind Ausdruck möglicher unterschiedlicher Betrachtungsweisen auf einen Sachverhalt. Das Zusammenführen verschiedener Aspekte eröffnet die Chance, einen Sachverhalt - der vordergründig als Einheit auftritt - angemessen bewerten zu können. Die Organisation unterschiedlicher Disziplinen in einer Institution gibt der Universität auch die Bedeutung einer Einheit der Vielfalt. Für Rathmayr sind die Universitäten *„der Wissenschaft verpflichtet, nicht dem Wissen, das heißt, der Wissenskultur in ihren gesamten Dimensionen“*.<sup>33)</sup> Es geht somit um die Tradierung, die Ordnung der Wissensbestände in ihrer gesamten Vielfalt und Komplexität, Darstellung der Kritik des Wissens, der Verbreitung dieses kritischen Wissens und die Adaption des Wissens in mögliche Handlungsvollzüge.<sup>34)</sup> Diese Umsetzung des Wissens in konkrete Tätigkeiten ist nach jeder hochschulischen Ausbildung erforderlich, was nicht ausschließt, dass nicht auch unmittelbar anwendbares operatives Wissen erworben wird. Handlungen haben von außen betrachtet nicht in sich das Merkmal der „Wissenschaftlichkeit“. Messgeräte aufzustellen und Daten abzulesen, einen Vortrag vorzubereiten, jemandem aufmerksam zuzuhören oder die Körpertemperatur zu messen sind triviale Tätigkeiten, für die der so genannte Hausverstand durchaus als ausreichende Qualifikation bezeichnet werden kann. Die Theorie hinter dem Aufstellen der Messgeräte - somit die gestellte Frage - und die anschließende Interpretation der Ergebnisse erlauben es dann, diesen Handlungskomplex in

einen wissenschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Dasselbe gilt auch für die einem Gespräch zu Grunde liegende Theorie und den Reflexionsgrad der gestellten oder nicht gestellten Fragen usw. Das Zusammenstellen des Mittagmenüs kann wissenschaftlichen Erkenntnissen der Ernährungslehre entspringen - die Tätigkeit der Zubereitung selbst bleibt immer eine handwerkliche.

Die Unterscheidung von explizitem Wissen, definiert als klar beschreibbares und damit einfach darstellbares und lehrbares Wissen, und implizitem Wissen, definiert als Erfahrungswissen und damit nicht oder nur sehr schwer sprachlich vermittelbares, sondern hauptsächlich in der direkten Begegnung erlebbares Wissen, gibt einen Hinweis auf die Bedeutung und den Zusammenhang von Theorie und Praxis in der hochschulischen Bildung.<sup>35)</sup> Die Anlage eines Forschungsdesigns ist rasch auf Power point präsentiert, die Schwierigkeiten in der Umsetzung können in der Praxis erkannt werden, und nur ein Lehrer mit Erfahrung im Forschen kann tatsächlich die Praxis des Forschens erfahrbar machen und somit auch das implizite Wissen demonstrieren.

Für Mittelstraß ist Universalität Voraussetzung des wissenschaftlichen Wesens einer Universität, wobei das notwendige Maß an Universalität grundsätzlich von den Ein-Fakultäten-Hochschulen oder Ein-Disziplinen-Universitäten nicht erfüllt wird,<sup>36)</sup> denn diese bilden kein universitäres, sondern ein Schulbewusstsein aus, und akademische Provinz ist die Folge.<sup>37)</sup> Ähnlich argumentiert auch Lothar Zechlin. Für ihn sind die Privatuniversitäten, die üblicherweise obiges Kriterium erfüllen, in der Regel *„reine Business Schools, also der Sache nach Fachhochschulen, die den Namen ‚Universität‘ nur aus Imagegründen und eben deshalb zu Unrecht tragen“*.<sup>38)</sup> Die Etablierung von reinen Fachuniversitäten macht es erforderlich, im Gegenzug dazu auch von Volluniversitäten zu reden. Ein Erfordernis, das jedoch erst durch die Ausweitung des Begriffes „Universität“ notwendig wurde. Eine Begriffsaufweichung, die entsteht, ja entstehen muss, weil die Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Hochschuleinrichtungen, wie sie beispielsweise in den USA bekannt ist, in Österreich nicht verfügbar ist.<sup>39)</sup>

### Wissenschaft als Lebensorientierung

Wissenschaft als Lebensorientierung setzt in einer weiteren und hier abschließenden Bedeutung nach Mittelstraß ein wahrheitssuchendes Subjekt voraus, das in der Lage ist, in der Kombination von unterschiedlichen Wissensformen nach der Wahrheit zu suchen.<sup>40)</sup> Mit Werner Lenz kann dieses Suchen nach Wahrheit auch als Bildung bezeichnet werden, denn Bildung verlangt nach Auseinandersetzung über das, was mit uns vorgeht, Kritikfähigkeit, um langfristige Entscheidungen bewerten zu können, Urteilkraft, um Einzelheiten von Zusammenhängen unterscheiden zu können und soziale Verantwortung, um die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Individuen und gesellschaftlichen Vorgängen bewusst zu machen. Bildung soll so helfen, einen Standpunkt zu finden, macht kritik- und argumentationsfähig und stärkt somit die eigene Urteilkraft. Eine derart verstandene Bildung ist gekennzeichnet durch das Suchen von Zusammenhängen, das Beachten von Konsequenzen über das unmittelbare Ergebnis hinaus, das Abwägen von Argumenten.<sup>41)</sup> In dieser dargestellten Form wird Wissenschaft als Lebensorientierung eine erwartbare und erwartete Fähigkeit von Absolventen hochschulischer Bildung.

### Rechtswissenschaftliche Aspekte

Bezogen auf die Freiheitsgarantie nach Art. 17 Abs. 1 StGG sind Juristen auf der Suche nach einem formellen Rechtsbegriff „Wis-

senschaft“. Wenger/Winkler halten in diesem Sinne an folgenden Wesensmerkmalen fest:

„a) *theoretisches Erkenntnisziel und persönliche Verantwortung*;

b) *rational nachvollziehbare Arbeitsmethode*;

c) *hinreichender Fächerüberblick*;

d) *Publizität und Kritikoffenheit der Ergebnisse gegenüber der Fachwelt*.“<sup>42)</sup>

Juristisch gesehen geht es dabei um die Beschreibung von Tatbestandsmerkmalen, die die wissenschaftliche Tätigkeit von nichtwissenschaftlicher unterscheidbar machen sollen. Es sind aus rechtswissenschaftlicher Sicht aber auch keine inhaltlichen Kriterien zu definieren, da dadurch in die Zuständigkeit der anderen Fachwissenschaften eingegriffen werden würde.<sup>43)</sup>

Interessant ist der Aspekt des hinreichenden Fächerüberblicks, wenn darunter nicht nur die Kompetenz des habilitierten Lehrpersonals an Universitäten verstanden wird. Die Frage stellt sich beispielsweise, wie im Rahmen einer Diplom- oder Masterarbeit, so diese die oben angeführten Kriterien der Wissenschaftlichkeit erfüllt, der hinreichende Fächerüberblick nachgewiesen wird. Wenn das

Dieser Aspekt wäre auch ein mögliches Argument der Universitäten gegenüber den fachhochschulischen Einrichtungen, bezogen auf die Qualität der Abschlussarbeiten. An Universitäten betreuen bis auf wenige Ausnahmen Habilitierte Diplom- oder Masterarbeiten, also Personen, die ausgewiesene Experten in ihrem Fachgebiet sind. Im Fachhochschulbereich betreuen bis auf wenige Ausnahmen keine Habilitierten die Abschlussarbeiten. Es bedarf jedoch einer differenzierteren Betrachtung. Wird die spezifische Wissensorganisation des betreffenden Berufsfeldes als Kriterium hinzugefügt, so ist das bereits weit weniger dramatisch, da Lehrende des betreffenden Berufsfeldes eines Fachhochschul-Studienganges auch ohne das formale Kriterium einer *venia docendi* Expertenstatus im Fachbereich der anstehenden Arbeit haben können. Wenn die erforderliche Qualifikation zur Betreuung einer Diplomarbeit jedoch unterhalb einer Promotion angesiedelt ist, fehlt jedenfalls der Nachweis der Befähigung, ein Thema in einem bestimmten Fachgebiet selbstständig wissenschaftlich bearbeiten zu können. Im Zuge der Einführung von Bachelor- und Masterstudien gibt es an Universitäten Überlegungen, Bachelorarbeiten durch Promovierte betreuen zu lassen, was also wiederum eine um zwei Stufen höhere Qualifikation des Betreuers gegenüber dem Lerner bedeutet. Outputorientierung - ein Schlagwort des Bologna-Prozesses - ist somit untrennbar verbunden mit der Qualität des Inputs; hier verstanden als verfügbares Wissen eines Betreuers und im konkreten Fall nur abgeleitet am Kriterium des hinreichenden Fächerüberblicks einer Diplom- oder Masterarbeit.

Analoge Gedankengänge ließen sich auch führen hinsichtlich der Kriterien Publizität und Kritikoffenheit.

### Konkrete Hinweise zur Studiengestaltung

Wissenschaftsfreiheit im Sinne des Art. 17 StGG heißt somit Freiheit in folgenden Dispositionen:

„a) *Wahl des Forschungs- und des Lehrgegenstandes*;

b) *Wahl der Forschungs- und der Lehrmethoden*;

c) *Aufzeichnung und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sowie Vertretung von Lehrmeinungen*.“<sup>44)</sup>

Zusammenfassend ist somit festzuhalten, dass Nachvollziehbarkeit, begründete Auswahl

des Gegenstandes, der Methode, eines Inhaltes und somit die auf Argumenten gestützte Vorgangsweise und deren Rechtfertigung im Rahmen einer Veröffentlichung konstitutive Elemente einer wissenschaftlichen Herangehensweise darstellen. Beliebigkeit hat in diesem Prozess keinen Platz. Die Wissenschaftsfreiheit muss nach Peter Pernthaler in der Ausgestaltung der Lehrfreiheit „*vor allem die ‚Struktur der universitären Studiengänge, aber auch der akademischen Prüfungen prägen‘, damit sie tatsächlich verwirklicht werden kann*“.<sup>45)</sup> Eine Herausforderung, die sicherlich auch auf den Fachhochschulbereich zutrifft, in Analogie dazu die Studienstruktur und Prüfungsmodalitäten zu gestalten. Prüfungsgestaltung und Prüfungsbewertung müssen natürlich den Kreis schließen zu den hochschulischen Kriterien und sollen Denken, Argumentieren, Begründen etc. prüfen und nicht die Merkfähigkeit bestimmter Fakten, die ohnehin in Bälde wieder überholt sind. Die Beschreibung



Auch für Zivilisten und Quereinsteiger bietet der FH-Studiengang „Militärische Führung“ Platz. Interessierte Bewerber können sich über den achtsemestrigen Diplomstudiengang (hier auf der Berufs- und Studieninformationsmesse) beraten lassen.

verfügbare Wissen nachgewiesen werden soll, geht das nur über die Darstellung der unterstützenden und widersprechenden Argumente für einen Gedankengang. Die Dokumentation der verwendeten Grundlagen dafür muss sich im Literaturverzeichnis widerspiegeln. Hinreichender Fächerüberblick ist nach diesem Gedankengang mit einem Blick auf das Literaturverzeichnis für einen Fachmann abschätzbar und nach dem Studium der Arbeit auch beurteilbar. Er ist aber gleichzeitig auch nur für einen Fachmann überprüfbar. Die Qualität des Betreuers einer wissenschaftlichen Arbeit in Hinblick auf den fachspezifischen Überblick kann somit entscheidenden Einfluss auf dieses Kriterium haben und ist von alleiniger Relevanz, bezogen auf die Beurteilung des in Rede stehenden Fächerüberblicks. Dieses Argument impliziert natürlich, dass der Betreuer den Probanden während der Erstellung der Arbeit auf wesentliche fachliche Mängel hinweist und somit fördern will.



hochschulischer Kriterien ist ein erster Schritt, die Erarbeitung von Merkmalen zum Erkennen dieser ist ein weiterer und die Abstimmung von Lehre und Prüfung der konsequent nächste.

Die Ausbildung im Fachhochschulbereich ist gemäß §3 FHStG eine wissenschaftlich fundierte Berufsausbildung. Somit erfolgt die Ausbildung an Fachhochschul-Studiengängen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, bezogen und strukturiert auf ein definiertes Berufsfeld. Dieser für den Fachhochschulbereich konstitutive Begriff „Berufsfeld“ weist trotz aller Unbestimmtheit<sup>46)</sup> über einen konkreten Beruf hinaus. Die Ausrichtung am Berufsfeld ist u.a. auch handlungsleitend für die Entwicklung des Curriculums, das nur schwer die Freiräume eines universitären Studiums beinhalten kann, soll doch ausgehend von der Idee der fachhochschulischen Ausbildung eine straffe Ausbildung organisiert werden. Fachhochschulen sind daher für Hedwig Kopetz „wissenschaftliche Lehranstalten“, zu deren Programm und Erfolgsrezept didaktisch aufbereitete Lehrveranstaltungen und Verschu- lung gehören.<sup>47)</sup> Eine Verschu- lung, die möglicherweise die akademische Muße in den Hintergrund treten lässt und somit die Gefahr in sich birgt, die hochschulischen Kriterien zu vernachlässigen.

Diese enge Bindung an ein Berufsfeld außerhalb der Universität kann an einer Universität im Rahmen von Regelstudien nicht stattfinden, da die Organisation des Wissens in Disziplinen erfolgt und nicht nach Berufsfeldern. Der einzelne Student kann sich im Rahmen eines Studiums Lehrveranstaltungen aus unterschiedlichen Angeboten zu einer für ihn geeignet erscheinenden Kombination zusammenstellen, wobei einschränkend festzustellen ist, dass auch an Universitäten der Freiraum der Studierenden mit der Umstellung auf die Bologna-Architektur stark beschnitten wird. Der vortragende Professor wird aber immer der Logik seiner Disziplin und nicht der Logik der angepeilten Berufe folgen. Es wäre auch nicht anders möglich, wenn man in Betracht zieht, dass an einer Vorlesung über Soziologie erstens nicht nur zukünftige Soziologen mit ebenfalls unterschiedlichen beruflichen Aussichten teilnehmen, sondern auch Hörer anderer Studienrichtungen, die die Erkenntnisse einer anderen Wissenschaftsdisziplin zur Erweiterung ihres Horizonts und damit ihrer Reflexionsmöglichkeiten nutzen möchten. Eine „Anwendungsorientierung“ ist im Sinne einer beispielhaften Erläuterung der Theorie möglich und findet auch statt, kann aber nur zufällig Bezug zu einem zukünftigen Tätigkeitsfeld eines Hörers haben.

Die Orientierung an einem konkreten Berufsfeld findet auch ihren Niederschlag in den Anforderungen an den Lehrkörper einer fachhochschulischen Ausbildung. Eine praxisbezogene Ausbildung auf Hochschulebene soll u.a. auch sichergestellt werden durch die Zusammensetzung des Lehrpersonals, das wissenschaftlich, berufspraktisch und pädagogisch-didaktisch qualifiziert sein muss. Lehrpersonal an Universitäten ist v.a. durch wissenschaftliche Qualifikation ausgewiesen und hat durch die Verpflichtung zur Forschung

berufspraktische Erfahrung als Forscher. Zechlin, der die gängige Trennung zwischen Universität und Fachhochschule in wesentlichen Punkten in Abrede stellt, begründet dies bei der Lehrqualifikation damit, dass an Universitäten auch Praktiker - v.a. im Rahmen von Universitätslehrgängen - unterrichten.<sup>48)</sup> Entscheidend ist hier der Hinweis „Universitätslehrgänge“, was bedeutet, dass in Regelstudien genau diese Praktiker nicht zum Einsatz kommen oder die Ausnahme sind, die die Regel bestätigen, wobei Zechlin hier von Praktikern außerhalb des Forschungsbereiches spricht, also im Sinne der Berufsfeldorientierung des Fachhochschulbereiches.

Da die Ausbildung an den Universitäten eine durch die Wissenschaft ist, sind es die Gesetze der Wissenschaft selbst, die für die didaktische Gestaltung der wissenschaftlichen Lehre als Bezug dienen. In Konsequenz des bisher Ausgeführten bedeutet das, dass sich die Logik der universitären Lehre und somit die Logik der Argumente nach den Regeln der jeweiligen wissenschaftlichen



Schon ab dem ersten Semester werden die entscheidenden Fähigkeiten der zukünftigen Führungskräfte geschult. Das beinhaltet etwa die selbstständige Problemanalyse, das Entwickeln von Lösungen und den Einsatz im internationalen Raum. Sowohl in der Theorie, ...

Disziplin zu orientieren hat, wofür es nach Mittelstraß keiner besonderen Didaktik als Institution oder Fach bedarf,<sup>49)</sup> was einen didaktischen Umgang mit Wissen nicht von vornherein ausschließt, aber auch nicht der Ausgangspunkt einer universitären Lehre ist.<sup>50)</sup> Ein Professor hat daher das Theoriegebäude seiner Disziplin oder seines Faches zu beherrschen. Handwerkliche Kenntnisse aus dem Bereich der Rhetorik und Präsentationstechnik können dabei ganz zweifellos den Vermittlungs- und Aneignungsprozess unterstützen. Deren mehr oder weniger routinierte Anwendung und der Nachweis des Beherrschens der neuesten Präsentationsmedien sind kein Ausdruck eines hochschuldidaktischen Verständnisses und entsprechen auch nicht dem, was Herbert Altrichter im Folgenden anspricht.

Herbert Altrichter argumentiert, dass der wachsende Konkurrenzdruck durch Alternativangebote im tertiären Bildungsbereich und die verpflichtende Lehrevaluierung mit den ableitbaren Konsequenzen in Richtung Lehrqualität die Bedeutung der Hochschuldidaktik steigen lassen wird und fordert als Mindeststandard u.a. ein Überschreiten der fachdisziplinären Grenzen bei der Gestaltung der Studienangebote. Damit würde die Bedeutung der Lehre entspre-

chend betont.<sup>51)</sup> Eine sich abzeichnende Verschulung von Universitäten steht nach Kopetz im Widerspruch zur Verfassungsgarantie von Wissenschaftsfreiheit und auch im Widerspruch zur Normierung der Verbindung von Forschung und Lehre.<sup>52)</sup>

Auch wenn die Freiheit der Wissenschaft nach Art. 17 Abs. 1 StGG jedermann zusteht, der wissenschaftlich tätig ist, kann damit der Umfang der Lehrfreiheit im Fachhochschulbereich nicht festgestellt werden, da es dabei um die Frage geht, „*ob sich der Lehrbeauftragte bei der Erfüllung der ihm übertragenen Lehraufgaben auf dieses Grundrecht berufen kann*“. <sup>53)</sup> „*Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit schützt sachlich die wissenschaftliche Lehre sowie die eigenständige Forschung; wissenschaftliche Lehre ist dabei nur die auf eigenständige Forschung aufbauende Lehrtätigkeit, nicht die bloße Wiedergabe fremder Forschungsergebnisse.*“ <sup>54)</sup> Für Berka spricht das in Summe „*dagegen, die Lehrtätigkeit an Fachhochschul-Studiengängen schlechterdings als wissenschaftliche Lehre im Sinn des Art. 17 Abs. 1 StGG anzusehen*“. <sup>55)</sup> Anwendungsbezogene Forschung muss im Fachhochschulbereich nur von Mitgliedern des Lehrkörpers durchgeführt werden und nicht von jedem Lehrenden. Aus dem Prinzip der Lehrfreiheit gemäß FHStG lässt sich somit kein Recht der Lehrenden auf weisungsfreie Wahrnehmung ihrer Aufgaben begründen. Es verpflichtet die Anweisungsberechtigten jedoch, einen entsprechenden inhaltlichen und methodischen Freiraum zu gewähren.<sup>56)</sup>

Hinsichtlich der Forschungstätigkeit besteht für Prisching die Wissenschaftsfreiheit darin, dass niemand dazu gezwungen werden darf, Aussagen zu tätigen, die nicht durch seine Forschungstätigkeit gedeckt sind oder seinen Forschungsergebnissen widersprechen, wobei auffällt, dass im FHStG nur von Lehrfreiheit und nicht auch von Forschungsfreiheit die Rede ist. Aufgrund der gesetzlich verankerten angewandten Forschung ist davon auszugehen, dass sich der Wissenschaftler in das enge Korsett einer privaten Forschungsanstalt einfügen hat. Die Forschungsfreiheit schließt somit die Verpflichtung mit ein, seine Forschungsanstrengungen in den Gesamtrahmen der Forschung seiner Institution einzupassen.<sup>57)</sup> Das bedeutet, dass im Fachhochschulbereich entsprechend konkrete Vorgaben für die Forschungstätigkeit durch die zuständigen Organe ergehen können und dem Erhalter aus der Sicherstellung dieser Forschungstätigkeit durch die Bereitstellung von personellen und materiellen Ressourcen eine entsprechende Verpflichtung erwächst.

#### **Autonomie - Voraussetzung und Ziel hochschulischer Bildung**

Fachhochschul-Studiengänge werden nur dann anerkannt, wenn der Lehrkörper über eine den Hochschulen entsprechende Autonomie verfügt,<sup>58)</sup> und die Universitäten im Sinne des UG 2002 konstituieren sich gemäß §1 in größtmöglicher Autonomie und Selbstverwaltung. Autonomie wird damit per Gesetz als Merkmal hochschulischer Ausbildung fixiert. Gleichzeitig wird damit auch zum Ausdruck gebracht, dass Autonomie für qualitativ hochwertige Prozesse als erforderlich erachtet wird. Für Berka zählen Fachhochschulen der rechtlichen Konstruktion nach zum gesellschaftlichen Bereich ähnlich den Privatuniversitäten. Sie weisen gegenüber dem Staat, der Träger der Unterrichtshoheit<sup>59)</sup> ist, ein außerordentliches Maß an autonomer Entscheidungsfreiheit auf. Diese staatsgerichtet gewährte Autonomie drückt sich aus in der Kompetenz des Erhalters, der daraus das Recht zur Organisation des Studienganges oder der Fachhochschule ableiten kann. Die im Fachhochschulgesetz verankerte Autonomie einzelner Personen oder Organe ist daher als Ausdruck einer Autonomie gegenüber dem

Erhalter zu interpretieren.<sup>60)</sup> In der Diskussion um die Autonomie des Fachhochschulstudienganges gegenüber dem Erhalter wird aber gerne übersehen, dass es natürlich und zwingend auch eine Autonomie des Lehrpersonals gegenüber dem Studiengangsleiter gibt. Zumindest die Ausprägung einer Autonomie, wie sie auch im Schulbereich verankert ist.<sup>61)</sup>

Der Aspekt der Autonomie soll als Merkmal hochschulischer Ausbildung zum Schluss dieser Darstellung mit einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Der Begriff „Autonomie“ hat, folgt man Alfred Schirlbauer, seinen Ursprung im antiken Griechenland und bedeutet soviel wie Selbstbestimmung. Ausgehend von den Stadtstaaten bis hin zu den autonomen politischen Gruppen am Ende des letzten Jahrhunderts hatte dieser Begriff eine politische Bedeutung und wurde erst durch Kant und in weiterer Folge durch die geisteswissenschaftliche Pädagogik als Ziel einer selbstbestimmten Person im Erziehungsprozess fruchtbar gemacht. Wurde dieser Anspruch auf das Recht und die Ermöglichung zur Selbstbestimmung im Bildungsbegriff als aufgehoben betrachtet, so kam „Autonomie“ im letzten Jahrhundert wieder als Merkmal von Bildungsinstitutionen zur Geltung. In dieser Bedeutung wird sie nicht nur positiv von diesen erlebt, kann doch damit entweder ein „Im-Regen-Stehen-Lassen“ oder eine subtile Form der Herrschaftsausübung verbunden sein.<sup>62)</sup> Autonomie als Zugeständnis eines eigenen Verantwortungsbereiches ist in pädagogischen Beziehungen notwendig, um erfolgreich sein zu können. Aus der Verantwortung des Lehrers gegenüber dem Lerner mit der Möglichkeit der individuellen Reaktionsmöglichkeit ist diese Autonomie zu verlangen. Sie muss aber nicht nur gewährt, sondern auch gewährleistet werden. Autonomie wird so zu einem Auftrag an die Lehrenden und den Erhalter von Ausbildungseinrichtungen. Und das setzt die Sicherstellung entsprechender Mittel voraus, da Autonomie sonst zur Abhängigkeit von anderen Einflussfaktoren führt.

In diesem Sinne entspricht Autonomie im Bildungsbereich dem Prinzip der Auftragstaktik im Bundesheer. Es werden Zielvorgaben gegeben, die Ressourcen beigesteuert - den optimalen Weg jedoch erarbeitet die mit dem Auftrag betraute Person: Delegation von Verantwortung zur Optimierung des Erfolges. Diese Delegation, wird sie verantwortungsbewusst wahrgenommen, schließt aber die Ausstattung mit entsprechenden Ressourcen ein.

Autonomie bedeutet somit nicht grenzenlose Freiheit, sondern Wahrnehmen der Verantwortung innerhalb eines vorgegebenen Rahmens. Am Beispiel der Betreuung einer Diplomarbeit bedeutet dies, dass der Betreuer und Begutachter im Rahmen der vorgegebenen Grenzen frei ist in seiner Beurteilung, aber auch die Verantwortung gegenüber dem Diplomanden, der Institution und dem zukünftigen Arbeitgeber hat. Auch wenn Prisching festhält, dass aus dem Begriff der Autonomie kein Recht auf Bereitstellung von personellen und materiellen Ressourcen abgeleitet werden kann,<sup>63)</sup> so sieht Berka hier sehr wohl Konsequenzen. Auch für den Träger einer Fachhochschul-Einrichtung läuft das für ihn auf die Notwendigkeit einer gediegenen Personalplanung und Personalentwicklung zur Sicherung eines qualifizierten Lehrkörpers hinaus.<sup>64)</sup>

Autonomie als eine Bedingung zur Ermöglichung von Hochschulniveau kann wieder unterteilt werden in einen Aspekt der Institution und einen Aspekt der Person. Für Gertrude Brinek erlangt die Autonomie für den Bereich der Universitäten eine doppelte Bedeutung: erstens die Freiheit von Forschung und Lehre und zweitens die Möglichkeit zur inneren Selbstgestaltung im Rahmen der Kompetenzen der einzelnen Organe.<sup>65)</sup>

Die Freiheit der Auswahl des Forschungszieles und der Lehrinhalte liegt, wie dargestellt, in der Person des Hochschullehrers. Die umfassende institutionelle Autonomie einer Universität ist im UG 2002 verankert und wird bei der Darstellung der Studien, bezogen auf die Curriculumgestaltung, kurz angerissen. Für den Bereich der Autonomie von Organen im Fachhochschulbereich, die aus dem §12 Abs. 2, Z. 5 FHStG abgeleitet werden kann, kommt Berka nach einer Gegenüberstellung unterschiedlicher Betrachtungsweisen zum Schluss, dass die im zitierten Paragraphen garantierte Autonomie „nicht in einer spiegelbildlichen Übernahme der anderen Hochschulen eingeräumten Autonomie liegen kann“. <sup>66)</sup> Autonomie besitzt aber jedenfalls das Entwicklungsteam eines Fachhochschul-Studienganges bezogen auf die fachliche und didaktische Gestaltung des Studienplanes inklusive der Fixierung der Prüfungsordnung. <sup>67)</sup> Die Grenzen für das Entwicklungsteam, die gleichzeitig auch als Vorgaben gesehen werden können, liegen im vom Erhalter definierten Berufsfeld und in den Kriterien einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung auf Hochschulniveau. Die operative Umsetzung des Ergebnisses der Arbeit des Entwicklungsteams liegt in der autonomen Handlungsfreiheit und damit in der vollen Verantwortung des Leiters des Lehr- und Forschungspersonals eines Fachhochschul-Studienganges. Die Autonomie und Verantwortung des Erhalters ist somit untrennbar mit der Autonomie und Verantwortung des Studiengangsleiters verbunden.

Der Aspekt der Person kann wieder unterteilt werden in die Autonomie des Hochschullehrers und die des Studierenden. Diese ist gefordert in der Mitgestaltung des Studiums nach den rechtlichen Möglichkeiten und ist auch Ziel einer hochschulischen Bildung, da Absolventen möglichst selbstbestimmt ihr Wissen erweitern können sollen.

Berka differenziert in seiner Untersuchung zum Bereich der Autonomie diese nach vier Gesichtspunkten:

- a) pädagogische Eigenverantwortlichkeit,
- b) Freiheit der Wissenschaft,
- c) Wirtschaftlichkeitsgebot und
- d) Partizipation der Betroffenen. <sup>68)</sup>

Pädagogische Eigenverantwortlichkeit ist für Berka v.a. ein Ausdruck der Erziehungssituation, die sich in einem personalen Verhältnis äußert und die ganze Person des Lehrers fordert. Dadurch soll die erforderliche Professionalität zum Gelingen des Erziehungsprozesses zum Ausdruck gebracht werden, wobei die gesetzlich verankerte Methodenfreiheit der Lehrer an den Schulen ein Ausfluss daraus ist. Eine curriculare Autonomie, wie sie an Universitäten verfügt ist, und Freiräume im Rahmen der Schulautonomie gehen noch darüber hinaus. Die grundsätzliche Intention des Staates im Bereich des Erziehungs- und Bildungswesens gibt diesem Aspekt aber auch die Grenzen vor. Mit Prisching wird konkretisiert, dass auch unter diesem Aspekt administrative Anordnungen und Anweisungen an das Lehrpersonal, die der Erfüllung des Curriculums dienen, zulässig sind. Dies inkludiert inhaltliche Einschränkungen und Vorgaben bezogen auf die Reihenfolge der abzuhaltenden Lehrveranstaltungen, die Anordnung der Absprache mit Nachbarlehrveranstaltungen, und es schließt die Verpflichtung mit ein, angeordnete Lehrveranstaltungen seines Faches abzuhalten. <sup>69)</sup> Es ist daher zulässig, auf der Einhaltung des Studienplanes und ausformulierter Qualitätsstandards zu bestehen und die Prüfungsordnung durchzusetzen.

Die zweite Funktion von Autonomie nach Berka, Freiheit der Wissenschaft, geht über die pädagogische Freiheit hinaus und fußt

auf der Kultur der Wissenschaft, die sich ausschließlich am Kriterium wahr/falsch orientiert, wobei sich das wesentlichste Fundament dieses Aspekts in der Wissenschaftsfreiheit gem. Art. 17 Abs. 1 StGG findet und verfassungsrechtlich verbürgt ist. Begründet wird dieser Ansatz damit, dass keine wissenschaftsfremden Institutionen über die Wahrheitsfrage entscheiden können. Grenzen findet dieser Ansatz in den immanenten Bedingungen des Wissenschaftsprozesses selbst, mit denen die *scientific community* die internen Normen und Regeln sanktioniert. Das wesentliche Element dieser Wissenschaftsfreiheit ist für Prisching, „dass niemand wegen der Aufstellung eines wissenschaftlichen Lehrsatzes als solchem gerichtlich oder sonst behördlich verfolgt werden darf“. <sup>70)</sup> Wissenschaftsfreiheit ist ein staatsgerichtetes Grundrecht, dessen Schutzwirkung sich auch gegen alle weiteren Kräfte richtet, die dem ernsthaften Versuch des Einzelnen, die wissenschaftliche Wahrheit zu finden, entgegenzutreten wollen. <sup>71)</sup>

Die Funktion des Wirtschaftlichkeitsgebotes zielt nach Berka ab auf eine optimale Nutzung der Ressourcen zur Erzielung einer qualitätsvollen Aufgabenerfüllung. Aus Sicht der Organisationslehre kann die Zuerkennung einer Selbststeuerungsfähigkeit zur besseren Nutzung der verfügbaren Ressourcen führen als eine zentrale Steuerung. Dieser Aspekt der Autonomie hat als Grenze das Erfordernis der Vereinbarung von Qualitätsstandards und zu erreichenden Zielen.

Partizipation der Betroffenen, als letzte genannte Funktion, wird verstanden als Zugeständnis an die Mitwirkungsmöglichkeit aller am Lehr- und Lernprozess Beteiligten, wobei das verantwortliche Mittun das Vorhandensein einer Autonomie voraussetzt, argumentiert Berka. Das Gelingen eines Lehr-/Lernprozesses ist entscheidend beeinflusst von der Mitgestaltungsmöglichkeit des Lerners. Die im UG 2002 verankerte Freiheit des Lernens sollte unter dem Aspekt der Autonomie auch im Fachhochschulbereich zumindest die freie konkrete Wahl des Themas der verlangten Abschlussarbeiten gewährleisten.

### Typische Fähigkeiten von Absolventen hochschulischer Bildung

Bildungsprozesse im hier dargestellten Sinne sollen zu ganz spezifischen Merkmalen der Absolventen führen. Nach einer allgemeinen Darstellung mit weiteren Belegen werden konkrete Beschreibungen von Merkmalen aufgelistet.

Für den ersten Präsidenten des Fachhochschulrates (FHR) Günter Schelling zeichnet sich Hochschulniveau v.a. durch die Fähigkeit zur selbstständigen und kritischen Reflexion der Studierenden aus, <sup>72)</sup> denn hochschulische Lehr-/Lernprozesse haben Wissen im Kontext darzustellen, um so die Entstehung und Reichweite dessen verstehen zu können. Diese Kontextualisierung führt aber auch weg vom rein affirmativen Verhältnis zum vorgefundenen Wissen. Eine kritische Distanz zu den so genannten Fakten ist das Ergebnis, und diese muss sowohl in der Lehre vermittelt als auch vom Lerner verlangt werden. Kritik, Reflexion, Argumentation und Selbstständigkeit sind für Jörg Markowitsch und Emil Simenov vier Fähigkeiten aus einem größeren Pool akademischer <sup>73)</sup> Werte, die für die Studierenden und Institutionen gleichermaßen Bedeutung haben. <sup>74)</sup> Es sind dies Hinweise auf den spezifischen Umgang mit Information und Wissen, die den hochschulisch Gebildeten auszeichnen sollen. Es ist naturgemäß schwierig bis unmöglich, eine kritische Distanz zum vorgefundenen Vorschriftenwissen aufzubauen, wenn gleichzeitig dessen pure Reproduktion im Rahmen der Prüfung verlangt wird.



Richtet sich Kritik nach außen, so richtet sich Reflexion nach innen, also gleichsam wie ein Spiegel auf das eigene Handeln und Denken. Um dieses Tun nicht in die Beliebigkeit abgleiten zu lassen, sind entsprechende Kriterien vorweg oder generell zu formulieren. Es sind Bedingungen zu formulieren, die dann im Sinne einer durchgängigen Argumentation eine nachvollziehbare Bewertung zulassen. Die hochschulische Ausbildung muss somit sowohl den Erwerb der oben angeführten Fähigkeiten als auch die Entwicklung von diesbezüglichen Kriterien ermöglichen. Und die Auswahl dieser Kriterien sollte begründet erläutert werden können, also argumentationsfähig sein. Mit zunehmender Kompetenz, auf akademischem Niveau Argumentationen auszubreiten und Argumentationsketten zu folgen, steigt auch die Selbstständigkeit im Umgang mit Informationen und Wissen. Eine Selbstständigkeit, die, weitab von jeder Beliebigkeit, gebunden ist an die Disziplin im Denken und an das Streben nach Erkenntnis.

Lehrer und Institution gleichermaßen zutrifft. Die Vorstellung von der Bildungshöhe als Pyramide, von deren Spitze aus die distanzierte Betrachtung durchgeführt wird, führt auch zur Einsicht, dass die Grundfläche der Pyramide die erreichbare Höhe beeinflusst. Die Breite des verfügbaren Wissens ist somit ein weiterer Faktor zur Entwicklung der Fähigkeit zur Kritik, Reflexion, Argumentation und Selbstständigkeit.

Die Bemühungen zur Harmonisierung des europäischen Bildungsraumes im Allgemeinen und des Hochschulraumes im Besonderen führten zur Entwicklung von Merkmalen, mit denen unterschiedliche Bildungsniveaus erfasst werden können. Am Beispiel der „Dublin Descriptors“, die speziell für den Hochschulbereich entwickelt wurden, werden die Kriterien eines Bachelor- und Masterstudiums aufgelistet. Auf die Kriterien des Europäischen Qualifikationsrahmens und des Fachhochschulrates wird nur verwiesen.

### Bachelorstudium

Gemäß UG 2002 sind Bakkalaureatsstudien<sup>77)</sup> ordentliche Studien, die der wissenschaftlichen Berufsvorbildung und der Qualifizierung für berufliche Tätigkeiten dienen, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordern. Die konkrete Ausgestaltung des Curriculums obliegt der autonomen Entscheidungsfreiheit des Senates, der dieses dem Rektorat und dem Universitätsrat zur Stellungnahme weiterleiten muss, wobei eine Zustimmung dieser Organe nicht erforderlich ist.<sup>78)</sup>

Im Studium, das im Sinne der Bologna-Zielsetzungen eine Beschäftigungsfähigkeit sicherstellen muss, sind im Rahmen von Lehrveranstaltungen Bakkalaureatsarbeiten abzufassen, die nicht als wissenschaftliche Arbeiten klassifiziert werden.<sup>79)</sup> Die Wissenschaftlichkeit

der Ausbildung selbst darf jedoch dabei nicht in Frage gestellt werden.<sup>80)</sup> Deren Kriterien sind folglich ausschlaggebend zur konkreten Gestaltung dieses Studiums, um es einerseits von einer nicht-hochschulischen Berufsausbildung unterscheiden zu können, und andererseits, wie Bettina Perthold-Stoitzner betont, ist bei Einrichtung besonders berufsorientiert gestalteter Studiengänge an Universitäten die Abgrenzung zu Fachhochschul-Studiengängen zu beachten, die ja einer wissenschaftlich fundierten Berufsausbildung dienen.<sup>81)</sup>

Die so genannten „Dublin-Descriptors“ versuchen die hochschulischen Abschlüsse mit den Kategorien „Wissen und Verstehen“, „Anwendung von Wissen und Verstehen“, „Beurteilungen abgeben“, „Kommunikation“ und „Lernstrategien“ zu erfassen. Absolventen eines Bachelor-Studienganges haben demnach Wissen und Verstehen demonstriert, das über das vorangegangene Sekundarstufenniveau hinausweist und das in einzelnen Bereichen an neueste Erkenntnisse anschließt; sie können die Anwendung demonstrieren, die einen professionellen Zugang zum Berufsfeld beweist, und sind in der Lage, fundiert zu argumentieren und



... als auch in der Praxis.

Das oben angesprochene reflexive Moment, definiert als das Bewusstsein „von der Methode, mit der man arbeitet, von den damit verbundenen Voraussetzungen, Vorstellungen und Begriffen“ ist für Koo van der Wal „einfach konstitutiv für das, was Wissenschaft heißen kann“. <sup>75)</sup> Akademischer Unterricht verlangt daher nach einer Kultivierung der Wissbegierde der Studierenden und das Entwickeln eines kritisch-reflexiven Vermögens. Daraus folgt, dass im Unterricht nicht nur Informationen und Fertigkeiten weitergegeben werden dürfen. Es verlangt daher zwingend, das Dargebotene kritisch zu prüfen und dazu das notwendige methodische Wissen zu erwerben.<sup>76)</sup> Kritik, Reflexion und der Blick aus der Vogelperspektive, möglich aufgrund der erreichten Bildungshöhe, auf den zurückgelegten oder geplanten Weg zur Reflexion der verwendeten Methode erfordern eine gewisse Distanz zum Objekt. Ein Abstand, der hilft, das Ganze in den Blickpunkt zu nehmen, ein Ergebnis oder einen Prozess unter ganz unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Somit kann die Fähigkeit zum Standortwechsel oder zur ganzheitlichen Betrachtungsweise auch als wesentliches hochschulisches Kriterium identifiziert werden. Ein Kriterium, das auf Lerner,

Probleme im Bereich des Studienfaches zu lösen; sie weisen die Fähigkeit nach, Daten zu sammeln und unter Berücksichtigung ethischer, sozialer und wissenschaftlicher Kriterien zu bewerten; sie können Informationen, Ideen, Probleme und Lösungen mit Experten und Laien austauschen und besitzen Lernstrategien, die sie befähigen, ihre Studien unter größtmöglicher Autonomie fortzusetzen.<sup>82)</sup>

Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) beschreibt die unterschiedlichen Stufen eines Bildungsniveaus mit den Kategorien Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen. Die Stufe sechs wird als kompatibel mit dem Hochschulraum befunden.<sup>83)</sup> Beim EQR ist grundsätzlich anzumerken, dass die Beschreibung nicht ausschließlich auf den Hochschulraum abzielt, sondern Niveaus erläutert, die auch ohne den formalen Nachweis eines Studiums erreichbar sind. Von direkter Bedeutung für die Gestaltung hochschulischer Ausbildung im BMLV sind die Ausführungen des FHR, der in den gültigen Akkreditierungsrichtlinien Merkmale praxisorientierter Studiengänge anführt.<sup>84)</sup> „Dublin-Descriptors“ und berufsfeldbezogene Ausbildung werden hiermit verknüpft.

### Masterstudium

Die folgende Darstellung bezieht sich auf ein Masterstudium nach den Bestimmungen eines Regelstudiums, wobei das Diplomstudieniveau damit als integriert betrachtet wird.

Gemäß UG 2002 sind Masterstudien<sup>85)</sup> ordentliche Studien, die der Vertiefung und Ergänzung der wissenschaftlichen Berufsvorbildung auf der Grundlage von Bakkalaureats-Studien dienen, wobei zur konkreten Entwicklung die gleichen Bedingungen wie für das Bakkalaureats-Studium gelten. Im Masterstudium ist eine Masterarbeit abzufassen, die als wissenschaftliche Arbeit den Nachweis erbringen soll, dass der Absolvent befähigt ist, wissenschaftliche Themen selbstständig sowie inhaltlich und methodisch vertretbar zu bearbeiten, wobei eine Bearbeitung innerhalb von sechs Monaten möglich und zumutbar sein muss.<sup>86)</sup> Das Recht zur Betreuung dieser Arbeit wird mit der Erteilung der Lehrbefugnis (*venia docendi*) erworben.<sup>87)</sup>

Mit den „Dublin-Descriptors“ kann dieser Abschluss wie folgt beschrieben werden: Absolventen haben Wissen und Verstehen von Kenntnissen vertieft und demonstriert, die über das Bachelorniveau hinausweisen und eine Grundlage liefern für Originalität im Entwickeln oder Anwenden von Ideen; sie sind in der Lage, ihr Wissen und Verstehen und ihre Problemlösungsfähigkeit in neuen oder unvertrauten Zusammenhängen anzuwenden; sie besitzen die Fähigkeit, mit komplexen Situationen umzugehen und auf Basis unvollständiger Informationen unter Berücksichtigung der sozialen und ethischen Verantwortung Beurteilungen abzugeben; sie können ihre Schlussfolgerungen und die darunter liegenden Prinzipien klar und eindeutig an Laien und Experten kommunizieren und verfügen über Lernstrategien, die sie befähigen, ihre Studien möglichst selbstbestimmt und autonom fortzusetzen.<sup>88)</sup>

### Doktoratsstudien

Ohne auf die detaillierte Beschreibung dieses Niveaus einzugehen, werden hier nur zur klaren Abgrenzung zu den bisher dargestellten Studien beispielhafte Festlegungen zum Doktoratsstudium erläutert. Doktoratsstudien dienen zur „Heranbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“<sup>89)</sup> und sind daher auch entsprechend fordernd gestaltet und unterscheiden sich fundamental von einem Master- oder Diplomstudium. Die gestellten Anforderungen sind nicht mit dem Erwerben von ECTS-Punkten nach positiv absolvierten Lehrveranstaltungen zu erfüllen, sondern mit dem Ausarbeiten eines konkreten Forschungsprojekts. An der Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaft der Universität Wien hat das etwa 20-seitige Dissertationskonzept u.a. die beabsichtigte Schließung einer konkreten Forschungslücke zu beschreiben, und an der Montanuniversität in Leoben müssen Teile der Dissertation vor Approbation bereits in internationalen Fachpublikationen erschienen sein.<sup>90)</sup> Derartige Studien dienen als Einstieg in die Forscherkarriere und sind somit grundsätzlich kein Nachweis für eine bessere allgemeine Berufseignung und schon gar kein Ausdruck einer gehobenen Führungsqualifikation.



Das Studium bildet den Kern der Truppenoffiziersausbildung und endet für die Berufssoldaten mit der Dienstprüfung. Dies geht auch mit der Beförderung zum Leutnant einher (Bild: Angelobung der Leutnante).

### Schlussbemerkungen und Zusammenfassung

Berufsoffiziere müssen befähigt sein, in komplexen Situationen reflektiert zu handeln. Die Grundlagen dafür werden in einer hochschulischen Bildung gelegt, und die Aus- und Weiterbildung hat sich somit an diesen Kriterien zu orientieren. Grundlagen, Methoden und die Qualifikation der Lehrenden sind danach auszurichten, denn die Ausbildung der Offiziere ist natürlich nicht per se eine akademische, sondern erst die Bedingungen, unter denen diese stattfindet, erlauben es, das Kriterium „hochschulisch“ dem Bildungsprozess zuzuschreiben. Vor der politischen Führung und dem Souverän verantwortbares Handeln setzt sowohl spezifische



Denkstrukturen als auch spezifisches Wissen voraus, die es ermöglichen, über ein rein affirmatives Verhältnis zum Auftrag hinaus weiterzudenken. Auch wenn die Tätigkeit des Offiziers manche handwerkliche Merkmale erkennen lässt, muss der Offizier über die Fähigkeit zum selbstbewussten und selbstständigen Durchdringen einer Situation verfügen, denn nur aus dieser Distanz zur Situation kann das Handeln in der Situation weiterentwickelt werden. Offiziere haben daher ein Recht darauf, umfassende, wissenschaftlich fundierte Grundlagen für ihr Handeln zu besitzen. Sie haben auch ein Recht darauf, ihr Berufsfeld mit wissenschaftlichen Methoden zu durchdringen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind dann in Lehre und Führung für alle Soldaten fruchtbar zu machen. Dieses Berufsfeld ist nicht hinreichend beschrieben mit Taktik, Operation und Strategie. Ohne das Wissen der anderen Disziplinen wäre ein Handeln nach oben beschriebenen Kriterien nicht denkbar. Die Frage nach der Wichtigkeit und Priorität der einzelnen Disziplinen zueinander ist die Frage nach dem wichtigsten Viertel eines Kreises, damit etwas Ganzes entsteht.

Die Ausbildung der Truppenoffiziere ist seit 1998 eine anerkannte und akkreditierte hochschulische Ausbildung. Eine derartige Ausbildung muss bestimmten Kriterien entsprechen und führt zu spezifischen Merkmalen der Absolventen. Das Erfordernis der unmittelbaren Verbindung von Forschung und Lehre führt damit direkt zu den Kriterien der Wissenschaftlichkeit, wobei die Komplexität des Berufsfeldes von Soldaten eine verstärkte wissenschaftliche Durchdringung verlangt. Hochschulische Lehr- und Lernprozesse bedürfen der Autonomie der Institution, der Autonomie der Lehrenden und auch der Studierenden. Die Verwischung der Spezifika einer Universität und einer fachhochschulischen Einrichtung führt eher zu einer Vernichtung der Stärken als zu einer Anhebung der Qualität, wobei die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen dieser gewollten Differenzierung Ausdruck verleihen. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Für wertvolle Hinweise bei der Entstehung dieses Artikels bedanke ich mich bei Dr. Hermann Jung und Dr. Jörg Markowitsch.
- 2) Vgl. Jörg Aschenbrenner/Andreas Stupka: Mach' er mir tüchtige Offiziere! Überlegungen zur Anpassung der österreichischen Offiziersausbildung an die europäischen Vorgaben im Rahmen des Bologna-Modells. In: ÖMZ 4/2007, S.419-430.
- 3) Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge. BGBl 1993/339 idGF bis einschließlich BGBl I 2006/43, zitiert als FHStG 1993.
- 4) Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten und ihre Studien (Universitätsgesetz 2002) BGBl I Nr. 2002/120 idGF bis einschließlich BGBl I 2007/24, zitiert als UG 2002.
- 5) Bundesgesetz über die Universität für Weiterbildung Krems (DUK-Gesetz 2004) BGBl I 2004/22.
- 6) Vgl. Beatrix Schwar: Überlegungen zu einem Promotionsrecht für Fachhochschulen. In: Zeitschrift für Hochschulrecht. 6. Jg./2007, S.74-82, hier S.74, Fußnote 3.
- 7) Vgl. Fachhochschul-Studiengesetz (BGBl 1993/340 idF BGBl I 2003/110) samt 14 Anhängen und ausführlichen Anmerkungen nach dem Stand vom 1.7.2004, bearbeitet von FH-Prof. Dr. Werner Hauser. 3. Auflage, Verlag Österreich, Wien 2004, Fußnote 4 zum § 3 FHStG 1993 S.40 (in weiterer Folge werden Anmerkungen daraus zitiert als Hauser 2004).
- 8) Vgl. Ada Pellert: Universitäten und Fachhochschulen: Zwei Expertenorganisationen auf dem Weg von der Konkurrenz zum kreativen Dialog. In: Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser (Hrsg.): Das Verhältnis zwischen Universität und Fachhochschule. Schriften zum Bildungsrecht und zur Bildungspolitik. Band 4. Herausgegeben von Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser. Verlag Österreich, Wien 2001, S.75-97, hier S.77-78.
- 9) Vgl. Pellert 2001, S.86-87.
- 10) Klaus Landfried: Die Zukunft der Universitäten und die Rolle der Geisteswissenschaften. In: Dorothee Kimmich, Alexander Thumfart (Hrsg.): Universität ohne Zukunft? Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004, S.52-69, hier S.55.

- 11) Schulorganisationsgesetz 1962, BGBl 242/1962 idGF bis einschließlich BGBl I 77/2001.
- 12) SchOG 1962 § 2 Abs. 1.
- 13) Schulunterrichtsgesetz BGBl 472/1986 (Wiederverlautbarung) idGF bis einschließlich BGBl I 56/2003; in weiterer Folge zitiert als SchUG 1986.
- 14) Pellert, 2001, S.88.
- 15) Vgl. Bernhard Rathmayr: Bildung als Entfaltung der Menschenwürde. Hat Humboldt eine Zukunft? In: Emil Brix, Jürgen Nautz (Hrsg.): Universitäten in der Zivilgesellschaft. Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft. Hrsg. von Emil Brix, Band 6, Passagen, Wien 2002, S.147-160, hier S.159.
- 16) Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, RGBl. 1867/142; zit. n. Martha Seböck: Universitätsgesetz 2002. Gesetzestext und Kommentar. 2. erweiterte Auflage, WUV, Wien 2003, S.34.
- 17) Vgl. Friedrich Koja: Wissenschaftsfreiheit und Universität. Universitätsverlag Anton Pustet. Salzburg, 1976, S.10-12 mdN der entsprechenden VfGH Erk.; vgl. dazu auch Hauser 2004 Anm. 14 zum § 3 FHStG und die dort zitierten VfSlg.
- 18) Seböck 2003, S.35 unter Hinweis auf Walter/Mayer: Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrechtes, 9. Auflage, 2000, S.613.
- 19) Seböck 2003, S.35.
- 20) Vgl. Binder: Die verfassungsrechtliche Sicherung der Wissenschaftsfreiheit in Österreich. In: Wissenschaftsrecht-Wissenschaftsverwaltung-Wissenschaftsförderung, 1973, S.4; zit. n. Koja 1976, S.13.
- 21) Vgl. Koja 1976, S.14.
- 22) Jürgen Mittelstraß: Vom Elend der Hochschuldidaktik. In: Ders: Die Häuser des Wissens. Wissenschaftstheoretische Studien. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1998, S.213-231, hier S.218.
- 23) Werner Hauser: Universitäre Studienplanung. Eine integrierte verwaltungsrechtliche und verwaltungswissenschaftliche Studie. Juristische Schriftenreihe Band 78, Verlag Österreich, Wien 1995, S.19 mwN.
- 24) Carlos Ulises Moulines: Wissenschaftstheorie: Von Wesen und Struktur der Erfahrungswissenschaften. In: Eugen Fischer, Wilhelm Vossenkuhl (Hrsg.): Die Fragen der Philosophie. Eine Einführung in Disziplinen und Epochen. Beck, München 2003, S.168-185; hier S.168.
- 25) Mittelstraß erarbeitet drei Bedeutungen des Begriffes Wissenschaft: besondere Form der Wissensbildung, gesellschaftliche Veranstaltung oder Wissenschaft als Institution und Wissenschaft als Lebensform. Vgl. Jürgen Mittelstraß: Wissenschaft als Kultur. In: Ders: Der Flug der Eule. Von der Vernunft der Wissenschaft und der Aufgabe der Philosophie. Suhrkamp, Frankfurt/Main, 2. Auflage 1997, S. 13-42 hier bes. S. 15-16; vgl. dazu auch Hedwig Kopetz: Die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Aufgaben, Rechtsstellung, Organisation. Studien zu Politik und Verwaltung. Herausgegeben von Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Manfred Welan. Band 88, Böhlau, Wien et al. 2006, S.9-10.
- 26) Moulines 2003, hier S.169.
- 27) Koo van der Wal: „Zu einer Erneuerung der Universität.“ Ziele und Motive eines niederländischen Manifests. In: Emil Brix, Jürgen Nautz (Hrsg.): Universitäten in der Zivilgesellschaft. Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft. Hrsg. von Emil Brix, Band 6, Passagen, Wien 2002, S.101-115, hier S.112.
- 28) Vgl. Moulines 2003, S.173-174.
- 29) Jürgen Mittelstraß: Vom Elend der Hochschuldidaktik. In: Ders: Die Häuser des Wissens. Wissenschaftstheoretische Studien. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1998, S.213-231, hier S.228.
- 30) Vgl. Jürgen Mittelstraß: Interdisziplinarität oder Transdisziplinarität? In: Ders: Die Häuser des Wissens. S.29-48, hier S.43.
- 31) Vgl. Rathmayr, 2002, S.153.
- 32) Moulines 2003, S.169.
- 33) Rathmayr, 2002, S.155.
- 34) Vgl. Rathmayr, ebenda.
- 35) Vgl. dazu ausführlich zur Begriffsklärung bei Jörg Markowitsch: Praktisches Akademisches Wissen. Werte und Bedingungen praxisbezogener Hochschulbildung. Schriftenreihe des FHR Band 4, WUV, Wien 2001, S.113-122 mwN der verwendeten Grundlagenliteratur.
- 36) Vgl. Jürgen Mittelstraß: Bausteine zu einer Universitätsreform nach der Universitätsreform. In: Stefan Titscher, Sigurd Höllinger (Hrsg.): Hochschulreform in Europa - konkret. Österreichs Universitäten auf dem Weg vom Gesetz zur Realität. Leske und Budrich, Opladen 2003, S.42-56, hier S.48-49.
- 37) Vgl. Jürgen Mittelstraß: Abschied von der vollständigen Universität. In: Ders.: Die Häuser des Wissens. S.232-243, hier S.239-240.
- 38) Lothar Zechlin: Die Universität zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. In: Emil Brix, Jürgen Nautz (Hrsg.): Universitäten in der Zivilgesell-

schaft. Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft. Hrsg. von Emil Brix, Band 6, Passagen, Wien 2002, S.31-46, hier S.37. Eine explizit angeführte Ausnahme stellt für Lothar Zechlin die Universität Witten-Herdecke in Deutschland dar. Vgl. dazu auch: Markowitsch 2001, S.95.

39) Vgl. Markowitsch 2001, Anhang VIII. In diesem Anhang sind nach der Carnegie Foundation die unterschiedlichen Hochschul- und Forschungseinrichtungen der USA ausdifferenziert.

40) Vgl. Jürgen Mittelstraß: Wissenschaft als Kultur. In Ders.: Der Flug der Eule, hier S.15-16 und S.33.

41) Vgl. Werner Lenz: Autonomie und Bildung. In: Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser (Hrsg.): Die Autonomie im Fachhochschul-Bereich. Schriften zum Bildungsrecht und zur Bildungspolitik. Band 2. Herausgegeben von Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser. Verlag Österreich, Wien 2000. S.71-91, hier S.88-89.

42) Wenger-Winkler: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre. 1974, S.73; zit. nach Koja 1976, S.13.

43) Vgl. Koja 1976, S.13.

44) Koja 1976, S.15 mit Bezug auf Verf Erk Slg 3068/1956.

45) Peter Pernthaler: Die Universitätsautonomie im Spannungsfeld von Wissenschaftsfreiheit, Bildungsanstalt und Forschungsunternehmen. In: Rudolf Strasser: (Hrsg.) Organisations-, europa- und immaterialgüterrechtliche Probleme der Universitäten. Wien 1992. (Beiträge zum Universitätsrecht Bd. 12.) S.1-45, hier S.8, zit. nach Hedwig Kopetz: Forschung und Lehre. Die Idee der Universität bei Humboldt, Jaspers, Schelsky und Mittelstraß. Studien zu Politik und Verwaltung. Band 78. Hrsg. von Christian Brünner, Wolfgang Mantl, Manfred Welan. Böhlau, Wien et al. 2002, S.23.

46) Vgl. Markowitsch 2001, S.100 Fußnote 83.

47) Kopetz 2002, S.28.

48) Vgl. Lothar Zechlin: Universität und Fachhochschule - gemeinsam oder getrennt. In: Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser (Hrsg.): Das Verhältnis zwischen Universität und Fachhochschule. Schriften zum Bildungsrecht und zur Bildungspolitik. Band 4. Herausgegeben von Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser. Verlag Österreich, Wien 2001, S.119-128, hier S.125.

49) Vgl. Mittelstraß.: Vom Elend der Hochschuldidaktik. In: Ders. Die Häuser des Wissens. S.213-231, S.228.

50) Vgl. ebenda, S.218.

51) Vgl. Herbert Altrichter: Über die Möglichkeit von Hochschuldidaktik und Wissensmanagement an Universitäten. Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser: Das Verhältnis zwischen Universität und Fachhochschule. Wien 2001, S.99-118, hier S.108-111.

52) Vgl. Kopetz 2002, S.28.

53) Walter Berka: Die rechtswissenschaftliche Dimension der Fachhochschul-Autonomie. In: Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser (Hrsg.): Die Autonomie im Fachhochschul-Bereich. Schriften zum Bildungsrecht und zur Bildungspolitik. Band 2. Herausgegeben von Manfred Prisching, Werner Lenz, Werner Hauser. Verlag Österreich, Wien 2000, S.27-57, hier S.39.

54) Berka 2000, S.39-40.

55) Berka 2000, S.40.

56) Vgl. Berka 2000, S.41.

57) Vgl. Manfred Prisching.: Die Autonomie im Fachhochschulbereich. Grundfragen und Problemaufriss. In: Prisching, Lenz, Hauser, 2000: S. 11-25, hier S.16-18.

58) Vgl. § 12 Abs. 2 Z 5 FHSStG 1993.

59) Vgl. Art. 17 Abs. 5 StGG: „Dem Staat steht rücksichtlich des gesamten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu“, zit. n. Sebök 2003, S.35.

60) Vgl. Berka 2000: S.32.

61) Vgl. § 17 Abs. SchUG 1986.

62) Vgl. Alfred Schirlbauer: Autonomie. In: Agnieszka Dzierzbicka, Alfred Schirlbauer (Hrsg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement. Löcker, Wien 2006, S.13-22.

63) Vgl. Prisching 2000, S.16-17.

64) Vgl. Berka 2000, S.56-57.

65) Vgl. Gertrude Brinek: Risiken einer autonomen Universität. In: Agnieszka Dzierzbicka, Richard Kubac, Elisabeth Sattler (Hrsg.): Bildung riskiert. Erziehungswissenschaftliche Markierungen. Löcker, Wien 2005, S.131-139, hier S.132; vgl. dazu auch: Dorothee Kimmich, Alexander Thumfart: Universität und Wissensgesellschaft: Was heißt Autonomie für die moderne Hochschule? In: Dieselben (Hrsg.): Universität ohne Zukunft? Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004, S.7- 35, hier besonders S.13-16.

66) Berka 2000, S.44.

67) Vgl. Berka ebenda S.45; vgl. dazu auch Hauser 2004, der in der Fußnote 27 als Anmerkung zum § 12 FHSStG festhält, dass der FHR sehr zurückhaltend ist in den Aussagen zur Fachhochschul-Autonomie, aber betont, dass die

Autonomie sich auf alle Angelegenheiten der Curriculumentwicklung bezieht und auch gegenüber dem Erhalter wirksam ist.

68) Vgl. Walter Berka: Autonomie im Bildungswesen. Zur Topographie eines bildungspolitischen Schlüsselbegriffes. Studien zu Politik und Verwaltung. Band 76. Böhlau, Wien et al. 2002, S.169-175.

69) Vgl. Prisching 2000, S.16-17; vgl. dazu auch Berka 2000, S.38-39.

70) Prisching, 2000, S.16.

71) Vgl. Koja 1976, S.16-17.

72) Vgl. Günter Schelling: Der Fachhochschulsektor und seine zukünftige Entwicklung. In: FHR/Info Nr. 1, Wien 1995, S.46-53, hier S.47.

73) Der Begriff „akademisch“ wird hier synonym verwendet mit „hochschulisch“ und ist nicht zu verwechseln mit „akademisch“ im Sinne von Ausbildungsstätten, die auch den Zusatz „Akademie“ im Namen führen. Für die Akademien der Wissenschaften gilt erstere Bedeutung.

74) Jörg Markowitsch, Emil Simenov: Akademische Werte und deren Rechtfertigung. Oder: Ist Bildung ein Bedürfnis. In: Armis et Litteris 8/2001, Militärowissenschaftliche Schriftenreihe des FH-DiplStG Militärische Führung. S.21-36, hier S.21.

75) Koo van der Wal: „Zu einer Erneuerung der Universität.“ Ziele und Motive eines niederländischen Manifests. In: Emil Brix, Jürgen Nautz (Hrsg.): Universitäten in der Zivilgesellschaft. Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft. Hrsg. von Emil Brix, Band 6, Passagen, Wien 2002, S.101-115, hier S.113.

76) Vgl. van der Wal 2002, S.105.

77) Vgl. UG 2002, § 51 Abs. 2 Zi. 4.

78) Vgl. Bettina Perthold-Stoitzner: Erläuterungen zum § 51 Abs. 2 Zi. 4, III und § 54 Abs. 5, VI.1. In: Heinz Mayer (Hrsg.): Universitätsgesetz 2002. Kommentar mit sämtlichen Nebengesetzen. Manz, Wien 2005.

79) Vgl. UG 2002 § 80 Abs. 1 und § 51 Abs. Zi. 4 ;vgl. Perthold-Stoitzner 2005 in der Erläuterung zum § 80 I.2.

80) Vgl. Michael Rainer: Vorbemerkungen zum Studienrecht des UG 2002. In: Mayer 2005, S.177-178.

81) Vgl. Perthold-Stoitzner: Erläuterung zu § 81 II. 1. in Mayer 2005.

82) Vgl. <http://www.jointquality.nl/content/descriptors/DublinDeutsch.pdf> abgerufen am 16.11.2007.

83) Vgl. Ausarbeitung der EU. Verteilt im Rahmen der Steuerungsgruppe zur Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens. Brüssel 2007. zitiert als EU 2007.

84) Richtlinien des Fachhochschulrates für die Akkreditierung von Bachelor-, Master- und Diplomstudiengängen. Akkreditierungsrichtlinien 2006, Version 1.1 vom 1.12.2006, Anlage 1 Studiengangsprofile. Zitiert als FHR 2006.

85) Vgl. UG 2002 § 51 Abs. 2 Zi. 5.

86) Vgl. UG 2002 § 51 Abs. 2 Zi. 8 und § 81 Abs. 1 und 2.

87) Vgl. UG 2002 § 103 Abs. 1.

88) Vgl. <http://www.jointquality.nl/content/descriptors/DublinDeutsch.pdf> abgerufen am 16.11.2007; vgl. dazu auch EU 2007 und FHR 2006.

89) § 51 Abs. 2 Zi. 12 UG 2002.

90) Vgl. [http://www.mu-leoben.at/index.php?option=com\\_content&task=view&id=125&Itemid=607](http://www.mu-leoben.at/index.php?option=com_content&task=view&id=125&Itemid=607).

## Mag. phil. Franz Edelmann

Geb. 1955; Brigadier; 1979 Ausmusterung als Infanterieoffizier und Verwendung als KpKdt und MobO bis 1993; In der Miliz (1980-1992) KpKdt, S3 und stvBKdt; 1993-1995 Elternschaftskarenzurlaub; 1995-2001 Lehroffizier an der TherMilAk/Inst für Offz-Ausbildung (Taktik&Versorgung; Führungsverhalten); 2002 RL für Führungs- und Kommandantenverhalten an TherMilAk/Inst für Offz-Weiterbildung; 1991-1999 Studium der Pädagogik an der Universität Wien mit Schwerpunkt Berufspädagogik und Erwachsenenbildung; seit 2003 RL für Wehrpädagogik in der Abt AusbA/BMLV. Derzeit u.a. Vertreter des Ressorts in der Steuerungsgruppe zur Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens; größere Publikationen: Führungskräfteausbildung für die Zukunft. In: Armis et Litteris, Band 8, 2001. Wissenschaftlich fundierte Berufsausbildung. In: Jahrbuch der Militärakademie, 2001.